

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Der zweite Parteiputsch

Im Dezember 1989 erlebte ich den sogenannten Sonderparteitag der SED in der Berliner Dynamo-Sporthalle. Die Mehrzahl der in jenen Tagen irritierten Parteimitglieder wurde dort vor vollendete Tatsachen gestellt. Eine ins Rampenlicht drängende Gruppe kleinbürgerlicher Intellektueller, die in der seit Monaten führungslos treibenden und nach der Auflösung des ZK nun gänzlich enthaupteten SED unter Ausnutzung des bestehenden Vakuums die Macht übernommen hatte, vollzog putschartig den Kurswechsel von einer kommunistischen zu einer nichtkommunistischen, nichtmarxistischen und nichtrevolutionären linken Partei. Sie grenzte sich sofort scharf vom „Stalinismus“ ab. Dieser antikommunistische Kampfbegriff wurde in der Dynamo-Halle durch Michael Schumann ins Spiel gebracht. Den von der internationalen Sozialdemokratie seit Jahrzehnten besetzten, gepflegten und diskreditierten Terminus „demokratischer Sozialismus“ offerierte Gregor Gysi als seine politische Mitgift. Er war also der Taufpate der PDS. Die Entschuldigung für die „verfehlte Politik der SED“ beim „Volk der DDR“ erwies sich dann als auslösendes Element der einsetzenden Konterrevolution.

Während sich die PDS-Spitze brüsk von Lenin trennte, reihte sie die Renegaten Bernstein und Kautsky unverzüglich unter die geistigen Väter der neuen Partei ein. Sie ließ verlauten, die PDS wolle nicht länger „Partei der Arbeiterklasse“ sein.

Bald darauf verkündete Gysi auch literarisch den „Dritten Weg“. Die SED sei eine „reaktionäre Partei“ gewesen, schrieb er vor, die DDR „verdientermaßen zugrunde gegangen“. Dann teilte der Parteivorsitzende die Mitglieder der PDS in verschiedene Kategorien ein, die er nach Verzichtbarkeit unterschied. Schließlich ließ Gysi wissen, er habe sich nur „in zwei Fragen vom Marxismus entfernt: in der Frage der Macht und in der Frage des Eigentums“. Womit sich der ganze Marxismus für ihn schon damals erledigt hatte!

In diesen Tagen durchlebte die Partei des Demokratischen Sozialismus nun ihren zweiten Parteiputsch: Wieder war es eine Gruppe von kleinbürgerlichen Politikern, die hinter dem Rücken von 84 000 PDS-Mitgliedern ohne jede Legitimation durch irgendwelche Parteigremien die Weichen stellte - diesmal für eine Neuauflage des Godesberger Programms, das die Farbe der Partei trotz des aufgetragenen Rouges weiter verblässen läßt.

Und dann hatten auch noch zwei gesichts-, geschichts- und gewissenlose Damen aus der PDS-Führungsriege ihren großen Auftritt, der

zu einem politischen Fehltritt ersten Ranges werden sollte. Sekundiert von dem forschen Porsch aus Dresden und dem holprigen Holter aus Schwerin verkauften Petra Pau und Gabi Zimmer kurzerhand Haus und Hof. Der witzige Wahlslogan von einst „Kopfhoch, nicht die Hände!“ wurde von ihnen über Bord geworfen. Mit ihrem Kniefall vor der SPD nahmen sie Tausenden alter Genossen, deren Wurzeln in der DDR liegen und die sich ein Jahrzehnt lang tapfer für die PDS geschlagen haben, die politische Heimat. Um hinter der Partei der Noskes und Zörgiebels, der Schumachers und Ollenhauers samt ihrem Ostbüro, die unter Schröder den Restbestand des sozialdemokratischen Tafelsilbers verschauert hat, herzulaufen, bedarf es besonderer Prinzipien- und Würdelosigkeit. Um sich für den Glanz- und Höhepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts - die Vereinigung von KPD und SPD auf marxistischer Grundlage - zu entschuldigen, bedarf es spezieller Perfidie. Um in der faden Hoffnung auf künftige Koalitions Knochen von der Herren Tische den Zusammenschluß mit der SPD auf antimarxistischer Grundlage vorzubereiten, bedarf es einer rückgrat- und skrupellosen Politik.

Kein Wunder, daß es in der PDS brodeln und gärt, daß Proteste und Austritte an der Tagesordnung sind. Es ist schwer, sich dieses Trauerspiel länger anzutun.

Und wofür sollten wir, die wir draußen stehen, aber bislang überwiegend PDS gewählt haben, fortan optieren? Können wir weiter ruhigen Gewissens unsere Stimmzettel bei landesweiten Wahlen für eine Partei falten, die solche Leute nach vorne stellt und in den Bundestag bringt? (Ich weiß, es gibt auch andere Abgeordnete, aber die dominieren leider nicht die Fraktion.) Auch der Parteivorstand der PDS hat sich in seiner gewundenen und „differenzierteren“ Erklärung nicht von den feigen Entschuldigungen an die Adresse der SPD distanziert und - im Gegenteil - neuen infamen Ritualen zum 17. Juni und zum 13. August grünes Licht erteilt. Damit ist die PDS - von speziell gelagerten örtlichen und regionalen Konstellationen abgesehen - für Kommunisten ebenso wenig eine wählbare Partei wie die SPD. Wir erwarten von unserem Parteivorstand, daß klaren und unmißverständlichen Worten, die in der UZ zu lesen waren, nun auch Taten folgen. Bei den nächsten Bundestags- und Europawahlen muß die DKP endlich mit einer eigenen Liste auftreten, die für alle kommunistischen, sozialistischen und konsequent linken Kräfte offen und akzeptabel ist.

Klaus Steiniger



Der zweite Parteiputsch	S. 1
Die Eigentumsfrage	S. 2
Ist die PDS noch zu retten?	S. 3
Zeuge des Jahrhunderts	S. 4
Herbert Mies blieb PDS-Hearing fern	S. 4
In der Logik des VII. Weltkongresses	S. 5
Die Himmelstürmer von Paris	S. 6
Im falschen Film?	S. 6
Die Mär vom Volksaufstand	S. 7
Ein umstrittener BGLer	S. 8
Ein nicht programmreifes Konzept	S. 9
Die Gruppe Ulbricht	S. 9
Ein unbrauchbares Modell	S. 10
Zu den Wurzeln des Opportunismus	S. 11
Zwei DKP-Papiere zu Ostdeutschland	S. 12
Lenin über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen	S. 13
Ohne Vortrupp kein Sieg	S. 14
Europäisches WGB-Büro gegründet	S. 15
KKE verteidigt Arbeiterinteressen	S. 15
Chilenisches Parteienkaleidoskop	S. 16
Kolonie Fortuna	S. 16
Die Sprengmeister	S. 17
Der Fall Carola Stern	S. 18
Gespräch in Berlin	S. 18
Am Rande bemerkt	S. 19
Leserbriefe	S. 20
Infos & Anzeigen	S. 24

Zum eigentlichen Kern der PDS-Programmdebatte (2)

Die Eigentumsfrage

Noch vor kurzem forderte PDS-Parteivize Diether Dehm, mehr Sachverstand in die Programmkommission zu installieren, „damit wir wissen, welches monopolkapitalistische Eigentum vergesellschaftet werden muß“, und „wo exakt wir den Schnitt ins Unternehmerlager (zu) setzen haben“. (ND vom 26. 1. 01) Mit seiner Ergänzung, zugleich sei über die Förderung von solchem unternehmerischen Eigentum in Klein- und Mittelbesitz nachzudenken, das ökologische oder kulturelle Leistungen erbringe, blieb er durchaus noch in der Nähe von Marx.

Inzwischen liegt der Entwurf für ein künftiges PDS-Programm vor. In dem ist keine Rede mehr von einem „Schnitt ins Unternehmerlager“. Statt dessen werden „Unternehmertum und Gewinninteresse“ als „innovative Triebkraft der Gesellschaft“ heilig gesprochen. An die Stelle des Verlangens nach Vergesellschaftung des Privateigentums zumindest an den wichtigsten Produktionsmitteln tritt nun die „Ausweitung ... von Gemeineigentum, wo dies sinnvoll (!) ist“. Dieser sogenannte neue Ansatz in der Eigentumsfrage entspricht voll auf den Vorgaben jener Reformisten in der PDS-Spitze, die seit langem darauf drängen, daß Vergesellschaftung für ihre Partei überhaupt kein Thema mehr sein dürfe. Das mit einem hochdotierten Ministeramt in Schwerin ausgestattete PDS-Vorstandsmitglied Helmut Holter bezeichnete es als das Wichtigste, daß sich die PDS in der Eigentumsfrage „auf marktwirtschaftliche Prinzipien“ festlege. („junge Welt 8. 1. 01) Was nichts anderes bedeutet als den definitiven Verzicht auf jegliches Antasten der entscheidenden Grundlage, auf der die kapitalistische Ausbeuterordnung beruht - und damit auch auf den Anspruch, antikapitalistische Partei zu sein. Die Eigentumsfrage ist nämlich weit mehr als eine Frage unter anderen - sie ist die Grundfrage schlechthin. Wie sie beantwortet wird, gibt Aufschluß über die gesellschaftlichen Verhältnisse, die angestrebt - also entweder verändert oder bewahrt - werden sollen. Marx und Engels haben das im Kommunistischen Manifest nachgewiesen. Die Eigentumsfrage nannten sie „die Grundfrage der (proletarischen) Bewegung“. Ja, die ganze Theorie (des wissenschaftlichen Sozialismus) ließe sich „in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums zusammenfassen“. In dieser Aufhebung des Privateigentums einer Minderheit an den maßgeblichen Existenzmitteln der Gesellschaft sahen sie die unerläßliche Bedingung, um die „Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft“ zu überwinden und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich zu machen. Sie wiesen nach, daß „das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigen-

tumsverhältnissen“ unverzichtbares Charakteristikum für eine Bewegung sein müsse, die Kapitalismus überwinden wolle und Sozialismus zum Ziel habe.

Mit dem Entwurf des künftigen PDS-Programms wird der feste Vorsatz der reformistischen Führung dokumentiert, ihre Partei nun gänzlich von jenen originären Prinzipien wegzubringen, die den wissenschaftlichen Sozialismus ausmachen. Da sie dabei mit dem Widerstand nicht unerheblicher Teile der PDS-Mitgliedschaft rechnet, bedient sie sich verbaler Tricks. So erklärte Michael Brie dreist, mit diesem Entwurf - zu dessen Verfassern er gehört - sei man so nahe bei Marx wie kein kommunistisches oder sozialdemokratisches Programm seit dem Manifest. Im Entwurf selbst findet sich tatsächlich auch der Satz: „Die Eigentumsfrage ist für uns eine Grundfrage sozialistischer Bewegung“. Dann ist aber auch schon Schluß mit der Anleihe bei Marx und Engels. Von nun an beginnt das große Umfälschen, wobei die Formulierungsakrobaten nicht ungeschickt zu Werke gehen. Sie spekulieren offenkundig darauf, daß der Masse der PDS-Mitglieder entgehen wird, was sich inhaltlich hinter der Wendung verbirgt, für die PDS sei die Eigentumsfrage „nicht primär eine Frage der Rechtstitel“. In normale Umgangssprache übertragen besagt dieses Juristendeutsch: Die Eigentümer von Produktionsmitteln bleiben Eigentümer. Ansonsten gehe es lediglich um „eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen“. Für deren Lösung wartet man auch gleich mit einem Rezept auf, das nicht nur zynisch klingt: „Die Bürgerinnen und Bürger“ müßten „sich (!) in die Lage versetzen, demokratisch über die grundlegenden Entwicklungsrichtungen der Wirtschaft ... bestimmen zu können.“ Daß diese Verheißung gesellschaftsverändernden Elans in Konzernzentralen und Aufsichtsräten das große Zittern auslösen könnte, ist kaum zu befürchten; eher dürfte Belustigung eintreten.

Das diffuse Modell einer „gemeinwohl-orientierten Verfügung über Eigentum“, bei dem der Privatkapitalist sein Besitzrecht an den Produktionsmitteln zwar behält, aber andere, also Nichteigentümer, über die Verwertung damit erzielter Ergebnisse entscheiden, ist eine absolute Lachnummer. Die Erfinder dürften solchen Unfug wohl selbst nicht ernst nehmen. Immerhin heißt es in § 903 des Bürgerlichen Gesetzbuches unmißverständlich: „Der Eigentümer einer Sache kann mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.“ Wie will man da bei Akzeptanz der bürgerlichen Rechtsordnung einen „progressiven Wandel der Eigentumsverhältnisse“ erreichen,

die „Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum einschränken“ und die „Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen abschwächen“? Geht es nicht allein darum, der eigenen Anhängerschaft mit solchem Phrasengewölk die Sicht zu vernebeln?

Was die Verfasser des Programmentwurfs als „unsere radikale sozialistische Position zu Macht und Eigentum“ anpreisen, strotzt von Ungereimtheiten. Indem der PDS-Entwurf als Grundregel vorgibt, künftig Wohlfürhalten zum „innovativen Profitstreben“ zu pflegen und nur zur „Profitdominanz“ Nein zu sagen, bekundet er ein erstaunliches Maß an Lebensfremdheit. Wer allen Ernstes glaubt, kapitalistische Profitgier mäßigen und Kapitalisten zu selbstauferlegtem Verzicht auf Gewinnmaximierung veranlassen zu können, müßte dazu imstande sein, die Mechanismen der Marktwirtschaft außer Kraft zu setzen. Konkurrenz nämlich als ihr Lebenselement entläßt keinen der Profiteure aus dem Zwang, entweder stärker zu sein als sein „Wettbewerber“ - oder schließlich vom Markt zu verschwinden. Und der Maßstab, mit dem dabei über Bestehen oder Scheitern entschieden wird, ist eben die bessere Rendite. Von solchen objektiven Gegebenheiten lassen sich Entwurfsautoren wie Parteispitze bei ihren Gedankenspielen jedoch nicht beirren. Als programmatischen Gesellschaftsentwurf bieten sie faktisch an, die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft wieder rückgängig zu machen, sich abermals auf jenes Niveau zu begeben, auf dem Sozialismus nicht mehr war - und sein konnte - als bloße Artikulation sozialer Sehnsüchte, ohne den Weg zu deren Durchsetzung zu weisen.

Im bürgerlichen Lager fand das Papier von Klein und den Brüdern Brie überwiegend beifällige Aufnahme. Es förderte zudem bei der Sozialdemokratie Hoffnungen, die dort nicht erst seit gestern keimen. Die wurden unlängst von einem ausgeplaudert, der Bescheid weiß. Bei der Vorstellung von Gysis jüngstem - auch durch die UZ lebhaft angepriesenen - Buch offenbarte Oskar Lafontaine, ohne auf den Widerspruch des Autors zu stoßen, er sei sich als SPD-Vorsitzender sicher gewesen, daß die PDS mehr und mehr zu einer sozialdemokratischen Partei umgewandelt werde.

Der Programmentwurf veranlaßt unterdessen Journalisten zu Prognosen. Wenn es den Machern im PDS-Vorstand gelingen sollte, ihre Partei so zu „programmieren“, wie das vom Papier vorgegeben wird, würde die PDS „über kurz oder lang zur linken SPD mit östlichem Lokalkolorit mutieren - und sich selbst überflüssig machen“, meint die „Schweriner Volkszeitung“.

Wolfgang Clausner

Ist die PDS noch zu retten?

„Entschuldigung“, fragt der Tourist in Dresden einen Passanten auf der Straße. „Ach, Sie sind sicher bei der PDS“, gibt der zur Antwort. „Nein, ich wollte nur nach dem Weg fragen.“ Leider ist dieser alte Witz wieder aktuell. Alle sind gespannt, wofür sich die PDS als nächstes entschuldigen wird. Zum Beispiel für die Bodenreform, die Enteignung der Banken, der Konzerne und Kriegsverbrecher, die vorbildliche medizinische und soziale Versorgung der Bevölkerung, das ausgezeichnete Bildungsniveau, das Fehlen von Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit? „Am besten, man entschuldigte sich gleich pauschal dafür, daß es die DDR überhaupt gab“, folgert ein ND-Leser und trifft damit den Nagel auf den Kopf. Denn für das Kapital und seine politischen Parteien war schon die Existenz der DDR das größte Verbrechen.

Ganz vorn in der Entschuldigungsriege kämpft die ehemalige Pionierleiterin Petra Pau, die bereits das Thema für die nächste Entschuldigungskampagne entdeckt hat. Sie will, daß sich „die PDS zum 40. Jahrestag des Mauerbaus für die Mauertoten und die Repressalien gegen die DDR-Bevölkerung entschuldigt“, berichtete die Nachrichtenagentur AP. Und Parteisprecher Hanno Harnisch mahnte das Parteivolk pastoral, „daß Schuld angehäuft wurde und Schuld abzutragen ist“. Schuldig ist schließlich jeder, der an die DDR geglaubt und für ihr Gelingen, für Frieden und Sozialismus gearbeitet hat. Wer sich wegen der „Entschuldigungen“ empört, der gehört nur zu den unbelehrbaren Dogmatikern und unverbesserlichen Stalinisten. Die haben immer noch nicht begriffen, daß das sozialistische Experiment der DDR im friedlichen Wettkampf der Systeme nach dem 2. Weltkrieg doch auch ganz einfach mit ein paar netten Worten und entgegenkommenden Gesten gemeinsam mit dem Westen hätte aufgebaut werden können.

Trotz heftiger Dementis sind die Entschuldigungen aus dem Vorstand Teile einer komplexen Strategie mit dem Ziel, das Wahlvolk auf Koalitionskurs zu bringen und zugleich auf alte Forderungen der SPD einzugehen. Schließlich hat die SPD seit Jahren eine „Normalisierung“ der Zusammenarbeit mit der PDS von solchen Entschuldigungen abhängig gemacht.

Als Preis für die Akzeptanz arbeitet die PDS-Elite an der stromlinienförmigen Anpassung der PDS an die Minimalforderungen der bürgerlichen Parteien. Auch das Kapital ist an dieser Entwicklung interessiert, wird doch dadurch ein latentes linkes Unruhepotential neutralisiert. Parallelen zur Entwicklung der Grünen sind unübersehbar. Der neue PDS-Programmentwurf soll

„die Mitglieder zu Veränderungen ermutigen“ und „auf eine politische Kurskorrektur vorbereiten“, schrieb die vorab informierte Zeitung „Die Woche“ unter dem Titel „Aufbruch in Demut“. Im Untertitel heißt es: „Die PDS will an die Macht - und vollzieht ihr Bad Godesberg. Jetzt preist sie das Gewinnstreben von Unternehmern und entschuldigt sich für den Mauerbau.“ Nun fehlt nur noch die Anerkennung des Krieges als Fortführung der Politik mit anderen Mitteln, und schon steht der Koalition mit der SPD auf Bundesebene nichts mehr im Weg.

Der Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion, Roland Claus, verneinte zwar im ND vehement jede „wahltaktische Motivation der Entschuldigungen“, forderte aber zugleich im Berliner „Tagesspiegel“ die SPD auf, Koalitionen beider Parteien künftig auch auf Bundesebene in Betracht zu ziehen. PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch will bis zur Wahl im Herbst 2002 alle Hindernisse für eine Koalition auf Bundesebene aus dem Weg geräumt haben.

Alternativen zur selbstmörderischen und ausbeuterischen Gesellschaft des real existierenden Kapitalismus sind mit dieser PDS nicht mehr möglich. Vielmehr versuchen die PDS-Eliten eifrig, sich als die besseren Pfleger am Krankenbett des Kapitalismus zu qualifizieren. Das tun sie so gut, daß der PDS bei einer Koalition auf Bundesebene der Platz auf dem rechten Flügel der sogenannten rot-grünen „Reformkräfte“ sicher sein dürfte. Was soll da noch von der „PDS-pur“ übrig bleiben, mit der PDS-Vize Porsch den nächsten Wahlkampf machen will? „Ist das noch eine gesellschaftliche Alternative, die das Herz wärmt, oder nur das Zusammengestrichene, das mit der SPD zu machen ist?“, fragt Wolfgang Rex vom ND ganz zahn.

Die Hoffnung der Parteibasis, von den Parteieliten über den weiteren Kurs befragt zu werden, dürfte vergeblich sein. Zwar hört man immer wieder aus dem Vorstand, daß es „keine Avantgarde mehr gibt“, die über die Köpfe der Mitglieder entscheiden würde, zugleich aber kann man in den Medien nachlesen, daß „die PDS-Führung die Entschuldigungen zum Bau der Mauer oder zur Zwangsvereinigung von KPD und SPD nach wie vor nicht von Parteitagern offiziell beschließen lassen“ will. Und die Parteivorsitzende Gabi Zimmer erklärte, die Debatte über diese Themen könne nicht „Anliegen von Beschlußgremien“ sein. Offensichtlich sind aus Sicht der neuen PDS-Eliten nicht nur die PDS-Basis, sondern auch deren Parteitagsdelegierte für eine solche Debatte zu dumm. Dies wird erst recht für Entscheidungen wie eventu-

elle Beschlußfassungen über eine Koalition mit der SPD auf Bundesebene gelten. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich dringender denn je die Frage, ob - wie immer von führenden PDS-Funktionären beschworen wird - die „PDS im Bundestag ein Wert an sich ist“. In einer Koalition mit der SPD oder als „zweite SPD“ wäre die PDS so überflüssig und lästig wie ein entzündeter Blinddarm, den jeder am liebsten los ist.

Was aber können all jene tun, die bisher an der Basis fleißig für die PDS gearbeitet haben, jedoch mit diesem Kurs nicht einverstanden sind? Mit ein Grund, weshalb die DDR zugrunde gegangen ist, besteht darin, daß wir alle zu sehr Parteidisziplin und zu wenig Kritik geübt haben, statt den Mund aufzumachen und uns laut zu beschweren. Und leider leben die alten, eingeübten Verhaltensweisen vielerorts an der PDS-Basis fort. Im Vertrauen darauf sind die neuen PDS-Eliten zuversichtlich, ihr Godesberger Programm durchzubringen und der SPD als Koalitionspartner zur Verfügung zu stehen.

Wenn bei afrikanischen Nomadenstämmen der gewählte Häuptling nicht mehr auf seine Leute hörte, dann erwachte er eines Tages allein. Sein Volk war weitergezogen. Die neuen PDS-Eliten müssen wissen, daß sie Gefahr laufen, ähnlich behandelt zu werden.

Leicht gekürzte Fassung eines Beitrags, der am 27. April 2001 unter der Überschrift „Besserer Krankenpfleger“ in der „jungen Welt“ erschien.

PDS-Genossen, die sich mit Rainer Rupp's Auffassungen solidarisieren und seine Bemühungen um die „Retten der PDS als sozialistische Partei“ unterstützen möchten, senden ihre Protestpost an die Anschrift: R. R., c/o Lange, Spandauer Straße 2, 10178 Berlin



Zum Tode des Genossen Bruno Laub

Zeuge des Jahrhunderts

Bruno Laub - der „Jahrhundertkommunist“ und Nestor der Berliner DKP - ist am 15. April 2001 fast 99-jährig ganz leise von uns gegangen. Sein Tod reißt eine große Lücke. Bis zuletzt hat er mit uns gekämpft. Arbeitersohn und selbst Arbeiter, Sozialdemokrat, Lehrer, antifaschistischer Widerstandskämpfer, Teilnehmer am Vereinigungsparteitag von KPD und SPD, dann Kommunist, Gewerkschaftsfunktionär, Erzieher mehrerer Generationen von Pädagogen der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse der DKP - sein Leben war wie ein Geschichtsbuch des 20. Jahrhunderts.

Noch in hohem Alter hat Bruno in der zweiten Hälfte der 90er Jahre **autobiografische Notizen** zu Papier gebracht. Wir zitieren aus ihnen jene Passage, die sich mit dem Ringen um die Einheit der Arbeiterbewegung nach 1945 beschäftigt.

Zunächst galt es, die Trümmer zu räumen, beschädigte Häuser wieder bewohnbar und zerstörte Betriebe produktionsfähig zu machen, den Verkehr in Gang zu bringen, die Versorgung zu sichern - denn der Hunger ging um und manche Verhungerten wurden vorerst im eigenen Garten „verscharrt“.

... Wer aber waren die Kräfte, die beherzt ans Werk gingen? Das waren in erster Linie die noch verbliebenen Kommunisten und Sozialdemokraten, die schon in der Weimarer Zeit und dann in der illegalen Widerstandsarbeit während des Faschismus ihren Mann gestanden hatten. Sie waren sich in den 12 Jahren der Illegalität näher und zu der Erkenntnis gekommen, daß nur eine geeinte Arbeiterklasse den historischen Anforderungen gewachsen sein könne. Für sie waren die intensiven Vorbereitungen zur Herstellung der Einheit der beiden Arbeiterparteien, die auf dem Vereinigungsparteitag im April 1946 verwirklicht wurde, eine logische Folge der jüngsten Vergangenheit.

Mit welcher Intensität wurde die Einheit vorbereitet? Es gab vom Mai 1945 bis zum April 1946 - in dem Jahr der Aktionseinheit - keine Versammlung, in der diese Frage nicht im Mittelpunkt gestanden hätte. Auch in Westberlin; ich erlebte diese Zeit im Bezirk Berlin-Reinickendorf. Die Einheit war von allen aktiven Sozialdemokraten (ich war damals noch Mitglied der SPD) und Kommunisten gewollt. Wir waren sogar enttäuscht, daß der Zusammenschluß nicht sofort nach dem 2. Weltkrieg zustande kam. Im Juni 1945 schrieb ich folgendes Gedicht, das

meine und unsere Enttäuschung über das Bestehenbleiben der beiden Arbeiterpartei-



Bruno Laub an seinem 95. Geburtstag im Kreis von Genossinnen

en zum Ausdruck bringt. Es wurde damals auf vielen Versammlungen vorgetragen:

Sagt an - Genossen - was trübte die Freude, als endlich der Alpdruck war von uns genommen? Ist es nicht anders, ganz anders gekommen, als wir es wünschten in nächtlichem Streite?

Denkt nach, Genossen, was konnte uns trennen, als Terror verfolgte der Freiheit Streben? Wir haben uns freudig die Hände gegeben, um uns zu gemeinsamem Kampf zu bekennen.

Nicht wahr, Genossen, wir fühlten und wußten, warum wir die Schlacht habenschmählich verloren; aus Fehlern ward uns die Erkenntnis geboren, daß wir zusammen marschieren mußten.

Und nun, Genossen, die Nacht ist zu Ende; nach grausamen Qualen aufatmen die Brüder. Doch weh uns, Genossen, es formten sich wieder die beiden Parteien zur Schicksalswende.

Hört an, Genossen, für dies Geschehen kann keiner von uns die Verantwortung tragen! Wenn wir uns nicht finden in diesen Tagen, wird unsere Kraft von neuem vergehen.

Drum auf, Genossen, nichts darf uns mehr trennen, wir schmieden der Einheit ehre Waffe, daß sie uns den günstigen Boden schaffe und wir das Gebot der Stunde erkennen.

Vereint, Genossen, wir endlich bezwingen die Feinde des Rechts für die Arbeiterklasse; in diesem Kampf die Millionenmasse der Schaffenden wird uns den Sieg erringen.

Wohlan, Genossen, es siege die Einheit, die Einheit im Ziel und die Einheit im Kampfe!

Die Kraft dieser Einheit die Willkür zerstampfe! Drum Einheit, Genossen, und nochmals: Einheit!

Während dieser Zeit waren auch Spalter am Werk, die mit allen Mitteln und mit Hilfe der Westmächte versuchten, die Herstellung der Einheit zu verhindern. Uns fiel ein Stein vom Herzen, als sie dann im April 1946 wirklich zustande kam.

Ich war Gastdelegierter des Vereinigungsparteitages und habe Tränen in den Augen ergrauter Genossen gesehen - Sozialdemokraten und Kommunisten - die sich ihrer Bewegtheit im Bewußtsein der Bedeutung dieses historischen Augenblicks und vor Freude darüber, daß eine Kraft geboren wurde, die die historische Chance zu nutzen vermochte, nicht schämten.

Der Vereinigungsparteitag war meines Erachtens ein besonderer Höhepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn heute von einer „Zwangsvereinigung“ geredet wird, so ist das eine bewußte Lüge derer, denen die Kraft der Einheit ein Dorn im Auge ist.

Soweit Brunos Text. Seine Worte sind das Vermächtnis eines Sozialdemokraten, der im Klassenkampf zum Kommunisten wurde. Es ist von höchster Aktualität. Deshalb wird man auch in Zukunft, wenn nach dem Genossen Bruno Laub gefragt wird, wie in Lateinamerika rufen: **Presente - zugegen!**

Herbert Mies blieb PDS-Hearing fern

Eine würdige Haltung

Herbert Mies, ehemaliger Vorsitzender der DKP (1972 bis 1990), ist einer Anhörung der PDS-Bundestagsfraktion „Politische Strafverfolgung in der BRD (alt) und Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges“, die am Donnerstag, dem 26. 4. 2001, im Reichstagsgebäude stattfand, ferngeblieben. Der verantwortungslose Umgang der PDS-Vorsitzenden, Gabriele Zimmer, und ihrer Stellvertreterin, der PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Pau, mit der historischen Wertung der Vereinigung von KPD und SPD zur SED als „Zwangsvereinigung“ versage ihm „eine persönliche Teilnahme an dem Hearing“, hatte er in einer Erklärung am 23. 4. festgestellt.

Mies schrieb darin, er könne es nicht „verwinden und sprachlos hinnehmen“, was mit dem „historischen“ Kniefall von PDS-Spitzenpolitikerinnen des erwünschten künftigen Eintritts in eine Regierungskoalition mit der SPD wegen politisch, moralisch und geschichtsklitternd in der Arbeiterbewegung angerichtet worden sei. Die Mißachtung der Einheitsbestrebungen 1945/46 in West und Ost, das Vergessenmachen der Einheitskonsequenz aus dem Buchenwaldschwur von Sozialdemokraten und Kommunisten, die Diskreditierung eines Teils der Biographien von Tausenden und Abertausenden von Kommunisten, so auch seiner, sei ungeheuerlich ... Eine von einer jeweils neuen, jüngeren Generation demokratischer Sozialisten vorzunehmende berechnete Neubewertung der Geschichte habe dort ihre Toleranzgrenze, wo sie zur unerträglichen Beleidigung von Frauen und Männern der ersten Stunde und einer Beschmutzung des Händedruckes eines kommunistischen und eines sozialdemokratischen Arbeiters werde. Der Sache wegen wolle er - Mies - das Hearing nicht mit der Artikulation seiner Empörung belasten. Seinen Redebeitrag unter der Überschrift „Das KPD-Verbot - ein Damoklesschwert“ stellte der Politiker dem Hearing auf dem Postwege zu.

Die Entscheidung von Herbert Mies ist aus unserer Sicht eine würdige Haltung. In der entstandenen Situation hatte ein kommunistischer Führer keine andere Wahl.

R. F.

Was Georgi Dimitroffs Tagebücher offenbaren

In der Logik des VII. Weltkongresses

Vor 60 Jahren näherte sich die Atempause, die sich die Sowjetunion durch den Nichtangriffsvertrag mit Deutschland verschafft hatte, ihrem Ende. In aller Stille, aber mit größter Intensität wurde seit Herbst 1940 in Berlin der Plan „Barbarossa“, der Überfall auf die Sowjetunion, vorbereitet. Er unterwarf die erst 24 Jahre bestehende sozialistische Gesellschaftsordnung einer in der Geschichte der Menschheit beispiellos schweren Prüfung. Der Sieg der Roten Armee und ihrer Verbündeten über den vom Weltimperialismus zum Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion aufgepöpelten deutsch-faschistischen Imperialismus war nach der Oktoberrevolution das weltgeschichtlich bedeutendste Ereignis des 20. Jahrhunderts. Nicht zufällig erwies sich die UdSSR als das einzige der vom faschistischen Deutschland überfallenen Länder, das der bis dahin modernsten und höchstgerüsteten Armee nicht nur standhielt, sondern auch dazu in der Lage war, die faschistische Bestie aus eigener Kraft in ihrer Höhle zu erlegen. Entgegen allen Hoffnungen ihrer Feinde und allen Befürchtungen ihrer Freunde erwies sich die Sowjetmacht - wie schon 1917 bis 1920 - als unbesiegbare, als die weltweit festeste, tief im Volk verwurzelte Gesellschaftsordnung. Noch niemals in der Geschichte hatten ein Staat und sein soziales System eine ihnen auferlegte Prüfung so triumphal bestanden. Der Grund dafür: Das solide Fundament der Sowjetmacht und ihrer Politik war der wissenschaftliche Sozialismus, der Marxismus-Leninismus. Solange das so blieb, schritt die Welt des Sozialismus auf der Straße des Sieges voran.

Es wird in diesem Jahre eine Fülle von „Jubiläumsbeiträgen“ von Freunden und -überwiegend- von Feinden der Sowjetunion in allen Medien geben. Zum Glück haben wir seit kurzem die Möglichkeit, auch zu diesem Ereignis einen Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen, der dem deutschen Faschismus seine allererste Niederlage beibrachte: Georgi Dimitroff. Seine Tagebücher wurden im vorigen Jahr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Natürlich unternahm man sofort den Versuch, die Aufzeichnungen im gewohnten Sinne auszuschlachten. Der Aufbau Verlag und der Herausgeber der Tagebücher Bernhard H. Bayerlein machten bereits die Buchvorstellung zu einer antikommunistischen Show. Als Ort der Veranstaltung wählten sie das Willy-Brandt-Haus in Berlin, und als Hauptdarsteller wurden Wolfgang Leonhard und Hermann Weber engagiert, beide aus vielen Sendungen des Westfernsehens seit Jahrzehnten als Spezialisten für Kreml-Astrologie und SED-Beschimpfung bekannt. Die für Geschichte zuständige Mitarbeiterin des ND, Karlen Vesper, zeigte sich von beiden gebührend beeindruckt. Es sei schon frappierend gewesen, schrieb sie am 25./26. November 2000, „wie Wolfgang Leonhard aus lakonischen Tagebuchnotizen faktisch einen Theaterabend gestaltete“. Karlen Vesper ist es offenbar richtig gruselig geworden: „Unheimliche Stimmung. Bei der Beschwörung der Geister und Dämonen des Weltkommunismus wirkte die Statue Willy Brandts im Berliner SPD-

Domizil noch verlorenere als sonst.“ Herausgeber Bayerlein trug das Seine dazu bei, die „unheimliche Stimmung“ noch unheimlicher zu machen, pries er doch die Tagebücher „als bisher einzigartiges Zeitzeugnis, das die Herrschaftsmechanismen im Labyrinth der Komintern, der KPdSU und der sowjetischen Geheimdienste“ offenbare.

Im übrigen war das Echo auf Dimitroffs Notizen bei aller antikommunistischen Übereinstimmung doch zwiespältig und fast ein wenig hilflos. Gemeinsam war den Rezensenten von der FAZ bis zum ND, daß sie die Tagebücher dazu benutzen wollten, die ihnen fatale und lästige Hochachtung für den unvergessenen Helden von Leipzig endlich aus der Welt zu schaffen. Die einen tun das, indem sie behaupten, aus den Aufzeichnungen gehe hervor, daß Dimitroff im Grunde nur eine ohnmächtige, von Stalin mißbrauchte und mißachtete Marionette gewesen sei. Seine Tagebücher lassen aber eine solche Auslegung schlechterdings nicht zu, weil sie ohne jeden Zweifel dokumentieren, daß hier ein Mann das Wort ergreift, der, wie schon 1933 in Leipzig, die Sache der Sowjetunion ohne Abstriche zu seiner eigenen Sache gemacht hat. Deshalb werden die Notizen von anderen als Zeugnisse dafür bezeichnet, daß er ein „skrupelloser Stalinist“, also keiner Hochachtung würdig gewesen sei.

Jedoch: Aus Dimitroffs Tagebüchern können Antikommunisten keinen Honig saugen. Wohl aber enthalten sie wertvolle Hinweise zur Widerlegung vieler Erfindungen und Legenden.

Ein Beispiel mag das belegen: Die alten Verleumder der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale, die Leonhard, Weber und tutti quanti, haben schon immer verbreitet, Stalin sei ein Gegner der Dimitroffschen Einheits- und Volksfrontbeschlüsse des VII. Weltkongresses der Komintern gewesen. Er habe sie bei erster bester Gelegenheit über Bord geworfen und den Kampf gegen die Sozialdemokratie verschärft wieder aufgenommen. Diese Version wurde von den gewendeten unter den einstigen DDR-Historikern brav übernommen. Einen Spitzenplatz unter diesen traurigen Gesellen hat sich Klaus Kinner erscriben - mit immer neuen, vom ND mit Vorliebe in seinen Wochenendausgaben abgedruckten Niederträchtigkeiten. (14/15. April 2001 gegen Ernst Thälmann, 28./29. April gegen Georgi Dimitroff)

In sein Tagebuch trug der Generalsekretär der Komintern am 6. März 1941 folgendes ein: „Mit D. S. (Manuilski) den Entwurf der Thesen über die Zweite Internationale beraten. (Habe angemerkt: In den Thesen wird unsere Zielstellung nicht erkennbar; keine klare Ausrichtung auf unser Ziel, die Sozialdemokratie endgültig aus der Arbeiterbewegung zu verdrängen, eine einheitliche Führung der Arbeiterbewegung in Gestalt der KP herzustellen; nicht zuzulassen, daß die Sozialdemokratie wieder auf die Beine kommt und die konterrevolutionäre Rolle erfüllt, die sie am Ende des ersten imperialistischen Weltkrieges gespielt hat usw.)“ (S. 354)

Wie ist dieser Wandel bei Dimitroff von seiner

Position im Jahre 1935 zu der von 1941 zu erklären? Handelt es sich überhaupt um einen Wandel?

Die Sache ist sehr einfach: 1935 ging es darum, eine Einheits- und Volksfront zu schaffen als einzige reale Möglichkeit, den deutschen Faschismus zu stürzen und damit seine Aggressionskriege zu verhindern. Die Sozialdemokratie hat aber alle Angebote der Kommunisten nicht nur ausgeschlagen, sondern ihren antikommunistischen Kurs noch verstärkt. Die faschistische Intervention in Spanien 1936 war die Nagelprobe auf die Ernsthaftigkeit des Antifaschismus der Sozialdemokratie und der westlichen bürgerlichen Demokratien. Hier wurde im Grunde entschieden, ob die faschistischen Aggressoren geschlagen werden oder ob ihnen der Weg in den Weltkrieg geöffnet wird. Beide, die Sozialistische Internationale und die westlichen bürgerlichen Demokratien, opferten die Spanische Republik - und später in München auch noch die Tschechoslowakei und schließlich Polen -, weil das faschistische Deutschland ermuntert werden sollte, endlich den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zu beginnen.

Es waren diese Erfahrungen der Jahre 1935 bis 1941, die Dimitroff wie die gesamte kommunistische Weltbewegung zu der oben zitierten Position vom 6. März 1941 geführt hatten. Was darin ausgedrückt wurde - nämlich, daß die Arbeiterbewegung nur siegreich sein kann, wenn sie den Opportunismus aus ihren Reihen vertrieben hat - waren Erkenntnisse, die weder von Lenin noch von Stalin stammten. Marx und Engels hatten sie zuerst ausgesprochen und dementsprechend gehandelt.

Der Kampf gegen den Opportunismus war und ist für Kommunisten nie ein Kampf aus Konkurrenzgründen gegen eine zweite Arbeiterpartei gewesen, sondern war immer ein Kampf um die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer marxistischer Grundlage. Darin besteht die unabdingbare Voraussetzung für die Überwindung der Macht des Kapitals. Er wurde deshalb nach dem Sieg über den Faschismus auch nicht als Kampf gegen die Sozialdemokratie, sondern als Ringen um den Zusammenschluß beider Arbeiterparteien auf dem Boden des Marxismus geführt. Es konnte in der damaligen SBZ und in den Ländern der Volksdemokratie aus zwei Gründen erfolgreich sein: Erstens, weil die geschichtlichen Erfahrungen den Menschen die Lehre einbrannt hatten, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung dem Faschismus den Weg freigemacht hat; dadurch war der Drang zur Einheit auf beiden Seiten stark. Zweitens, weil die Spaltungspolitik der rechtssozialdemokratischen Führer dort, wo sie nicht von der Besatzungsmacht unterstützt oder inszeniert wurde, zum Scheitern verurteilt war. Die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung durch den Zusammenschluß der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien auf marxistischer Grundlage entsprach sowohl den Ausführungen Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß als auch seinen Aufzeichnungen vom März 1941.

Dr. sc. Kurt Gossweiler

Aus dem Leben unserer Gruppe

Die Himmelstürmer von Paris

Am 24. April traf sich die Gruppe Nordost zu ihrer thematischen Versammlung für Mitglieder und Sympathisanten. Zu Beginn ehrten die Anwesenden - unter ihnen zahlreiche parteilose Freunde und Gäste aus anderen Gruppen - das Andenken unserer verstorbenen Genossen **Walter Wiggers** und **Bruno Laub**.

Der Abend war dem 130. Jahrestag der Commune gewidmet: „Die Himmelstürmer von Paris“. Der Marx-Engels-Forscher **Prof. Dr. Erich Kundel** hielt das einleitende Referat, dessen Hauptgedanken inzwischen in der UZ und den „Roten Kalenderblättern“ (Schriftenreihe der Brandenburger DKP-Landesorganisation) veröffentlicht sind.

Neben der beeindruckenden historischen Sachkenntnis des Redners empfand ich die Herausarbeitung aktueller Bezüge und Lehren als das Bestechende an den Ausführungen. In der Diskussion, an der sich 9 Genossen beteiligten, war dies auch der rote Faden. So fragte **Erhard Thomas** nach den praktischen Konsequenzen für die heutigen Kämpfe. Einen erschütternden Bericht, der das Thema Revolution und Konterrevolution durchaus flankierte, gab **Brigitte Dressel** von ihrer jüngsten Reise nach Jugoslawien, wo sie der „Schule des Friedens“ in Kragujevac einen Solidaritätsbesuch abgestattet hatte. **Klaus Steiniger**: „Die siegreiche deutsche Konterrevolution hat es bis jetzt nicht gewagt, die hier an unserer Tagungsstätte vorbeiführende ‚Straße der Pariser Kommune‘ umzubenennen“. Marx habe seine politische Wertung und historische Einordnung der Commune bereits zwei Tage nach ihrer Niederlage formuliert, meinte **Jürgen Thiele**. „Unser Parteivorstand brauchte nach der Annexion der DDR mehr als zehn Jahre, um sich mit Ostproblemen zu beschäftigen.“ **Peter Bryck** bat den Referenten, etwas über Versäumnisse der Kommunisten zu sagen und verwies dann auf eine Parallele zwischen der Pariser Commune und der Oktober-

revolution: Auch die Kerenski-Regierung hätte 1917 lieber die feindlichen deutschen Truppen in Rußland gehabt als den Sieg der Bolschewiki. **Hartwig Strohschein** wollte Details der auslösenden Momente des Aufstands der Pariser Arbeiter wissen, und **Hans Fischer** fragte beziehungsreich, ob die Commune wohl hätte siegen können, wenn von ihr keine Fehler begangen worden wären. **Bruni Steiniger** machte auf voneinander abweichende Haltungen zur DDR innerhalb der DKP aufmerksam. **Walter Florath** benannte Unterschiede, die nach 1945 in Deutschlands SBZ und 1871 in Frankreich für die gesellschaftliche Situation bestimmend gewesen seien.

Anschließend nahm **Erich Kundel** noch einmal das Wort, um seine Sicht auf Zusammenhänge und Parallelen zwischen Pariser Commune, Oktoberrevolution und sozialistischer Entwicklung in der DDR darzulegen (Vgl. UZ Nr. 17, S. 15). In allen drei Fällen habe die Bourgeoisie durch Kriege und Verwüstungen nationale Katastrophen heraufbeschoren. Nur die Arbeiterklasse sei fähig gewesen, Wege aus dem Zusammenbruch zu weisen und große Teile der Werktätigen dafür zu mobilisieren. Als weiteres gemeinsames Merkmal nannte er den proletarischen Charakter des Staates. Fehler der Commune seien aus der zu nachsichtigen Handhabung der Macht entstanden, z. B. aus vertrauensseligen Verhandlungen mit der Armeeführung oder aus dem Verzicht auf die Nationalisierung der Bank von Frankreich. Ein drittes übereinstimmendes Moment der Umwälzungen von 1871, 1917 und 1949 sei die Klassensolidarität der internationalen Arbeiterbewegung gewesen, für die er eindrucksvolle Belege wie Bebels Reichstagsreden anführte. Viertens verwies der Redner auf die Ländergrenzen überschreitende Kumpanei des Kapitals bei der Niederschlagung der Revolution. Aus viel später

zugänglich gewordenen Akten der Bismarck-Regierung seien die geheimen Abstimmungen mit der französischen Regierung in Versailles hervorgegangen, mit der man sich ja immer noch im Kriegszustand befunden habe. Als letztes gemeinsames Merkmal nannte Erich Kundel die Haltung zur proletarischen Macht als Prüfstein für revolutionäres oder reformistisches Handeln. „Was damals für die Commune zutraf, galt in den zwanziger Jahren für die Oktoberrevolution. Heute ist das Kriterium die Einstellung zur DDR. Das Wesentliche an ihr waren nicht die Defizite, sondern war die sozialistische Alternative.“

Frank Mühlefeldt

Ein kritisches Wort zu Gysi-Huldigungen

Im falschen Film?

Im Vorfeld des Pressefestes, dem wir alle mit Spannung entgegensehen und für das in der Partei viele Vorbereitungen getroffen werden, ist Talkshow-Star Gregor Gysi - der wortgewaltige Wegbereiter des rechten Flügels der PDS - in der UZ zu besonderen Ehren gelangt. Nicht nur, daß man sein zwiespältiges neues Buch „Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn“ nun schon Woche für Woche mit dem Konterfei des Politikers und einem rührenden Begleittext auf der Versandliste des Neue Impulse Verlages anpreist („Was ist an der deutschen Wiedervereinigung falsch gelaufen, wie geht es mit ihr weiter und welche Auswirkungen hat dies auf den europäischen Einigungsprozeß?“, steht dort recht unparteiisch in den Spalten einer kommunistischen Zeitung) Mehr noch: Verlagsleiter Lothar Geisler, der nebenbei auch Sprecher der DKP ist, läßt sich in einem Interview zum Programm des Literaturzelt auf dem Pressefest die selbstformulierte Frage stellen, warum der Urvater der Sozialdemokratisierung der PDS - wenn er denn wie dringend erhofft, komme - mit seinem Buch auftrete, statt in Dortmund am „Linken Forum“, wo über Politik und Sachthemen gestritten wird, teilzunehmen. Dort gehöre er eigentlich hin, wird bemerkt. „Im Literaturzelt geht's um andere Kultur“, antwortet Geisler. „Gregor Gysi ist aus einem anderen - wenn auch deutschen - Kulturkreis in der Bundesrepublik angekommen. Er war nach 1989/90 mit Problemen, Erfahrungen und einem Kulturschock konfrontiert, um die niemand zu beneiden ist. Er ist als Persönlichkeit unbestritten die größte Bereicherung der bundesdeutschen Parteienlandschaft seit Oskar Lafontaines Abgang.“ Wahrlich ein Zeugnis aus vorbildlich „wertfreier“ Sicht, das auch von jedem bürgerlicher Beobachter der deutschen Politzene abgegeben werden könnte. Man fragt sich, ob man im falschen Film sitzt. Während Lothar Geisler einem Manne huldigt, für den die SED eine „reaktionäre Partei“ gewesen und die DDR „verdientermaßen zugrunde gegangen“ ist, bleibt auch die von ihm am 27. April 2001 präsentierte Seite „19 Autoren und ein Fest“ nicht ohne Pikanterien. So heißt es bei der Vorstellung des Buches „Die Moderne ist schön“ von Ellen Brombacher: „Mit ihrer neuen Geschichte versucht sie eine Annäherung an den in den vergangenen zehn Jahren erzielten Zuwachs an Zivilisation und Kultur.“ Die Autorin selbst dürfte das vermutlich als Sarkasmus empfinden. Dem Text der UZ ist solche Hintergründigkeit allerdings nicht zu entnehmen.

S. R.

ARMIN STOLPER

An die
Gewendeten
Gewendeten
An die

Wahrlich, meine Freunde, ihr überrascht mich oder hätte ich's besser wissen müssen? / Kannte ich euch so schlecht? / Oder waren die Masken, die ihr einst trugt, so sehr mit euren Gesichtern verwachsen? / Zeigt ihr jetzt euer wahres Gesicht oder auch wieder nur eine Maske? / Nein, ich beneide euch nicht; / außerdem schwer ist's die Einsamkeit zu ertragen grad jetzt, / die Eiseskälte inmitten gesicherter Stromzufuhr, / den Leerlauf der Seele, wo alles auf Hochtouren läuft und man selbst die alten Zöpfe nicht abschneiden möchte, weil dann gleich die Glatzen zum Vorschein kommen; / wo einer den andern doch braucht; / und sei's nur, um gemeinsam einsam zu sein. / Sind wir für immer getrennt, ertragt ihr nicht, daß ich der bleiben will, der ich mich einst bemühte zu sein? Ist der Verräter der Weise und der, der nicht verrät der Dumme? / Aber sie enden doch beide am Kreuz; / an welchem hänge ich lieber? / Klein, fürchte ich, ist der Kreis derer, der ohne Unbehagen die Botschaft vernimmt.

Lieber Armin! Entschuldige, daß wir Deinen so treffsicheren Vers gerade jetzt noch einmal abdrucken. Wir schwören, es ist reiner Zufall und ohne Zwang geschehen. Entschuldige!

Was passierte am 17. Juni 1953 in den Buna-Werken?

Die Mär vom Volksaufstand

Die Ereignisse vom 17. Juni 1953 sind fester Bestandteil der antikommunistischen Hetze gegen die DDR. Bonn machte daraus einen „Staatsfeiertag“ und bezeichnete das Geschehen als „Volksaufstand für die Einheit Deutschlands“. Nach der Liquidierung der DDR dient der 17. Juni weiterhin zur Kriminalisierung des sozialistischen deutschen Staates. Längst hat sich die reformistische PDS-Spitze in die Phalanx der Verleumder eingereiht. Jährliche Erklärungen im Sinne reaktionärer Vorgaben gehören zu ihrem Ritual. So muß man sich auf immer neue Entstellungen der Wahrheit einrichten. Der 17. Juni und der 13. August bieten den Bartsch und Pau neue Gelegenheiten. Doch im Unterschied zu ihnen, die damals noch nicht lebten, bin ich Zeitzeuge. Ich habe als junger FDJ-Funktionär und Schlosser diese Etappe der Entwicklung der DDR in den Chemischen Werken Buna (Bezirk Halle) erlebt. Gerade sie wurden am 17. Juni zu einem Schwerpunkt des Geschehens. Diese Tage waren ein Schlüsselerlebnis für mich und haben sich für immer in mein Gedächtnis eingepreßt.

Die Jahre 1950/53 fielen in eine Zeit brisanter Entwicklungen von hoher geschichtlicher Intensität. Der Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED, in der DDR zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus überzugehen, hatte bei der Mehrheit der Buna-Belegschaft ein positives Echo gefunden; wenn auch die meisten noch keine klaren Vorstellungen davon besaßen, was eigentlich geschehen sollte. Sie hofften auf eine weitere Verbesserung ihrer materiellen Situation. Doch die äußeren Bedingungen der DDR waren kompliziert. Der Kalte Krieg hatte sich drastisch verschärft. Von USA-Außenminister John Foster Dulles war „die Politik der Befreiung“ und des „Zurückrollens des Kommunismus“ (roll back) verkündet worden. Die Remilitarisierung der BRD lief auf Hochtouren. Vom ersten Tag ihrer Existenz an hatte sich die DDR der Drohung ihrer konterrevolutionären Beseitigung gegenübergesehen. Nun war die Rede vom bevorstehenden „Tag X“. Am 5. März 1953 starb Stalin. Die dadurch entstandene Unsicherheit im sozialistischen Lager konnte vom Gegner genutzt werden. Nach der 2. Parteikonferenz mußte in der DDR eine Reihe komplizierter Aufgaben gelöst werden. Das stellte hohe Anforderungen an die politische Stabilität des Landes, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und das Bewußtsein der Bürger. Auch bei uns in Buna wurde darüber heftig diskutiert. Unter dem Druck der Realitäten und in Zeitnot verkündete die Regierung der DDR im Frühjahr 1953 ein „Sparprogramm“, dessen Inhalt und Umsetzung die Lage dramatisch zuspitzten. Es handelte sich um 87 Maßnahmen, die zu aufgelegten Debatten unter den Buna-Werkern führten. Sie befürchteten nicht zu unrecht, daß es zu einer Verschlechterung ihrer Lebenslage kommen würde. Besonders die angeordnete Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 %, die Aufhebung der Ermäßigung für Arbeiterückfahrkarten und die Erhöhung der Preise für Fleisch und zuckerhaltige Warenheizten die Stimmung mächtig an. Statt in offener Diskussion die Notwendigkeit der eingeleiteten Schritte und vielleicht unumgänglicher Härten zu begründen, wählte man den Weg des Administrierens. In oft erbitterten Dis-

kussionen, die bei uns einsetzten, wurde übrigens nicht ein einziges Argument gegen den geplanten sozialistischen Aufbau vorgebracht.

Am 9. Juni erfolgte die Korrektur der Beschlüsse. Die ergriffenen Maßnahmen bezeichnete man nun als Fehler. Das machte die Verwirrung perfekt. Die Genossen waren verunsichert, die Parteiorganisationen politisch gelähmt. Im Werk herrschte eine gereizte Atmosphäre, was die DDR-feindlichen Kräfte ermunterte. Das spürten wir allenthalben. Trotzdem wurden wir von dem, was sich dann ereignete, überrascht. Auch die Parteiführung hatte offensichtlich keinen Grund gesehen, auf die Gefahr offener Konflikte hinzuweisen. Im Gegenteil: Die Lage wurde schön geredet. Dann überstürzten sich die Ereignisse. Scheinbar spontan, doch - wie sich bald zeigen sollte - von gegnerischer Seite gut vorbereitet, formierte sich am 17. Juni ausgehend von der Werkstatt G 32 eine Demonstration, die in einer gemeinsamen „Protestkundgebung“ mit den Merseburger Leuna-Arbeitern münden sollte. Buna besaß damals eine Belegschaft von 15 000. An der Demonstration nahmen etwa 4 000 Personen teil. Schon als die Marschierer das Werk verließen, setzten sich etliche ab. Als dann am Ausgang Werkschutzleute und Funktionäre tätlich angegriffen und auf dem Weg nach Merseburg staatsfeindliche Losungen skandiert, Transparente heruntergerissen, Schaukästen demoliert und die Parole ausgegeben wurden, das Untersuchungsgefängnis zu stürmen (was auch geschah), stand fest, daß das Ganze weder mit einer Arbeiteraktion noch mit den anfänglich diskutierten Problemen etwas zu tun hatte. Im Werk war die SED-Kreisleitung durch eine größere Gruppe besetzt worden. Ein sogenanntes Streikkomitee trat in Aktion, das niemand gewählt hatte. Ihm gehörten ein ehemaliger Offizier der Nazi-Kriegsmarine, ein leitender Mitarbeiter des Nazi-Werkschutzes, ein altes Mitglied NSDAP-Mitglied und ein Mann aus der SS-Leibstandarte mit Blutgruppen-Nummer sowie der SPD-Vorsitzende aus der Zeit nach 1945 an. Dieses „Streikkomitee“ kam aber nicht zum Zuge. Ein Offizier und fünf Soldaten der Sowjetarmee nahmen es kurzentschlossen fest. Die Demo löste sich am Nachmittag in Merseburg auf. Eine kleine Gruppe sowjetischer Soldaten wurde zum Schutz der Leitungsorgane in Buna stationiert. Es fiel kein Schuß. Die Stimmung in den Betriebsabteilungen aber blieb gespannt. Das Mißtrauen gegenüber den Maßnahmen von Partei und Regierung war noch immer groß. Bald allerdings setzte eine Differenzierung ein. „Wenn die Partei offen mit uns geredet hätte, wäre es nicht zu dieser Situation gekommen“, sagten viele.

Am 15. Juli ereigneten sich in Buna neue Vorfälle. Feindliche Kräfte aus der Werkstatt G 32 erschienen in der Karbidfabrik und verlangten die Abschaltung der Öfen, ohne die das übrige Werk nicht arbeiten konnte. Das geschah dann auch. Die Produktion kam für kurze Zeit zum Stillstand. Nur durch das besonnene Handeln des Leitungspersonals wurde eine Katastrophe verhindert. Gegen 19.00 Uhr konnte der Betrieb stufenweise wieder aufgenommen werden. Der Minister für Schwerindustrie, Genosse Fritz Selbmann, hatte beherzt eingegriffen, die Sowjetarmee das Werk besetzt. Es war zu dieser Zeit noch ein SAG-

Betrieb (Sowjetische Aktiengesellschaft).

Zur Beantwortung der Frage, warum gerade von Buna ein erneuter konterrevolutionärer Versuch ausging, muß man eine Analyse der damaligen Belegschaftsstruktur heranziehen. Das Werk war nach Ankündigung Hitlers auf einem der Nürnberger NSDAP-Reichsparteitage errichtet worden. Es nahm 1937 seine kriegswichtige Produktion auf. Die „Betriebsführung“ aller Ebenen bestand durchweg aus Nazis. Diese hatten vorher in den Alt-Werken der IG-Farben gearbeitet. Die „Gefolgschaft“ war handverlesen. In den Kriegsjahren waren 6 000 von 10 000 Buna-Arbeitern zwangsverpflichtete Ausländer. Nach 1945 wurden sie zu einem großen Teil durch klassenfremde Elemente - ehemalige Nazi-Aktivisten, Offiziere, SS-Angehörige, Polizisten, Justizbeamte usw. - ersetzt. Das waren etwa 2 500 Personen. Besonders konzentrierten sich frühere Nazis in der erwähnten Werkstatt G 32 und in der Karbidfabrik. Es ist also kein Zufall, daß sich dort der Ausgangspunkt und das Zentrum der Ereignisse befanden. Alte Faschisten erwiesen sich als Initiatoren oder rissen sofort das Geschehen an sich, traten als „Sprecher der Arbeiter“ auf und unternahmen alles, daß die Ereignisse in eine bestimmte politische Richtung eskalierten. Auch westliche Geheimdienste und das Ost-Büro der SPD hatten die Hand im Spiel.

Mit dem Gesagten will ich keineswegs die Gründe für die Entwicklung einseitig nach außen verlagern. Eine entscheidende Ursache für die Zuspitzung war der Zustand der Partei und ihrer Massenbeziehungen. Nicht nur in Buna, sondern in der ganzen Republik, wurden Zusammensetzung und Stimmung der Arbeiterklasse nicht realistisch eingeschätzt, ihr Bewußtsein überzogen positiv bewertet. Man verkannte, daß jene Arbeiter, die noch lange nicht zur Klasse gehörten, kaum ein gefestigtes Klassenbewußtsein besitzen konnten, zu Schwankungen neigten und leicht verführbar waren. Auch für nicht wenige Parteimitglieder, die dem Kampf auswichen und teilweise sogar überliefen, traf das zu. Fehleinschätzungen dieser Art sind, wie wir heute wissen, später immer wieder aufgetreten. Ich habe damals gelernt, daß auch unter der Schlosserjacke das Herz eines Gegners schlagen kann.

Nachdem sich die Dinge gesetzt hatten, stellte sich heraus, daß die wirkliche Basis der konterrevolutionären Kräfte relativ schmal war. Bei der Mehrheit der Buna-Belegschaft hatte die antisozialistische Instrumentalisierung der Ereignisse keine dauerhafte Resonanz. Meine Erfahrungen führen mich zu der Ansicht, daß die Charakterisierung der Ereignisse als „faschistischer Putschversuch“ zu kurz greift. Das Gerede vom „Volksaufstand für die Einheit“ oder vom „Arbeiteraufstand“ aber entspricht keineswegs den Tatsachen. Aus Buna heraus handelte es sich um eine konterrevolutionäre Provokation. Was die komplexen Ursachen betrifft, würde ich Brecht zustimmen: „Politische Unreife“ (der Klasse), „Fehler der Partei“ und „Aufbegehren des braunen Gestern“. Im Inneren war ein explosives Stimmungsgemisch entstanden. Die Lunte aber wurde von außen gelegt. Gewisse Parallelen zu den konterrevolutionären Ereignissen von 1989/90 bieten sich an.

Dieter Itzerott

Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (4)

Ein umstrittener BGLer

Die SED-Gruppe im Betrieb muß wachsen. Ich bilde einen Parteilehrjahrszirkel, wie er eigentlich nicht statthaft ist, nur mit Lehrlingen, 16 bis 18 Jahre alt, alle parteilos. Sie hatten vom Schmutz des Faschismus kaum mehr etwas abbekommen. Eine neue Generation.

Geschichte ist dran. „Womit begann der 2. Weltkrieg?“ „Mit dem Überfall auf die Sowjetunion!“ Es verschlägt mir erst einmal die Sprache. Ich lege das Parteilehrjahrsheft weg und erzähle. Das gefällt den Jungen und den drei Mädchen, das ist spannend! Nach einiger Zeit fragt der erste, ob er nicht Kandidat werden könne. Ich blicke streng, mustere ihn: „Und wie steht es mit der Lehre?“ Er ist verlegen: „In der Werkstatt sehr gut, in der Berufsschule wohl so zwei bis drei.“ „Kommt überhaupt nicht in Frage! Eins bis zwei ist das mindeste! Sonst sagen die anderen, der geht in die SED, damit er was werden kann!“

Die Jungen geben sich ungeheure Mühe. Sie werden besser, bilden den führenden Kern in der Lehrwerkstatt, lassen kein dummes Gerede mehr zu, treten in die GST ein. Gesellschaft für Sport und Technik. Das ist was! Motorradfahren, mit dem Luftgewehr schießen! Die Jungen haben keine Bedenken, ein Gewehr anzufassen, sind nicht mit den bösen Erinnerungen belastet, wie es ist, für eine schlechte Sache die Waffe zu tragen. Auch die Mädchen machen mit. Eine sitzt auf der BMW aus Eisenach, als ob die mit ihr verwachsen wäre. Ruhig und sicher braust sie über die kaputten Straßen Berlins.

Anfang 1953 werden Manfred Jüterbog, Harald Hohlin, Helga Kulitz und andere Kandidaten. Nun sind wir 72 Genossen. Manfred wird später Offizier der Grenztruppen, Harald FDJ-Sekretär von Bergmann-Borsig, dann Sekretär der URANIA. Helga Kulitz ist klein, schmal, mit großen blauen Augen. Sie lernt Maschinenschlosser. Hermann Seiler regt sich auf: „Das ist ein schwerer Beruf! Wie kann man sone Püppi das lernen lassen! Die kann doch die schweren Maschinenteile gar nicht heben!“ Hermann hat recht. Wir übertreiben es mit der Gleichberechtigung. Manche Berufe sind wirklich nichts für Frauen, aber Helga ist ungewöhnlich energisch. Sie steht das durch, wird später Technologin.

Erich Lichy will nicht Kandidat werden. Er leidet darunter, daß er Feldwebel war, hat Gewissensbisse. Ich rede ihm zu. Aber Erich, Tischler von Beruf, hat eine hohe Meinung von der Partei. Er ist BGL-Vorsitzender, unermüdlich, reibt sich auf, muß sich oft mit mir aussprechen. „Die Leute sind unbelehrbar!“ „Erich, Du hast Dich doch auch geändert, hast überlegt, Deine Lehren gezogen!“ Erich meint, das sei etwas anderes. „Sicher, du hast eher nachge-

dacht, bist früher zu neuen Erkenntnissen gekommen, bei anderen dauert das länger.“ „Glaub mir, ich war nie so'n Feldwebel, so'n Schinder.“ „Ich glaube es Dir. Alles, was Du tust, beweist das. Wir vertrauen Dir doch, Erich!“

Nicht alle vertrauen ihm, obwohl sie ihn gar nicht kennen. In der Kreisleitung gibt es Mitarbeiter, die mich kritisieren, weil Kühlautomat einen parteilosen BGL-Vorsitzenden hat, einen Zwölfender, einen Berufssoldaten, der sich zu 12jährigem Dienst in der Wehrmacht verpflichtet hatte! „Führende Rolle der Partei ist nicht damit gleichzusetzen, daß alle Funktionen in den Massenorganisationen mit Genossen besetzt sind! Entscheidend ist, ob die Gewerkschaft mit uns an einem Strang zieht! Und das tut unsere BGL!“

Ernst Packhäuser, der zweite Sekretär der Kreisleitung, beschwichtigt meine Gegner. „Florath ist der Sekretär und damit verantwortlich in Kühlautomat. Wenn die Arbeit mit Lichy gut läuft, wer hat was dagegen?! Und wenn ich richtig informiert bin, ist der Grad der gewerkschaftlichen Organisiertheit in Kühlautomat von allen Treptower Betrieben am höchsten!“

Die Stärkung der Gewerkschaft hatte die Parteileitung zur wichtigsten Aufgabe gemacht. Alle Genossen haben Aufträge, wenn sie für die IG Metall gewinnen sollen. Inzwischen sind 95 % Mitglied geworden. Bei solchen Gesprächen geht es um alles, um die Versorgung, wann wohl endlich die Stromsperrn aufhören werden, um die Einheit Deutschlands, warum man nicht in Westberlin einkaufen darf - mit meinem Geld kann ich machen, was ich will -, um die Normen, die Lohngruppen und ob man sein Kind ins Ferienlager fahren lassen soll oder besser nicht.

Zum ersten Mal fahren im Frühjahr etwa dreißig Kinder nach Thüringen ins Ferienlager, mit einem LKW des Betriebes, den wir mit Holzbänken ausgestattet haben. Erst wollten gar nicht so viele Kollegen ihre Kinder mitschicken. Das sagte ich, wenn die Frauen, die dabei seien, meinen Sohn mitnehmen würden - er war schon 6 Jahre, ging aber noch nicht in die Schule, und das war die Voraussetzung für die Teilnahme am Ferienlager -, dann wäre ich sehr erfreut, denn offensichtlich blieben ja noch Plätze frei. Das sprach sich rum: Wenn der Parteisekretär so'n Kleenen mitläßt, kann es ja wohl nicht so gefährlich sein. Also bekamen wir unser Feriendorf voll.

Gewerkschaft, Ferienlager - die Genossen müssen für ihre Gespräche was Konkretes haben. Schließlich kann man nicht jemanden anquatschen: „Hör mal zu, ich will Dir jetzt mal was über die Politik der SED erzählen!“ Daher warben wir Abonnenten für das ND. Auch dabei kam das Gespräch

auf alles. Die Zahl der Leser stieg schnell, ich interessierte mich auch dafür, ob es Abbestellungen gab. Es waren wenige; mit den Abbestellern blieben wir im Gespräch, ohne etwa Druck auszuüben.

Die meisten Abonnenten warb Konrad Simmert. Er war Dreher gewesen, jetzt Kaderleiter. Ich hatte von ihm viel über die Arbeitsprozesse, die Lohnabrechnung, über die Gewohnheiten der Metallarbeiter gelernt. Konrad war ein ruhiger, freundlicher Mann, er spielte sich nicht als Vorgesetzter auf. Trotzdem entband ich ihn von der Aufgabe des ND-Werbens, als mir klar wurde, daß mancher abonnierte, weil der Kaderleiter ihn dazu aufforderte. Die Genossen sind weiter eifrig bei der Sache, in allen Meisterbereichen, auch im Einkauf und im Absatz, sogar im Konstruktionsbüro gewinnen wir ständige Leser. Nur in die Großkälte, wo die Anlagen montiert werden, will niemand gehen. Dort gibt es keinen Genossen, sind mehrere nicht gewerkschaftlich organisiert. Einige kommen aus Westberlin.

Die Westberliner sind für uns ein Problem. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im britischen, französischen und amerikanischen Sektor waren die Leute froh, daß sie bei uns eine Stelle fanden. Aber wenn sie in Westberlin einen Teil ihres Verdienstes umgetauscht haben wollten, durften sie sich nicht im kommunistischen Sinne betätigen. Schon die Übernahme einer Gewerkschaftsfunktion konnte Ausschluß vom Lohnumtausch bedeuten, Mitgliedschaft in der SED sowieso. Da hielten sich die Westberliner aus allem heraus. Sie wurden zu einem Hindernis für die politische Entwicklung im Betrieb, störten die Diskussion mit den Arbeitern, die bei uns zu Hause waren, einfach durch ihre Anwesenheit. Wußte man denn, was mancher von ihnen wem über die politische Tätigkeit seiner Ostkollegen berichten würde? Spitzelei, Zuträgerei für diverse Westberliner Organisationen des Kalten Krieges waren an der Tagesordnung ...

Walter Florath

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen vierte Folge wir hier veröffentlichen, wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“, GNN Verlag 1999 entnommen.)

Computerhavarie

In einer Datei unseres Zentralcomputers sind leider einige seit Mitte März eingegangene RF-Neubestellungen abgestürzt. Wir bitten die neuen Leser, die uns ihre Namen und Adressen seit diesem Zeitpunkt zugesandt haben, und alle, die Anschriften anderer Interessenten mitteilten, um erneute Information an die bekannte Redaktionsadresse, damit wir ihnen umgehend den RF zustellen können. Vielen Dank!

Kann man den Zentralismus in der Planung abschaffen?

Ein nicht programmreifes Konzept

Die UZ veröffentlichte am 13. März 2001 die etwas gekürzten Referate von Leo Mayer und Nina Hager, die auf dem Hearing der DKP-Programmkommission in Berlin (3. März 2001) gehalten wurden. Ich möchte mich zu dem Teil im Referat von Nina Hager äußern, der mit dem Zwischentitel „Überschätzen wird die Demokratiefrage?“ überschrieben ist. Dort widmet sie sich dem Thema Zentralismus und Dezentralismus im Sozialismus. Zum Zentralismus heißt es: „Die historische Analyse zeigt: Zeiten des Aufbaus der Industrie aufgrund von Unterentwicklung, Kriegen usw. forderten bestimmte strenge, administrative und zentralistische Formen der Leitung der Gesellschaft und der Volkswirtschaften.“ Und zum Dezentralismus: „Neue Technologien, die Revolution in Wissenschaft und Technik, das hohe Bildungsniveau der durch die sozialistische Gesellschaft ausgebildeten Facharbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler usw., die Entwicklung der Bildung, Kultur usw. benötigten spätestens seit den 60er Jahren (gemeint sind die in der DDR - H. J.) ein ganz anderes Herangehen an die Leitung und Planung der Gesellschaft: Dezentralisierung, Entwicklung von Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort, Entfaltung von Initiative, Selbstorganisation innerhalb eines organischen, organisierten gesellschaftlichen Ganzen.“

Zentralismus und Dezentralismus - in der Frage der Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft (im Sozialismus) - erfahren also eine Bejahung; aber die Bejahung ist an außergewöhnliche Umstände gebunden: Zentralismus sei nur notwendig in einer Aufbau-, besser noch Herstellungsphase der Industrie bzw. der Arbeit gesellschaftlichen Charakters, aber nicht generell, und Dezentralismus werde erforderlich, wenn der Arbeiter ein intelligenter Arbeiter wird, aber nicht allgemein Arbeiter ist. Diese „historische Analyse“ ist nicht erweitert auf das Allgemeine: die Arbeit und den Arbeiter an sich, und kann - nach meiner Auffassung - so nicht programmreif sein. Die Realität des Sozialismus, die in den Jahrzeh-

ten seiner Existenz natürlich die erste, die Aufbau- oder Wiederaufbauphase einer Wirtschaft bei weitem überschritt und es mit normalen Abläufen der Industrie bzw. der Arbeit zu tun hatte, ließ niemals vom Zentralismus der Planung und Leitung ab, und für die Arbeiter trifft die Erfassung aller Arbeiter durch ihn hinreichend zu; d. h. die erweiterte historische Analyse, um die man nicht herumkommt, wenn man den ganzen Sozialismus betrachtet, setzte den Zentralismus immer allgemein voraus - sowohl für die Arbeit als auch für den Arbeiter. Marx ließ nie einen Zweifel am Produktionsverhältnis des Sozialismus als einem allgemeinen, beständigen Verhältnis; die Unterscheidung, daß es sowohl um Zentralismus als auch um Dezentralismus gehen könnte, ist erst eine Erfahrung oder Debatte, die dem europäischen Sozialismus nach seinem vorläufigen geschichtlichen Ende folgte; sie ist keine Erfahrung seiner Realität.

Hier ist vielleicht der Platz, ein Mißverständnis auszuräumen: Es wird nämlich der Anschein erweckt - jedenfalls ist die Debatte so angelegt -, als würden im Zentralismus bzw. im Dezentralismus zweierlei Standpunkte zur Produktion miteinander streiten; der eine will zentral, der andere dezentral über sie bestimmen; die zentrale wäre eine angemaßte Form, die dezentrale eine natürliche, organisch gewachsene (oder wachsende). Es geht aber dem Sozialismus im Zentralismus um die Bestimmung des neuen Verhältnisses von Konsumtion und Produktion. Wir entscheiden im Plan über einen allgemeinen Konsumtionsstandpunkt und erheben diesen zum verbindlichen für die Produktion. Die Arbeit gewinnt einen unmittelbar gesellschaftlichen Charakter. Das unterstellt die Konsumtion als Voraussetzung der Produktion, d. h. legt ihr neues Verhältnis zueinander fest. Die Bedürfnisse der Menschen, die in der jeweiligen Etappe befriedigt werden können, sind - im Unterschied zum Kapitalismus - schon vor der Produktion zu planen. So verwandelt sich die Produktion in eine nichtanarchische, aber auch „zentral“ geleitete.

Im Einigwerden über die Konsumtion vor der Produktion liegt der Sinn sozialistischer Planung. Und hier, nur hier kann auch die Demokratie, das allgemeine Recht auf Debatte vor der Entscheidung, angesiedelt werden. Man kann also eine Demokratie der Produktion höchstens dann einfordern, wenn es diese demokratische Debatte über die Konsumtion im Sozialismus nicht gegeben hat, wenn in der Tat nur einzelne willkürlich über sie entscheiden. Aber dann ist der Dezentralismus der Produktion, über den die Demokratie „wiederhergestellt“ werden soll, nur eine Ersatzhandlung für unentwickelten, nicht funktionierenden Kommunismus an ganz anderer Stelle. Dann muß man das so erkennen und nicht fälschlicherweise meinen, es gehe um das Recht auf Entscheidung über die Produktion durch die Produzenten und der zentrale (staatliche) Sozialismus sei nichts als eine Enteignungsform des an sich dezentral zu bestimmenden „sozialistischen Produzenten“. Und dann produziert man einen Gegensatz im Sozialismus, was nur schlecht kaschiert ist durch einen Kompromiß, den man eingehen will: Das Recht auf die Produktion an die „Zentrale“ nur unter der Bedingung außergewöhnlicher Umstände abgeben und den Dezentralismus ebenfalls „außergewöhnlich“, aber immerhin „sozialistisch“ ertrotzen zu wollen.

Was bedeutet das in letzter Konsequenz? Daß die Funktion der Arbeiterbewegung lediglich darin besteht, eine Wirtschaft aufzubauen, um sie dann „dezentralen Produzenten“ zu übergeben. Der Zentralismus, der dazu gnädig erlaubt wird, erscheint nur in einer Funktion des Dezentralismus, oder die Arbeiterbewegung nur in einer Funktion der „...Produzenten“. Was sind das für merkwürdige Geschöpfe? Haben sie keine geschichtlichen Namen? Am Ende stünde nur, daß die Partei zwar den Sozialismus „errichten“ dürfte, sich dann aber gefälligst aus ihm zurückziehen habe; der dezentralisierte Zustand, wie er im Kapitalismus gilt, würde im „Sozialismus“ fortgesetzt. Wozu dann der ganze Kampf?

In jede Sozialismus-Programmatik gehört wieder der gute alte Satz hinein: Sozialismus ist Bestimmung der Konsumtion über die Produktion, weil der Sozialismus Herrschaft des Menschen über seine Arbeit ist.

Hermann Jacobs

Wie ein antifaschistisches Vorkommando bei Berlin auftauchte

Die Gruppe Ulbricht

Das Flugzeug war in den frühen Morgenstunden des 30. April 1945 in Moskau gestartet. An Bord der Maschine befanden sich zehn deutsche Antifaschisten auf dem Weg in ihre Heimat. Leiter der Gruppe war Walter Ulbricht - bis 1933 Reichstagsabgeordneter und Sekretär der KPD in Berlin-Brandenburg. Nicht minder bekannt sind solche Genossen wie Otto Winzer, der in der DDR Außenminister wurde, der Schriftsteller Fritz Erpenbeck oder Karl Maron, der spätere Chef der Deutschen Volkspolizei. Unter den erfahrenen und im Klassenkampf erprobten Parteiarbeitern befand sich auch der 23-jährige Wolfgang Leonhard, der jedoch wenige Jahre später die Front wechselte und sich im Westen den traurigen Ruhm eines Kremlastrologen erwarb. Nachdem das Flugzeug östlich von Küstrin gelandet war, ging es weiter über die Oder, durch das vom Krieg verwüstete Oderbruch. Gegen Abend traf die Gruppe Ulbricht in Bruchmühle, dem politischen Zentrum der Shukow-Armee ein. Sie nahm im

sogenannten Säulenhaus in der Buchholzer Straße Quartier. Gegessen wurde im „Jägerheim“, wo auch die größeren Beratungen stattfanden. Während im Berliner Tiergarten noch erbittert gekämpft wurde, erklärte Walter Ulbricht am Abend des 1. Mai: „Also zuerst muß man in jedem der befreiten Bezirke eine arbeitsfähige Bezirksverwaltung auf die Beine stellen. Dann einen Magistrat. Dazu müssen nicht nur bewußte und erprobte Antifaschisten herangezogen werden, sondern auch ehrliche, zur Mitarbeit bereite und fortschrittlich denkende Bürger sowie Angehörige der Intelligenz. Nur kein Sektierertum! Vor allem müssen die Spezialisten, die Techniker, die Ingenieure und Facharbeiter der Elektrizitäts- und Wasserwerke, der Versorgungsbetriebe sowie des Transportwesens gesucht und herangeholt werden, um die Werke wieder in Gang zu bringen; dann die Lehrer, die Künstler ...“

Am 2. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht in Berlin, am gleichen Tag begann die Tätigkeit der

Arbeitsgruppe Ulbricht. Tag für Tag führen die Genossen von Bruchmühle durch die vom Krieg zerstörte Landschaft nach Berlin. Nach kaum zwei Wochen arbeiteten in fast allen Bezirken die Bezirksverwaltungen. Da und dort gab es schon wieder elektrisches Licht, am 13. Mai fuhren die ersten Omnibusse, am 14. Mai verkehrten die ersten U-Bahnzüge, am 20. Mai die ersten Straßenbahnen und am 26. Mai gaben die Berliner Philharmoniker ihr erstes Konzert nach dem Krieg.

Da war die Arbeitsgruppe Ulbricht schon längst nicht mehr in Bruchmühle, das man am 8. Mai verlassen hatte, um in Berlin näher am Ort des Geschehens zu sein. Aber die ersten Entscheidungen zur Überwindung der Not und des Elends waren in der ersten Mai-Woche hier im „Jägerheim“ in Bruchmühle getroffen worden. Und sollte es demnächst ein Opfer der kapitalistischen Marktwirtschaft werden, dann zeigen wir Euch die Stelle, wo es einmal gestanden hat.

Horst Schattat und Erich Wenzel

Aus: „Rote Kalenderblätter“, Mai 2001

Warum Jugoslawiens Arbeiterselbstverwaltung auf der Strecke blieb

Ein unbrauchbares Modell

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wurde Jugoslawiens System der Arbeiterselbstverwaltung von vielen Linken als ein gigantischer Schritt zu einer echten Kontrolle der Werktätigen über die den Kapitalisten entzogenen Betriebe gepriesen. Im Unterschied zum „schwerfälligen“, „entfremdeten“, „bürokratischen“ Staatseigentum bildete es die höchste Form sozialistischer Herrschaft über die Produktion, wurde behauptet.

Um was handelte es sich?

In kleinen und mittleren Betrieben übten die Belegschaften gemeinsam die Funktionen des Management aus, während in größeren Unternehmen ein Arbeiterrat gewählt wurde, der seinerseits die Leiter berief. Hier saßen der Direktor und seine engsten Mitarbeiter zwar mit am Vorstandstisch, besaßen jedoch kein Stimmrecht. Sie konnten jederzeit auf Initiative des Arbeiterrates von ihren Posten abberufen werden. Entscheidungen des Rates waren durch ein Referendum im Betrieb aufhebbar. Obwohl dieser Modus den Eindruck erweckt, als handle es sich hier um eine hochentwickelte Form von sozialistischer Demokratie, waren die Arbeiter natürlich nicht Eigentümer der Betriebe, sondern Teil der Gesamtgesellschaft. Ihre Rechte beschränkten sich darauf, die Firmen und deren Einkünfte zu nutzen.

Investitionsentscheidungen wurden durch den Markt und die Bereitschaft der Banken bestimmt, den selbstverwalteten Betrieben Kredite einzuräumen. Die meisten Banken - im Jahre 1970 gab es etwa 70 - waren Partnerschaften mit größeren Firmen und anderen gesellschaftlichen Körperschaften eingegangen. Jede Bank führte ihr Kapital in einem sogenannten Kreditfonds zusammen, was zur Folge hatte, daß die Finanzinstitute die eigentlichen Koordinatoren der gesamten Investitionspolitik waren.

Das System schien zunächst hervorragend zu funktionieren. Titos Jugoslawien, in dem sich sozialistische mit kapitalistischen Wirtschaftselementen mischten, nahm in den frühen 70er Jahren im Wachstum der Produktion sogar den 2. Platz hinter Japan ein. Dennoch gab es in der SFRJ weiterhin eine Reihe unterentwickelter Landesteile.

Bald schon stellten sich Komplikationen und eine inflationäre „Überhitzung“ ein. Durch Ausreichen einer enormen Zahl von Krediten - die Druckpressen der Staatsbank konnten gar nicht so viel Dinar herstellen, wie vergeben wurden - entstand eine prekäre Situation. Die Inflation wurde dadurch noch verschärft, daß die Zinsfrage ungeklärt blieb. Unter dem Druck der größten Unternehmen wurden von den Banken Niedrigstzinsen

festgelegt oder gar keine erhoben. Die Rückzahlungsmoral der Betriebe war entsprechend miserabel. Ein großer Teil der gewährten Kredite wurde den Banken nicht erstattet.

Hinzu kam, daß sich die internationale Zahlungsbilanz Jugoslawiens ständig verschlechterte. Die Auslandsschulden wuchsen ins Unermeßliche. Das hing damit zusammen, daß die selbstverwalteten Unternehmen ihre Importe ohne Rücksicht auf künftige eigene Exportmöglichkeiten selbst vornehmen konnten. So gingen die Valutabeträge ins Ausland, während weit weniger in die Staatskassen kam. Überdies wurde den Betrieben gestattet, auf eigene Faust Joint Ventures mit ausländischen Partnern einzugehen - und zwar unter der Bedingung, daß deren Anteil 49 % nicht übersteigen sollte. Nachdem die defizitäre Zahlungsbilanz zunächst durch Einnahmen der Tourismusindustrie und Überweisungen jugoslawischer Arbeiter im Ausland verschleiert werden konnte, mußte schon bald der Offenbarungseid geleistet werden. Belgrad war gezwungen, den IWF um eine Serie von Anleihen zu ersuchen.

Ein anderes Hauptproblem war die steigende Arbeitslosigkeit. Auch sie hatte sich zunächst durch die Abwanderung Hunderttausender Jugoslawen nach Westeuropa und in andere Länder kaschieren lassen. Die Lage wurde aber immer dramatischer. Die Gründe lagen auf der Hand: Unter dem Regime der Selbstverwaltung waren die Unternehmen nicht daran interessiert, die Zahl ihrer Beschäftigten zu erhöhen, da der auszuhaltende Anteil am Gewinn bei sich vergrößernden Belegschaften durch mehr Personen geteilt werden mußte. Außerdem gab es wenig Anreize für die Errichtung neuer Betriebe, die zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hätten, weil die Masse der Investitionen unter den bestehenden verteilt wurde.

Als besonders schädlich erwies sich die mit der Arbeiterselbstverwaltung eingeführte Zahlung ungleicher Löhne für gleiche Arbeit. Das Einkommen der Arbeiter differierte von Betrieb zu Betrieb. Es gab erfolgreiche Firmen, die Facharbeiter und technisches Personal mit hoher Qualifikation bei sich zu konzentrieren vermochten, und andere, die im „Wettbewerb“ als erste auf der Strecke blieben.

Ein negativer Faktor war auch die frühe und zu weit gehende Dezentralisierung, die dem Grundsatz der zentralen staatlichen Planung der Konsumtion (und damit der Produktion) entgegenstand. Die Regierung gab praktisch ihre Kontrollmöglichkeiten über die Kreditgewährung auf und verzichtete zugleich auf das staatliche Außenhandelsmonopol in wichtigen Bereichen.

„Das Selbstverwaltungssystem Jugoslawiens führte dazu, daß alle Ungleichheiten und Nachteile des unregulierten Kapitalismus reproduziert und keine Vorteile des auf Staatseigentum basierenden Sozialismus genutzt werden konnten“, resümierte der marxistische Ökonom Jerry Jones in der britischen Zeitung „Morning Star“.

R. F. gestützt auf den Beitrag von „Postmark Prague“: „Warum die jugoslawische Selbstverwaltung scheiterte“



Grafik: Arno Fleischer

Wie „überschüssiges Kapital“ der sozialen Korruption dient

Zu den Wurzeln des Opportunismus

Leo Mayer, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes der DKP, hat am 3. März in Berlin im Auftrag der Programmkommission „Zur Analyse des heutigen Imperialismus“ gesprochen, um - wie er sagt - einen Beitrag für die Strategiebildung der Partei zu leisten. Sein Referat hat mich als Ökonomen allerdings mehr verwirrt, als es mir geholfen hat, imperialistische Strategien und Taktiken besser zu durchschauen. An einem Beispiel will ich meine Zweifel verdeutlichen. Das „überschüssige Kapital“ konzentrierte sich in Direktinvestitionen, betonte L. M. Diese These ist anfechtbar. Charakteristisch für den heutigen Imperialismus ist vielmehr die Tatsache, daß das überschüssige Kapital vorrangig in die Finanzmärkte fließt, ohne produktiv zu werden. Noch wichtiger erscheint mir vielleicht der Umstand, daß beträchtliche Mengen „überschüssigen Kapitals“ dazu benutzt werden, in den imperialistischen Zentren große Teile der Bevölkerung, der Arbeiterklasse und ihrer Führungen zu bestechen und so dem Opportunismus die Tür zu öffnen. Ohne Analyse dieses Vorgangs, der massenhaften Produktion von Opportunismus in der Arbeiterbewegung und der katastrophalen Folgen für den Kampf gegen die Ausbeutung, ist eine wirkliche Durchdringung der Probleme des Imperialismus nicht möglich. Ohne eingehende Untersuchung der materiellen Grundlagen des Opportunismus kann man z. B. die Niederlage der sozialistischen Revolutionen in Europa nicht erklären.

Der Eurokommunismus, dessen zersetzender Virus die kommunistischen Parteien vieler entwickelter kapitalistischer Länder in den 60er Jahren befiel, ist doch nicht von selbst entstanden. Er hat sich als spezifische imperialistische Ideologie im Kampf gegen den Sozialismus „bewährt“. Er entwickelte sich durch die massive, von der Bourgeoisie gezielt betriebene Erhöhung des Lebensstandards großer Teile auch der arbeitenden Bevölkerung, besonders in Deutschland, Frankreich und Italien, die zu der fatalen Illusion führte, der imperialistische „Sozialstaat“ sei letztlich zur Lösung gesellschaftlicher Probleme imstande. Tatsächlich verschärfte er diese enorm - und zwar zu Lasten anderer Völker! Die Einkommensdifferenz zwischen einem deutschen und einem mexikanischen Arbeiter beträgt heute mehr als das Zwanzigfache! Wo erzielt VW seinen Extraprofit? Wieviel davon gibt der Konzern „freiwillig“ den Arbeitern in Deutschland ab (natürlich nicht allen)? Der Rückfluß riesiger Summen aus den ausgebeuteten Ländern in die Metropolen und die Verwendung eines Teils dieser imperialistischen Maximalprofite für die Bestechung nicht nur von Staatsbeamten, Rechtsanwälten usw., sondern auch der alle früheren Dimensionen sprengenden Arbeiteraristokratie ist eines der größten

Hindernisse für das Entstehen einer stärkeren und kämpferischeren Arbeiterbewegung, ja selbst für die Organisation revolutionärer marxistischer Arbeiterparteien in den Metropolen. Die Tatsache, daß z. B. in Deutschland bei mehr als 80 Millionen Landesbürgern nur eine DKP mit wenigen tausend Mitgliedern existiert, hat doch ihre Gründe, die nicht nur im subjektiven Faktor und in den Folgen der Konterrevolution zu suchen sind. Der Niedergang der einst stolzen Französischen Kommunistischen Partei, deren Führung zu einer Fraktion opportunistischer Kollaborateure im Kriegskabinett Jospin wurde, ist ein bitterer Beweis für die Wirkungen sozialer Korruption.

Eine kommunistische Partei muß, wenn sie weiter auf Klassenpositionen kämpfen will, jede nationalistische Enge überwinden und aktiv an die Seite der ausgebeuteten Länder treten, dort die Verbündeten in der Arbeiterklasse suchen und mithelfen, den Kampf gegen die Monopole zu organisieren. Das enge Zusammenwirken der Partei der Arbeit Belgiens (PTB) mit den fortschrittlichen Kräften Kongsos liefert hier ein sehr positives Beispiel.

Besonders schädlich sind eurozentristische Positionen. Die Idee der Organisation einer europäischen kommunistischen Partei oder die Schaffung europäischer Gewerkschaften leiten Wasser auf die Mühlen der imperialistischen Bestrebungen zur Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung. Den Kampf gegen VW muß man nicht nur in Wolfsburg und Braunschweig führen, sondern gemeinsam mit den Arbeitern in Südafrika und überall dort, wo der Konzern seine „Filialen“ errichtet hat. Mit dem Widerstand gegen die Hegemonie des Opportunismus sind koordinierte Aktionen gegen die Ausplünderung der Länder der Dritten Welt und der ehemals sozialistischen Staaten durch Westeuropa, die USA und Japan eng zu verbinden.

Auch der Opportunismus in den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder entstand nicht von selbst oder deshalb, weil Chruschtschow und andere Führer einen revisionistischen Weg eingeschlagen hatten. Politisch-ideologische Erscheinungen haben immer soziale Wurzeln und ökonomische Gründe. Die beste ideologische Arbeit nützt nichts, wenn sie in Widerspruch zu den realen gesellschaftlichen Bedingungen gerät.

Wenn von 2,3 Millionen SED-Mitgliedern mindestens zwei Millionen fast bis zuletzt auf Gorbatschow hereingefallen sind, dann zeigt das, wie tief der Opportunismus auch bei uns schon unmerklich eingedrungen war, wieviel Zweifel am Sieg der sozialistischen Revolution aufkeimten.

Damals und heute wurde - zurecht - argumentiert, die DDR habe bei allen Tarif-

verhandlungen in der BRD als dritter Partner unsichtbar am Verhandlungstisch gesessen. Das betrachteten wir nicht ohne Grund als unseren Trumpf. Wir haben aber übersehen, daß uns die „sozialstaatlichen“ Erfolge im Westen, denen der Imperialismus nicht selten Vorschub leistete und die er nach dem Verschwinden der DDR sofort wieder abzuräumen begann, politisch auf die Füße fallen würden.

Schließlich bleibt es auch bedenkenswert, ob die spezifische Offensive des Gegners zur restlosen Zerstörung der DDR ohne eine opportunistische PDS und gegen eine kämpferische revolutionäre Partei möglich gewesen wäre. Das ist heute zwar Spekulation, aber eines steht wohl fest: Ohne die aktive Hilfe der rechten PDS-Führer, ohne deren liebedienerischen Geschichtsrevisionismus, ohne ihre Eilfertigkeit im Bekenntnis zu „marktwirtschaftlichen“ Verhältnissen und bürgerlichen Rechtsstrukturen in Ostdeutschland wären dem Klassenfeind manche Attacken in bestimmt nicht so gelungen. Deshalb werden Kommunisten die PDS nicht bekämpfen; doch mit der Zusammenarbeit auf Feldern, wo diese möglich ist, muß die unversöhnliche Entlarvung opportunistischer Positionen der Führer einhergehen. Ohne diesen entschiedenen Kampf ist eine revolutionäre Mehrheit in der Arbeiterklasse nicht zu erringen, sind „Sozialismus-Vorstellungen“ irreführend, bleibt ein Erfolg gegen den Imperialismus ausgeschlossen.

Es lohnt sich, über eine weitere Frage nachzudenken: Warum haben die westdeutschen Monopole kein Interesse daran, ihr „überschüssiges Kapital“ bei den „armen Schwestern und Brüdern“ östlich der Elbe anzulegen? Wird Ostdeutschland von den Verfechtern der „Globalisierung“ und des „Neoliberalismus“ ganz einfach vergessen? Oder ist der Aufwand zu groß, sind die Löhne der Ostdeutschen trotz aller diskriminierenden Abzüge noch immer viel zu hoch?

Für den Kampf gegen den Sozialismus ist Ostdeutschland uninteressant geworden. Der Opportunismus hat erst einmal gesiegt, die Arbeiterklasse ist weitgehend zerschlagen, zusätzliche Investitionen erweisen sich als unnötig. Im Gegenteil: Der Osten kann nun als Waffe gegen den relativen Wohlstand im Westen eingesetzt werden. Wären solche Widersprüche nicht vorrangiger Ansatzpunkt für kommunistische Strategie und wichtiger für eine Analyse als der Versuch, die bürgerlichen Vernebelungsbegriffe „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“ (was ist hier neo und was ist liberal?) mit Marxismus kompatibel zu machen?

Norbert Pauligk

**Diese Zeitung wird durch
Spenden finanziert**

Überlegungen eines bayerischen Kommunisten nach der 5. PV-Tagung

Zwei DKP-Papiere zu Ostdeutschland

Die Situation ist verfahren - wir haben nun zwei Papiere zur DKP-Politik in Ostdeutschland: Einerseits die „11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland“ (11 F) von der Gruppe Berlin Nordost, dem PV und der Gesamtpartei als Diskussionsangebot unterbreitet, andererseits den Entwurf „Für gleiche Rechte in Ost und West“ (PV-Entwurf) der 5. Tagung des Parteivorstandes, auf der die 11 F als „nicht geeignet“ kritisiert wurden. Zur jüngsten Vorgeschichte: Auf dem 15. Parteitag in Duisburg stellte Heinz Stehr zur Situation in Ostdeutschland fest: „... Wir haben die spezifischen politischen Herausforderungen wie den radikalen Sozialabbau, unwürdige Arbeitsbedingungen, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, aber auch Entwürdigung von Tausenden Menschen und ihrer Lebensleistung, politische Verfolgung und Diskriminierung weder gründlich analysiert noch daraus spezifische politische Forderungen entwickeln können ...“

Diese Kritik verstanden die Genossen von Berlin NO zurecht als Aufforderung: Sie erarbeiteten die 11 F und stellten sie in ihrer Zeitung „RotFuchs“ (RF) zur Diskussion. Während im großen Bezieherkreis des RF (ca. 5 000 Leser) eine lebhaft und konstruktive Diskussion einsetzte, die zu vielen Änderungen und Verbesserungen führte, wurde allein die Erwähnung der 11 F in der UZ kategorisch abgelehnt, so wie man auch den RF konsequent totschwiege. Stattdessen wurden obskure Papiere (von Daniel Hager, Jürgen Horn, Zoreh Safai sowie Detlef Fendt) in Umlauf gebracht, deren Verfasser die Gen. des RF in absurder bis rufmörderischer Weise diffamierten: Die Anschuldigungen reichten von „die alte DDR wiederherstellen wollen“ über „Nationalismus“ bis hin zum „Aufruf zur Spaltung“. Zuvor hatte ein führender Genosse wiederholt auf DKP-Veranstaltungen in der früheren DDR bekannt, er sei „nicht wegen, sondern trotz der DDR“ in die DKP eingetreten. Abgesehen von der parteischädigenden Wirkung dieser Aussage beleidigt L. Geisler nicht nur die Genossen in der früheren DDR; er ignoriert auch die Haltung und Erfahrung Tausender Kommunisten im Westen. Als auch der Auftritt der UZ-Abgesandten auf der Leserkonferenz des RF im Februar d. J. scheiterte, während zugleich die Solidarität zum RF in Ost und West zunahm (die ersten Ostgliederungen der DKP bekundeten ihre Zustimmung zu den 11 F und übernahmen sie in ihre Öffentlichkeitsarbeit), zog unsere Parteiführung die Notbremse: Auf der thematisch umfunktionierten 5. PV-Tagung - ursprünglich stand nur Jugendpolitik auf der TO - wurden die 11 F als „nicht geeignet“ verworfen und der PV-Entwurf vorgelegt.

Blendet man die Vorgeschichte, die natürlich viel weiter zurückreicht - die Auseinandersetzung hat ideologische Hintergründe - einmal aus und beschränkt sich auf den Vergleich der beiden vorliegenden Entwürfe, so kann man zu folgendem Urteil gelangen:

1. Viele Argumente aus den 11 F wurden in den PV-Entwurf übernommen und vertieft. Gratulation an die RFler: Ihr habt endlich nach über zehn Jahren eine umfassende Stellungnahme der Partei zu Ostdeutschland erkämpft und eine Diskussion angeschoben.

2. Die 11 F sind in ihrer prägnanten und bewußt losungshaften Form ein wirksames Instrument der Agitation und Propaganda für die Arbeit der Genossen in Ostdeutschland. Den PV-Entwurf

muß man eher als Baustein oder Beitrag zur Programmdiskussion der DKP charakterisieren. Wären die beiden Papiere besser aufeinander abgestimmt, könnten sie sich gegenseitig ergänzen.

3. Die 11 F sind in Sprache und Stil unverkennbar von Ostdeutschen für Ostdeutsche geschrieben. Sie knüpfen an der realen Bewußtseins- und Empfindungslage der Bürger an, gehen auf die ganz konkreten und spezifischen Interessen der Menschen in Ostdeutschland ein und fördern damit deren Aktionsbereitschaft. Das Besondere an den 11 F ist, daß sie fast zwangsläufig bei ehemaligen DDR-Bürgern den Gedanken auslösen: Das haben wir doch alles schon gehabt - im Sozialismus. Die 11 F schaffen es also, den Kampf um elementare Tagesinteressen mit unserem sozialistischen Ziel zu verknüpfen. Genau das ist die besondere Aufgabe und Rolle der Kommunisten. Beim Studium des PV-Entwurfs drängt sich eher das Bild des erhobenen Zeigefingers auf: Wir Besserwissis fordern Euch unerfahrene Ossis auf: „Stärkt ..., kämpft ..., organisiert ...“ Ob diese Art des lehrmeisterhaften Appellierens und überheblichen Dozierens bei den Menschen in Ostdeutschland ankommt?

Zurück zur Vorgeschichte und dem von Nina Hager (NH) vorgetragenen Referat „DKP-Politik in Ostdeutschland“: In der ausführlichen Analyse der Situation in den „neuen Bundesländern“ werden die spezifischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen in Ostdeutschland beschrieben, Ursachen für die Passivität und Resignation benannt, besondere Ansatzpunkte für den Kampf in Ostdeutschland dargelegt. Gleichzeitig wird jedoch immer wieder in teilweise grotesker, weil nicht nachvollziehbarer Art und Weise versucht, sich von Positionen abzugrenzen, die vielen Lesern nicht bekannt sind, da bis heute tabu und totgeschwiegen.

Im zweiten Abschnitt des Referates spricht NH dann das „Problem, das die DKP im Osten der BRD unmittelbar betrifft“, offen an: „Es gibt 11 Forderungen aus der Gruppe Berlin NO, die über den RF und das Internet verbreitet wurden ...“ Darunter befänden sich „Teilforderungen, die wir in die Diskussion einbeziehen und berücksichtigen müssen“. Anschließend konstruiert sie jedoch eine „Argumentation“, die im Vorwurf der Spaltung gipfelt. Doch nur, wer bis heute in Unkenntnis über die 11 F gehalten wurde, wird der „Kritik“ von NH folgen. Während sie nicht auf eine einzige der 11 F - auch nicht auf eine der sogenannten Teilforderungen - eingeht, kritisiert sie zwei Formulierungen aus der Einleitung zu den 11 F:

Erster Kritikpunkt: „Halbkoloniales Territorium“. Der angegriffene Satz lautet: „Die am 3. Oktober 1990 annektierte DDR ist heute ein durch westdeutsche Sonderbeamte überwachtes halbkoloniales Territorium der BRD mit zerstörter Industrie, eingeschränkter Landwirtschaft und verfeindeter Kultur.“ In ausführlichen Artikeln des RF wird hierzu fundiert argumentiert, zuletzt von Norbert Pauligk („Über Deutsch-Ostafrika“/RF Nr. 38).

Im Referat zitiert NH eine Definition des Begriffs „Kolonialismus“ (vermutlich aus einem nicht näher benannten Lexikon). Dann bekräftigt sie: „Ostdeutschland ist kein ‚halbkoloniales‘ Territorium, auch wenn sich viele westdeutsche Beamte oder Unternehmer in der Vergangenheit wie

koloniale Eroberer aufgespielt haben ... Der Begriff ‚Halbkolonial‘ könnte im besten Falle benutzt werden, um subjektives Erleben und Emotionen zu beschreiben ...“ Ja, mit genau diesem „besten Fall“ haben wir es zu tun, viele Ostdeutsche sind und fühlen sich wie Menschen 2. Klasse. Genau da setzen die 11 F an, holen sie die Menschen bei ihrer ganz konkreten Erlebnis- und Gefühlslage ab.

Zweiter Kritikpunkt: „Würde der Ostdeutschen“. Der zweite einleitende Satz zu den 11 F lautet: „Deshalb erhebt die DKP, ausgehend von den Beschlüssen des 15. Parteitages, folgende Forderungen zur Gewährleistung der Lebensgrundlagen und zur Wiederherstellung der Würde der Ostdeutschen: ...“ NH zitiert bewußt falsch: „... Eingangs wird gefordert, die ‚Würde der Ostdeutschen‘ wiederherzustellen“. Das ist keine der 11 Einzelforderungen, an wem sollte sie sich auch richten; vielmehr ist es das Ziel der 11 F, wie auch Heinz Stehr formulierte, die „unwürdigen“ Verhältnisse in Ostdeutschland und die „Entwürdigung von Tausenden von Menschen und ihrer Lebensleistung“ zu bekämpfen.

Die 11 F sind ein Beitrag zur Stärkung der DKP, sie beziehen sich auf die Beschlüsse des 15. Parteitages. Sie wenden sich an die ungerecht behandelten, unterbezahlten Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosen, die Sozialhilfe- und Almosenempfänger, die Ausländer, Rentner, Jugendlichen und alleinerziehenden Mütter. Nicht zu vergessen sind viele ehemalige SED-Mitglieder, die nach einer kommunistischen Partei Ausschau halten.

Wenn NH die selbstkritische Überlegung zur PV-Arbeit äußert, „... es ist nur ungenügend gelungen, vorhandenes marxistisches und anderes Fachwissen der DKP-Mitglieder aus der früheren DDR zu nutzen ...“, dann ist diese Erkenntnis zwar zu begrüßen, aber auch die Frage nach den Ursachen zu stellen. Warum mußten „ursprüngliche Vorstellungen über eine schnellere Entwicklung der DKP in Ostdeutschland inzwischen ad acta gelegt werden“? Eine der Antworten ist sicher, daß bis Mitte der 90er Jahre eine Auseinandersetzung in der Partei darüber stattfand, ob wir mit Rücksicht auf die PDS einen Aufbau von DKP-Strukturen im Osten überhaupt wollen. Eine weitere Ursache liegt sicher im mangelnden Verständnis und Vertrauen gegenüber den Genossen in Ostdeutschland.

In Vorbereitung des 15. Parteitages erklärte Heinz Stehr: „In der BRD können die Kommunisten heute aus den Erfahrungen zweier gesellschaftlicher Systeme lernen ... Die von Kommunisten in beiden Staaten gewonnenen unterschiedlichen Erkenntnisse kritisch und konstruktiv zu nutzen und für die Entwicklung einer historischen Perspektive zusammenzuführen, ist für die DKP eine einmalige Chance ...“ Diesen Worten ist zuzustimmen, man muß sie aber auch in die Tat umsetzen. Der von NH geforderte „bessere Erfahrungsaustausch“ beginnt beim Zuhören und Mitreden lassen; er sollte über einen solidarischen Meinungsstreit und eine breite Diskussion zu neuen Erkenntnissen und vorwärtsweisenden Beschlüssen führen und somit zur Stärkung der Partei beitragen. In Zukunft wird noch viel über die 11 F diskutiert werden - deshalb ist es allerhöchste Zeit, sie der Gesamtpartei zur Kenntnis zu bringen.

Manfred Feldmann, Wasserburg (DKP-Bezirk Südbayern)

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (31)

Lenin über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

Bereits Marx hatte die nationale und koloniale Frage aus dem Himmelreich politischer Abstraktionen auf die profane Erde sozialer Klassenkämpfe heruntergeholt, sie in Beziehung zur Klassenfrage gesetzt. Lenin, dessen Auffassungen bis zur Oktoberrevolution hier zunächst behandelt werden, untersuchte diese Frage bezüglich ihrer Lösung in Osteuropa und Asien unter den Bedingungen des Imperialismus. Neu war, daß die Zuspitzung des Klassenantagonismus in dieser Etappe die nationale Thematik, so Lenin, „in den Hintergrund gedrängt“ habe. Diese Äußerung verstand er indes nicht als ein für alle Zeiten gültiges Dogma, wie aus dem Kontext seiner diesbezüglichen Arbeiten hervorgeht. Er betonte, „daß diese oder jene nationale Frage vorübergehend in den Vordergrund des politischen Geschehens“ treten kann. (LW 6/457) Die russische Sozialdemokratie bindet sich nicht die Hände, sie rechne mit allen überhaupt nur denkbaren Wechselfällen. Lenin hat die Problematik der Selbstbestimmung der Nationen in vielen Schriften unter verschiedenen, konkret-historischen Aspekten ausgearbeitet. Wiederholt wandte er sich gegen jede abstrakte Behandlung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Diese Forderung ist den Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes unterzuordnen. (ebenda, S. 452-458) Der Begriff „Selbstbestimmung“ kann nur als politische Kategorie verstanden werden, d. h. als Recht auf „Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates“. (LW 19/233) Dabei ist deren Zweckmäßigkeit im Falle dieser oder jener Nation durchaus abzuwägen. Als Kriterium dafür bezeichnete Lenin „die Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und die Interessen des proletarischen Klassenkampfes für den Sozialismus“. (ebenda S. 234/421) Lenin unterschied zwei Tendenzen in der nationalen Frage: zum einen die Herausbildung von Nationen, zum anderen die Herausbildung der internationalen Einheit des Wirtschaftslebens, der Politik, der Wissenschaft usw. als Weltgesetz des Kapitalismus und die Assimilation der Nationen als welthistorische Tendenz. Die erste Tendenz widerspiegelt den objektiven Prozeß der Konsolidierung der bürgerlichen Nationen und das Erwachen des nationalen Lebens, den Aufschwung nationaler Bewegungen, den Kampf gegen jegliche nationale Unterdrückung in Asien und anderen Kolonien. Einen Prozeß, der Anfang des 20. Jahrhunderts begann und bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Die zweite Tendenz setzte ebenfalls mit dem Imperialismus ein. Sie wurde unter seinen Bedingungen zur vorherrschenden Tendenz in den Beziehungen zwischen den kapitalisti-

schen Nationen, führte und führt zur Niederreißung der nationalen Schranken, zur internationalen Einheit des Kapitals. Zwischen beiden Tendenzen besteht unter kapitalistischen Bedingungen ein antagonistischer Widerspruch, da die zweite Tendenz zur Unterdrückung und Vergewaltigung ökonomisch schwächerer Völker und Völkerschaften durch die imperialistischen Mächte führt, die Entwicklung und das Aufblühen der unterdrückten Nationen behindert oder sogar verhindert, was bis zur Ausrottung von Nationen gehen kann. Die Bildung der EU und jüngst der Amerikanischen Freihandelszone sowie andere Formen der imperialistischen Ausplünderung der „Dritten Welt“ durch das internationale Monopolkapital bestätigen die Leninsche Theorie der zwei Tendenzen in erschreckendem Ausmaß. Lenin unterstützte jede Assimilation der Nationen, bei Ausschluß von Gewalt und Privilegien. Er verfocht die Idee des demokratischen Zentralismus unter Einschluß lokaler Selbstverwaltung mit Autonomie für Gebiete mit besonderen ökonomischen und Lebensbedingungen, mit besonderer nationaler Zusammensetzung der Bevölkerung. (LW 20/12-13, 31-32) Wichtig ist die Leninsche Methode, nicht von abstrakten juristischen Definitionen, von allgemeinen Rechtsbegriffen, sondern stets von den konkret-historischen Bedingungen der nationalen Bewegungen auszugehen, die jeweiligen Besonderheiten zu berücksichtigen. (LW 20/398 f.) Insofern lassen sich nicht alle Entwicklungen voraussagen. So könne man nicht wissen, ob in Asien noch vor dem Zusammenbruch des Kapitalismus selbständige Nationalstaaten entstehen würden. Tatsache bleibe jedoch, daß der Kapitalismus die Tendenz zu ihrer Formierung hervorgebracht habe. Lenins Analyse der Entwicklungstendenzen zur Bildung von Nationen in Asien war von methodologischer Bedeutung für die Entdeckung neuer Erscheinungen in dem schon durch Marx begründeten Epochencharakter der sozialen Revolution, nun unter den Bedingungen des Imperialismus. Die sozialistische Revolution könne kein einzelner Akt, keine einzelne Schlacht sein, sondern bestehe aus einer ganzen Reihe von Schlachten um alle Fragen der ökonomischen und politischen Umgestaltung. (LW 22/145) Die genannten Tendenzen in Asien seien eine Erscheinungsform der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus. Auch darauf hatte schon Marx verwiesen. Neu war, daß diese Ungleichmäßigkeit einen sprunghaften,

explosiven, katastrophenartigen Charakter angenommen hatte - eine Voraussicht, die der Geschichtsverlauf des 20. Jahrhunderts als richtig bestätigt hat. Aus diesem Charakter der ungleichmäßigen Entwicklung der Völker und Nationen im Imperialismus folgte Lenin, daß der Traum von der „vereinten Aktion der Proletarier aller Länder“ gleichbedeutend mit der Vertagung des Sozialismus auf den Sankt-Nimmerleins-Tag sei. (LW 23/52)

Wenn in den imperialistischen Metropolen die materiell-technischen Bedingungen für die sozialistische Revolution bereits herangereift seien, handele es sich in den Halbkolonien und Kolonien noch darum, gesamt-nationale und demokratische Aufgaben zu lösen. „Die soziale Revolution kann nicht anders vor sich gehen als in Gestalt einer Epoche, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer ganzen Reihe demokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist, darunter auch mit nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen.“ (LW 20/52 f.) Aus diesen Bedingungen folge zwangsläufig, daß die sozialistischen Revolutionen und nationalen Befreiungskämpfe eine große Mannigfaltigkeit der politischen Erscheinungen hervorbringen würden, die abzuschätzen unmöglich sei. Lenin lehnte Spekulationen über Art und Weise künftiger Revolutionen ab. Ein wichtiger Hinweis, der von den Autoren jeglicher „Sozialismus-Vorstellungen“ unserer Tage beachtet werden sollte.

Von theoretischer und methodologischer Bedeutung war Lenins Voraussicht aus dem Jahre 1916 über die Entstehung von „erster“, „zweiter“ und „dritter Welt“, wenn auch diese Begriffe in der Publizistik damals noch nicht existierten. Da der Sozialismus „nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen“ könne, werde es für eine „gewisse Zeit sozialistische, bürgerliche und vorbürgerliche Länder geben“. (LW 23/74) Eine bemerkenswerte Prognose, die im 20. Jahrhundert durch den Geschichtsprozeß ebenfalls ihre Bestätigung fand.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. LW 22/144-159



Was nach dem Urteil der KP Chinas unverzichtbar ist

Ohne Vortrupp kein Sieg

Historisch gibt es zwei Arten von Revolution: die eine ist die Revolution des Systems, die andere die Revolution der Struktur. Die sozialistische Reform ist eine Revolution der Struktur und nicht des Systems, ihr Ziel ist die Schaffung von Nützlichem und die Überwindung von Schädlichem, die unablässige Entwicklung und Vervollkommen der sozialistischen Ordnung, die Befreiung und Entwicklung der Produktivkräfte. Deng Xiaoping hat mehrfach erklärt: „Die von uns errichtete sozialistische Ordnung ist eine gute Ordnung, wir müssen an ihr festhalten.“ In der Reform die sozialistische Orientierung beizubehalten oder nicht ist eine Lebensfrage.

Die Anfänge der Veränderung in der UdSSR liegen lange zurück, aber der Übergang von der Veränderung zur Umwälzung ist eine Angelegenheit der Regierungsperiode Gorbatschows. Auf der XIX. Allunionspartei-konferenz der KPdSU im Juni 1988 wurde von der Partei das Banner des „humanistischen, demokratischen Sozialismus“ gehißt. Ausgehend von der vollständigen Negierung des realen Sozialismus beschuldigte Gorbatschow die sozialistische Ordnung der UdSSR, eine Monopolisierung auf allen Gebieten herbeigeführt zu haben: die Führung der Kommunistischen Partei habe zur „politischen Monopolisierung“ geführt, das Gemeineigentum habe zur „wirtschaftlichen Monopolisierung“ und die Leitung durch den Marxismus zur „geistigen Monopolisierung“ geführt; das habe politische, wirtschaftliche und kulturelle „Entfremdung“ zur Folge gehabt. Ausgehend von dieser Auffassung hat er in dem Artikel „Die Umwälzung der sozialistischen Ideologie und des revolutionären Geistes“ unverhüllt erklärt: „Wir müssen unser gesamtes gesellschaftliches Gebäude vollständig umgestalten: von der ökonomischen Basis bis zum Überbau“ („Prawda“, 26.11.1989).

Wie soll diese „Umgestaltung“ erfolgen? Auf politischem Gebiet Beseitigung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei, Einführung des Mehrparteiensystems; auf ökonomischem Gebiet Beseitigung des Gemeineigentums, Durchführung der Privatisierung; auf ideologischem Gebiet Abschaffung der Leitung durch den Marxismus, Einführung der ideologischen Pluralisierung. Das ist ein grundsätzliches Verlassen der Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus. Gesteuert von der falschen Linie Gorbatschows schlitterte die UdSSR Schritt für Schritt in den Abgrund der Umwälzung: die gesamte Partei verlor alle Grundlagen der Macht, die gesamte Gesellschaft verlor ihre Stütze gemeinsamer Ideale und gemeinsamen Geistes. Feindliche Kräfte nutzten die Gelegenheit und riefen politische Unruhen hervor, um die Macht zu erlangen. Und die Partei ist angesichts dieses bedrohlichen Angriffs Schritt für Schritt zurückgewichen, hat sich tatenlos der Niederlage gefügt, bis sich die Macht in anderen Händen befand und die Gesellschaftsordnung verändert war. Die Geschichte des Wandels in der UdSSR lehrt uns: die vier Grundprinzipien (Festhalten am sozialistischen Weg, an der demokratischen Diktatur des Volkes, am Marxismus, den Mao Zedong-Ideen und an der führenden Rolle der Kommunistischen Partei) sind Grund-

substanz unseres Landes; bei den sozialistischen Reformen muß an den vier Grundprinzipien festgehalten werden, da darf es unter keinen Umständen nur das geringste Schwanken geben. Wenn man auf Grund der verschiedenen Mängel und Unzulänglichkeiten der konkreten Strukturen des Sozialismus die Grundordnung des Sozialismus generell negiert, dann macht man die Reform zu einem Richtungswechsel; das Ergebnis dessen ist die Beerdigung des Sozialismus, die gesamte Gesellschaft verfällt in eine ernste Krise und Katastrophe.

Die Kommunistische Partei ist die führende Kraft des sozialistischen Staates, sie ist der politische Konstrukteur, der Organisator und Koordinator, der ideologische Leiter der sozialistischen Reform und des sozialistischen Aufbaus, sie geht im Handeln voran. Die Verstärkung und Verbesserung der Führung durch die Kommunistische Partei, der Aufbau der Partei zu einer gefestigten marxistischen Partei ist die grundlegende Garantie für die sozialistische Reform und den erfolgreichen Aufbau. Die Kommunistische Partei muß am Marxismus festhalten, ausgehend von den unterschiedlichen historischen Bedingungen die Linie und die Politik festlegen, die sowohl der sozialistischen Richtung als auch der konkreten Situation des eigenen Landes sowie den Interessen des Volkes entspricht. Das ist der Schlüssel dafür, daß die Kommunistische Partei die Unterstützung der breiten Volksmassen erhält.

Die KPdSU hat gerade in dieser Grundfrage die korrekte Richtung verlassen. Der XX. Parteitag der KPdSU war der Beginn der vollständigen Negierung der Geschichte des Kampfes der sowjetischen Partei und des sowjetischen Volkes. Die KPdSU hat die erste Schleuse für die Selbstnegierung geöffnet. Beginnend mit der Losung der „Partei des ganzen Volkes“, die auf dem XXII. Parteitag ausgegeben wurde, veränderte sich der Charakter der Partei als Vortrupp des Proletariats. So schlitterte die KPdSU auf dem falschen Weg immer weiter bis zur unumkehrbaren Niederlage.

1. Innerhalb der Partei entstand ein ideologisches Chaos. Seit langem hatten die Führungskreise der KPdSU sich von den Massen und den Realitäten gelöst, sie waren nicht in der Lage, den Marxismus entsprechend den Veränderungen der Bedingungen der Epoche nach vorn zu bringen und so die historischen und die in der Realität existierenden verschiedenen Fragen zu beantworten und zu lösen. Die Propaganda und Erziehung der Partei hat bei den Massen immer mehr an Anziehungskraft und Einfluß verloren. Das lieferte den Ansatzpunkt für die Negierung der leitenden Rolle des Marxismus durch Gorbatschow. Um mit einem „humanen, demokratischen Sozialismus“ den wissenschaftlichen Sozialismus zu ersetzen, propagierte Gorbatschow aktiv die sogenannte „Demokratisierung, Glasnost, Pluralismus“. Die von ihm vertretene Demokratisierung ist eine „bedingungslose Demokratie“, die die demokratische Diktatur des Volkes und den Zentralismus ablehnt. Die von ihm vertretene Glasnost bedeutet, die Offenheit „ohne Vorbehalte“ und „ohne Einschränkung“, die den Grundinteressen des Proletariats und des werktätigen Volkes entsprechen, über Bord zu werfen. Der von ihm vertretene

Pluralismus bedeutet, auf ideologischem Gebiet die führende Rolle des Marxismus abzuwerfen. In Wahrheit sind diese sogenannte Demokratie, Glasnost, Pluralismus nur Einbahnstraßen, sie lassen nur antikommunistische und antisozialistische Aussagen zu, aber keine Kritik an diesen oder deren Zurückweisung.

2. Die Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der kollektiven Führung wurden ernsthaft beschädigt. Zweifellos ist das Ende der UdSSR unter der persönlichen Regie von Gorbatschow eingetreten. Aber es ist bei Weitem nicht adäquat, ein solch schwerwiegendes historisches Ereignis einer Einzelperson anzulasten. Hier ist das Führungssystem, das Organisationssystem, das Arbeitssystem, von der die Einzelperson bei der Entfaltung ihrer Rolle abhängig ist, das wesentliche Problem. Gorbatschow konnte die Partei und den Staat deshalb in den Abgrund führen, weil das Führungssystem, das Organisationssystem, das Arbeitssystem selbst viele unübersehbare Mängel aufwiesen. Der größte Mangel bestand in der hochgradigen Konzentration der Macht, im Fehlen wirksamer Kontroll- und einschränkender Mechanismen. Dadurch war Gorbatschow in der Lage, die Führung der Partei in eine persönliche Machtkonzentration, die persönliche Machtkonzentration in persönliche Willkür zu verwandeln, es entstand eine Situation, in der der persönliche Wille über den Willen der Partei und des Volkes gestellt wurde: die Partei und das Volk verloren die realen Mittel, die Führungspersönlichkeit zu kontrollieren und einzuschränken.

3. Die Korruption in der Partei wurde immer schlimmer, sie führte zu starker Unzufriedenheit der Volksmassen. Die Korruption in der KPdSU hat eine lange Geschichte, daraus entstand viel Ungeziefer. Dieses hoffte schon lange darauf, daß sich der „Himmel wendet“, um dann „legal“ den von ihm unterschlagenen gesellschaftlichen Reichtum für sich zu bewahren und zu erweitern. Als die antikommunistischen Elemente außerhalb der Partei das Feuer des Umsturzes entfachten, nutzten die korrupten Elemente innerhalb der Partei die Gelegenheit und gossen Öl in das Feuer.

Die historischen Lehren des Umsturzes in der UdSSR sagen uns: Der Schlüssel für Sieg oder Niederlage des Sozialismus ist die Partei. Die sozialistische Reform muß durch die Partei geführt werden, die sozialistische Orientierung muß durch die Partei gewährleistet werden. Die Anschläge der westlichen gegenrevolutionären Kräfte zur „Verwestlichung“ und „Zersetzung“ müssen durch das von der Partei geführte Volk zunichte gemacht werden. Die Kommunistische Partei bleibt dann unbesiegbar, wenn sie ständig politisch, ideologisch, organisatorisch gestärkt und ihr Arbeitsstil unablässig verbessert werden. Weiterhin muß sich die Partei wirklich der Kontrolle durch die breiten Volksmassen unterstellen, ständig das Führungsniveau und ihre Fähigkeit zur Machtausübung erhöhen, sie muß gewährleisten, daß sie immer ihr Wesen als Vortrupp des Proletariats bewahrt.

Aus dem theoretischen Organ des ZK der KP Chinas „Qiu Shi“; aus dem Chinesischen übersetzt von Botschafter a. D. **Dr. Rolf Berthold** (gekürzt/Titel: RF)

Unsere Korrespondenten berichten aus Griechenland

Europäisches WGB-Büro gegründet

Auf einer Konferenz, die am 7. April 2001 in Athen stattfand und an der Vertreter von acht Gewerkschaftsverbänden des Kontinents mit 7,5 Millionen Mitgliedern teilnahmen, wurde das Europäische Büro des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) neu gegründet. Mit heute weltweit mehr als 150 Millionen Werktätigen in seinen Reihen unterhält der WGB bereits regionale Büros in Lateinamerika, Asien, Afrika und im Nahen Osten. Das Europäische Büro war nach der Konterrevolution in der UdSSR und den sozialistischen Ländern Zentral- und Südosteuropas aufgelöst worden.

Dem neu gegründeten Büro in Athen gehören Vertreter der progressiven Gewerkschaftsbewegung Griechenlands (PAME) sowie von Verbänden beider Bevölkerungsteile Zyperns, aus Rußland, Tschechien und Österreich an. Zum europäischen Teil des WGB zählen Gewerkschaftsorganisationen aus mehr als 30 Ländern des Kontinents. In einer Erklärung der PAME (Allgriechische Arbeiterfront des Kampfes) wird unterstrichen, daß „jetzt die Voraussetzungen für eine Neuformierung der Klassenkräfte auch in Europa geschaffen werden, da es für die Arbeiterklasse notwendig ist, dem einheitlichen Angriff des Kapitals und des Imperialis-

mus ihre gemeinsame und koordinierte Aktion entgegenzustellen“.

Nach Ansicht der Konferenzteilnehmer soll ein nicht mehr durch die Politik der transnationalen Konzerne beherrschtes Europa, das angestrebt wird, u. a. dauerhafte Arbeit für alle, die 35-Stunden-Woche, Gewerkschaftsrechte und -freiheiten, Gleichberechtigung beider Geschlechter, Gleichstellung von Arbeitern aller Nationen, Beseitigung jeder Form des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit garantieren.

Ein Aktionsplan des neugegründeten Athen-Büros betrachtet es als dessen Aufgaben, „die Prinzipien des Klassenkampfes und der kämpferischen Perspektive der Arbeiterklasse zu fördern und die Rolle des regierungsamtlichen oder unternehmerfreundlichen Syndikalismus, der auf Klassenzusammenarbeit setzt, zu entlarven“.

Thanos Dimitriou, Athen

KKE verteidigt Arbeiterinteressen

Unser täglicher Kampf wird immer härter. Er findet auf vielen Ebenen statt: Innerhalb und außerhalb des Parlaments, auf den Straßen und in den Gewerkschaften (was schwierig ist, da die Führung des Griechischen Gewerkschaftsbundes durch ihre Unterstützung des Regierungskurses völlig kompromittiert ist). Dagegen wendet sich unsere Gewerkschaftsbewegung PAME. Wir tun alles Mögliche, um die Werktätigen unseres Landes auf den „Barrikaden“ zu halten. Unlängst erfolgten im Parlament Verfassungsänderungen im reaktionären Sinne; sie wurden durch die sozialdemokratische Regierungspartei im Bunde mit der rechtskonservativen „Neuen Demokratie“ durchgesetzt. Die KP Griechenlands (KKE) hatte durch große Aktionen versucht, deren Verabschiedung zu verhindern. Mit Kundgebungen, Demonstrationen sowie der zeitweiligen Abriegelung des Parlaments kämpfen wir für das Recht der Werktätigen auf Arbeit. Vor einigen Wochen besetzten Bauarbeiter auf Beschluß

ihrer Gewerkschaft das Gebäude des Arbeitsministeriums.

Die Lage ist für uns nicht leicht. Zur Zeit sind wir massiven Angriffen und Drohungen seitens der Regierung ausgesetzt. Premierminister Simitis attackierte uns persönlich in der Debatte über die Verfassungsänderungen. „Sie verhalten sich ahistorisch, wenn Sie an einer Utopie festhalten“, erklärte er. Die Abgeordnete Aleka Papariga, Generalsekretärin des ZK der KKE, konterte: „Sie sollten nicht bei jeder Demonstration oder bei jedem Streik die Hand der Kommunisten suchen. Wenn Sie tatsächlich glauben, daß die symbolische Besetzung des Arbeitsministeriums mit der Einnahme des Winterpalais vergleichbar sei, dann nehmen wir uns das Recht, Ihnen zu sagen, daß Ihre Regierungspolitik an das Herrschaftsregime des Zaren erinnert.“ Daraufhin wurde behauptet, die KKE bewege sich „am äußersten Rand der Verfassung“ und führe „das Volk zu illegalen und gesetzwidrigen Taten“. Die Kommunisten erwiderten: „Sie haben



An einem Anti-NATO-Meeting der KKE, das am 25. Januar 2001 in Athen stattfand, nahmen auch diese Soldaten der griechischen Armee teil.

nur die alten und vom Volk verurteilten Waffen des Kalten Krieges aus dem Arsenal des Antikommunismus wieder hervorholt.“

Wie Ihr seht, hat die Niederlage des Sozialismus in Zentral- und Osteuropa auch bei uns das Großkapital und dessen sozialdemokratische Regierung ermuntert. Doch der Versuch, uns in die Enge zu treiben, wird scheitern.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki



Die Partei für die Sozialistische Macht (SIP) in der Türkei hat sich - unter schweren Bedingungen kämpfend - den Namen Kommunistische Partei zugelegt.

Inzwischen erscheint auch ihre Zeitung „Komünist“. Wir beglückwünschen die türkischen Genossen zu diesem kühnen und mutigen Schritt, dem unsere ganze Sympathie gehört.



Ein aufschlußreiches Gespräch in Valparaíso

Chilenisches Parteienkaleidoskop

Als ich zur verabredeten Begegnung mit Jungkommunisten und dem Nachwuchs der Sozialistischen Partei - den Jovenes Socialistas - komme, warten wir auf die Letzteren vergeblich. Ein mir befreundeter parteiloser Schriftsteller hatte mich zu dem Gespräch mit jungen Leuten beider politischer Lager eingeladen. Ursprünglich wollten wir uns in einer kleinen Kneipe treffen. Wider Erwarten war sie geschlossen. In die Räume der KP Valparaíso hatten die Jungsozialisten wohl nicht mitgehen wollen - symptomatisch für die Schwierigkeiten unter den Linken, nicht nur in Chile, wo sie gemeinsam von der Diktatur unterdrückt worden waren. Schließlich sitze ich im bescheiden möblierten Zimmer eines altersschwachen Hauses mit sieben Kommunisten der neuen Generation - drei davon Señoritas - zusammen. Alle studieren an Universitäten, niemand aus einem Betrieb ist dabei.

Auch hier überwiegt bei der werktätigen Jugend politisches Desinteresse. Das zeigte sich zum Beispiel bei den Präsidentschaftswahlen 1999. Viele der Jüngeren brachten ihre Ablehnung des derzeitigen Systems dadurch zum Ausdruck, daß sie sich für die Stimmabgabe erst gar nicht registrieren ließen. Man erklärt mir dieses Verhalten mit der tiefen Enttäuschung darüber, daß die Hoffnungen auf einen wirklich demokratischen Neubeginn nach dem Ende der Pinochet-Diktatur nicht erfüllt worden seien. Ich erfahre Einzelheiten über den chilenischen Wahlmodus, der die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse sichert: In jedem Wahlkreis gelangen nur der Bewerber mit den meisten Stimmen und der prozentual nächstfolgende Kandidat ins Parlament. Praktisch bedeutet das, daß eine kleinere Partei fast niemals die Chance auf einen Abgeordnetensitz erhält. Entweder teilen sich die großen Parteien des Regierungsbündnisses, „Concertación“ - also Sozialisten und Christdemokraten - die Sitze, oder der reaktionäre Rechtsblock bringt seinen Kandidaten durch. So versteht jeder, daß sich über Wahlen am System schwer etwas ändern läßt. Das führt zu Resignation und politischer Abstinenz. Auch von den Genossen des Jugendverbandes der KP wird mir bestätigt, was ich bereits bei Kommunisten in der Provinz erfahren hatte: Um Fortschritte bei der Gewinnung junger Menschen zu erreichen, gibt es zur Zeit keinen anderen Weg als den der „Ameisenarbeit“. All das kommt mir durchaus bekannt vor. Wenn auch nicht in dem Maße wie die DKP, so hat doch auch die KP Chiles mit dem Problem der Überalterung ihre Not.

Als ich nach der Haltung der Partei zu Wahlen frage, werden unterschiedliche Meinungen laut. Bei der ersten Tour der Präsidentschaftswahl 1999 hatte sich auch die Generalsekretärin der KP, Gladys Marin, beworben und 3,5% der Stimmen erhalten. Das war unter den derzeitigen Bedingungen kein so schlechtes Ergebnis, obwohl es einen Rückgang der Stimmenzahl gegenüber vorangegangenen Wahlen bedeutete. Beim zweiten Wahlgang war der Sieg des rechtssozialistischen Kandidaten Lagos keineswegs sicher. So wurde in der Partei die Frage des Für und Wider seiner Unterstützung heftig diskutiert. Im ZK entschied man sich schließlich, den kommunistischen Wählern die Abgabe ungültiger Stimmzettel zu empfehlen, da auch Lagos nichts anderes als ein Repräsentant des herrschenden Systems sei. Wie die Ergebnisse in einzelnen Stimmbezir-

ken zeigten, wurde dieser Rat jedoch nur teilweise befolgt, weil etliche Linke die Auffassung vertraten, der „Sozialist“ Lagos sei immer noch besser als der Kandidat der Rechten.

Eine besonders emotionale Belastung für das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialisten ergibt sich im Zusammenhang mit der Forderung, die politischen Verbrechen aus der Zeit der Pinochet-Diktatur strafrechtlich zu verfolgen, die Mörder einschließlich des Hauptverantwortlichen endlich vor Gericht zu bringen. Die KP-Wochenzeitung „El Siglo“, die man übrigens an vielen Kiosken ohne weiteres erhält, trommelt beharrlich in jeder Ausgabe, enthüllt immer wieder neue barbarische Schandtaten der Militärs. Dabei weiß jeder Mann, daß Lagos und seine Regierung eine Verzögerungspolitik betreiben, die darauf abzielt, den Schein des Strebens nach Gerechtigkeit für die Opfer und Bestrafung der Täter zu wahren, in Wirklichkeit aber Gras über die blutige Vergangenheit wachsen zu lassen. Die Methode kennen wir ja aus der alten BRD, wo nach 1945 genauso vorgegangen wurde. Mit Erfolg spekuliert man in der „Moneda“, dem Amtssitz des Präsidenten, darauf, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung das Interesse an dem ewigen Hin und Her in dieser Frage weiter abnimmt. Hinzu kommt, daß naturgemäß mit jedem Jahr die Zahl der Menschen wächst, die aus eigenem Erleben keine Beziehung mehr zur Zeit des Terrors haben. Und im Schulunterricht kommt diese Periode chilenischer Geschichte einfach nicht vor! Es bleibt den Lehrern überlassen, den Schülern ihre rein individuelle Sicht zu vermitteln. Ein bereits gedrucktes Unterrichtsmaterial zu dieser Thematik stieß auf den entschiedenen Widerstand der reaktionären Kräfte im Parlament und mußte eingestampft werden.

Ich frage die jungen Leute nach Leitfiguren, so auch nach der Ausstrahlung Fidel Castros, dessen Bild über uns an der Wand hängt. Die Antwort ist auch hier ernüchternd. Die Propagierung der „westlichen Lebensweise“ und weitverbreitetes Konsumdenken erleichtern es den bürgerlichen Medien, Castro den jungen Chilenen als „menschenverachtenden Diktator“ darzustellen. Anders steht es mit Ché Guevara, dem der Mythos des selbstlosen Revolutionärs anhaftet, der sich im Dschungelkampf aufgeopfert hat. Fidel der „kalte Bürokrat der Macht“ - und Ché - der „romantische Idealist“ - vermitteln die Klischees. Da ist es dann schon etwas wert, wenn der Popstar „Sting“ ein großes Konzert in Santiago ausdrücklich den Opfern des Pinochet-Regimes widmet. Hoffnung vermittelt auch die Tatsache, daß die Kommunisten und andere Linke in den Studententrägen einiger Universitäten Chiles stark vertreten sind. In Santiago besitzen sie sogar die Mehrheit an der größten Uni des Landes. Auch in der Lehrgewerkschaft verfügen die Genossen traditionell über großen Einfluß.

Als ich zum Abschied noch einmal mein Bedauern darüber äußere, daß es nicht zu der erhofften Begegnung auch mit Jungsozialisten gekommen ist, erzählt man mir zur Charakterisierung der Schwierigkeiten die Geschichte von einem in die DDR emigrierten chilenischen Sozialisten, der dort eine junge Frau - eine Genossin der SED - kennenlernt, die ihm beim ersten Rendezvous die einzigen spanischen Worte sagt, die sie gelernt hat: „Libertad por Luis Corvalán!“ Allein die Erwähnung des Namens dieses führenden chile-

nischen Kommunisten beendete die Begegnung. Das Geflecht der vielschichtigen Beziehungen zwischen regierenden Sozialisten und opponierenden Kommunisten, die einst gemeinsam in der Allende-Regierung wirkten und später Seite an Seite gegen die Pinochet-Diktatur kämpften, bleibt widerspruchsvoll.

Rolf Vellay

Wie sich der Beitritt in den Abtritt vollzog

Kolonie Fortuna

Von Gerhard Bengsch, der uns einst „Krupp und Krause“ und eben erst „Prünzke & Prott“ serviert hat, ist dem noch bucherfreundlichen Rest der Bevölkerung des früheren Lesandes DDR eine neue satirische Delikatesse mit bitterem Nachgeschmack aufgetischt worden. „Heiratsschwindel“ heißt das schmale, aber auf kräftigen Füßen stehende Bändchen der vortrefflichen Spotless-Reihe. Gekleidet in die Form eines Offenen Briefes an eine Wert und Unwert der Vereinnahmung des deutschen Ostens durch den deutschen Westen erkundende Magister-Diplomandin aus dem französischen Alsace, ist der knappe Essay eine tiefgründige Studie über den nun maroden Zustand jenes Landes, das sich - als es noch im Besitz seiner Kräfte und seiner Souveränität war - mit vielen in der Welt hat vergleichen können.

Der Literat aus Kleinmachnow flieht nicht wie mancher arme Tropfen in neue Nischen, sondern stellt sich wie ein Puter mit geschwelter Brust und gespreiztem Gefieder tapfer zum Kampf. Er ist also der Alte geblieben.

Fakten- und facettenreich, in einer Sprache, die dem Leser nicht die Sprache verschlägt, höflich und charmant, bisweilen mit gebleckten Zähnen und beißender Ironie beantwortet der Autor nicht nur die interessanten Fragen der jungen Französin, sondern steht auch denen Rede, die einmal das Volk der DDR waren. Nur selten vergrößert Bengsch gewollt die Diktion, so beispielsweise, wenn er meint, bei der deutschen „Vereinigung“ habe es sich um einen „Beitritt in den Abtritt“ gehandelt.

„Heiratsschwindel“ ist gewissermaßen die höchst gelungene literarische Version dessen, was andere, die nicht die Waffen eines Schriftstellers besitzen, in profaner Schreibart „11 Forderungen für Ostdeutschland“ genannt haben.

„Wenn manche Erzkommunisten Ostdeutschland hartnäckig als Kolonie des westdeutschen Kapitals bezeichnen, sollten sie wenigstens zugeben, daß es sich ... um eine Kolonie Fortuna handelt“, bemerkt der die Dinge beim Namen nennende Briefpartner von Mademoiselle Carmen M.

Soll man ihm etwa widersprechen?

K. St.

Gerhard Bengsch. Heiratsschwindel. Offener Brief an Mademoiselle Carmen M. Spotless-Verlag 2001, 95 S., 9,90 DM, ISBN 3-933544-45-9

Über eine spanisch-sowjetische Freundschaft besonderer Art

Die Sprengmeister

In Moskau starb im November 2000 fast 100-jährig Ilja Gregorowitsch Starinow, Militärberater der Republikanischen Armee während des spanischen Bürgerkriegs, berühmt als „Soldat des Jahrhunderts“. Dies ist auch der Titel seines letzten Memoirenbandes.

Starinow nahm 1917 an der russischen Revolution teil und trat ein Jahr später in die Reihen der Roten Armee ein. Im Kampf gegen die Weißen übernahm er verschiedene Aufgaben, insbesondere Sprengungen und Operationen im feindlichen Hinterland. 1937 ging er als Freiwilliger nach Spanien, wo er als Berater der XIV. Guerillaeinheit der republikanischen Streitkräfte diente. Sein Name war auch unter den Kämpfern der Internationalen Brigaden sehr populär. Starinow entwickelte mehrere Sprengminen, von denen die sogenannte PMS oder „Bahnsprengmine“ herausragt. Diese wurde in den 30er Jahren von vielen Armeen nachgebaut.

Nach der Niederlage der Republik kehrte Starinow in die Sowjetunion zurück. Dort war er dann einer der führenden Köpfe der Partisanenbewegung, die den Nazi-Truppen eisernen Widerstand entgegensetzte. Mehrere Sabotage- und Partisanenhandbücher stammen aus seiner Feder. Als pensionierter Grenzschoberst schrieb er seine Memoiren.

Angel Pozo aus Valencia lernte Ija Starinow in der spanischen Republikanischen Armee kennen. Mit ihm verband ihn eine jahrzehntelange Freundschaft. Erst vor zwei Jahren kehrte Pozo aus dem Moskauer Exil nach Valencia zurück. Dort erfuhr er vom Tod Starinows. Die Worte „Freund und Kampfgefährte“, die dieser ihm als Widmung auf eine Fotografie schrieb, verdeutlichen die Beziehung zwischen den beiden Veteranen des spanischen Bürgerkriegs und des 2. Weltkrieges. Oberst Starinow war eine der letzten Personen, die Angel besuchten, als er beschloß, Moskau endgültig den Rücken zu kehren. In seinem Gepäck brachte dieser 20 Exemplare der Memoiren Starinows mit. Sie waren signiert und für frühere Guerilleros, die noch in Spanien leben, bestimmt. Angel Pozo erinnert sich daran, daß die republikanischen Kämpfer Starinow mit dem Beinamen „Gott des subversiven Krieges“ bedachten, was von seinen Kenntnissen über Explosivstoffe und Partisanentaktik herrührte.

Nach der Niederlage der Republik ergab sich Starinows Einheit nicht. Seine Männer folgten ihm kämpfend in den antifaschistischen Widerstand in Frankreich, Belgien, Italien und Jugoslawien.

Für den 80-jährigen Pozo sind die Schützengräben von einst immer noch eine Konstante seines Lebens. Als 14-jähriger schloß er sich in Alicante der Kommunistischen Jugend an. Mit 17 war er einer der ersten Schüler des „Instituto Obrero“ (Arbeitergymnasium) von Valencia, der freiwillig in die Jugend-

divisionen des roten Generals Enrique Lister eintrat. 1939 ging Pozo nach Moskau ins Exil. Er wurde Sprengmeister in der sowjetischen Armee und nahm mit anderen spani-



Ilja Starinow und Angel Pozo in Moskau

schen Republikanern an der Verteidigung Moskaus teil. Er erinnert sich, daß die nur aus Spaniern bestehende Einheit, der er zugeeilt war, die Aufgabe hatte, den Zugang zum Roten Platz zu sichern. Ihr Kommandeur, Peregrin Pérez Galarza, stammte aus Buñol bei Valencia und kehrte nach dem 2. Weltkrieg nach Spanien zurück, wo er im Maquis kämpfend starb.

Gegen Ende des 2. Weltkrieges tauschte Angel das Gewehr mit dem Mikrofon: Durch die Übertragungen von Radio Moskau in castellano kämpfte er weiter gegen den Faschismus in Spanien. 27 Jahre lang arbeitete er als Journalist. Pozo erinnert sich, daß er seinen Hörern den Einzug der Roten Armee nach Berlin bekanntgab - eine Nachricht, die von vielen Spaniern mit der Hoffnung aufgenommen wurde, daß nach Hitlers Fall nun auch Francos Tage gezählt seien.

Während des 2. Weltkrieges war Angel Pozo - der Kommunist aus Valencia - einer der

Männer, denen Stalin die Verantwortung für die Sprengung der Erdölvorkommen im Kaukasus übertrug, sollte Hitlers Wehrmacht bis zu ihnen vordringen. Als die „Operation Barbarossa“ bei Leningrad und Moskau ins Stocken kam, änderten die Nazitruppen im Juni 1942 ihre Strategie und leiteten die „Operation Blau“ ein, deren Ziel die Eroberung Stalingrads war. Dessen Kapitulation hätte den Fall der Sowjetunion bedeutet. Als die Naziflagge bereits auf dem Gipfel des Elbrus, des höchsten kaukasischen Berges, weniger als 700 km von Baku entfernt, wehte, befürchtete Stalin, daß die deutschen Faschisten die Bohrlöcher erreichen würden. Das Verteidigungskomitee suchte Freiwillige unter den spanischen Dinamitern für eine geheime Mission im Kaukasus. Die republikanischen Kämpfer, instruiert in der Handhabung von Sprengstoffen, meldeten sich daraufhin. Fünf Männer

folgten zunächst dem Aufruf, von denen zwei ihre Entscheidung wieder zurückzogen. Angel Pozo verschweigt nicht die Gefährlichkeit seiner Arbeit. Eine der Begebenheiten, an die er sich erinnert, ist sein Empfang in Baku: Das Erstaunen, mit dem er von den örtlichen Behörden begrüßt wurde, weil sie nicht verstanden, wie Moskau eine so heikle Mission einem Ausländer anvertrauen konnte, der noch dazu nicht einmal Mitglied der KPdSU war.

Glücklicherweise unterlag die deutsche Wehrmacht in Stalingrad, was das Kriegsglück zugunsten der Alliierten umschlugen ließ. Angel sah sich niemals in der schwierigen Situation, den Knopf der Sprengladung, die er montiert hatte, drücken zu müssen.

Die Berichte wurden den spanischen Zeitungen „El País“ (24.11.2000) und „Levante“ (7.1.2001) entnommen und von unserer Korrespondentin **Isolda Bohler**, Valencia, übersetzt.



Eine CIA-Agentin in der SED entlarvte sich selbst

Der Fall Carola Stern

Da meint man immer, nach allem, was man in den letzten zehn, elf Jahren politisch erlebt und erfahren hat, könnte ein nichts mehr überraschen. Und doch fällt's einem immer mal wieder „wie Schuppen von den Augen“. So ging es mir, als ich in der FAZ die Rezension des autobiografischen Buches „Doppelleben“ der Carola Stern las. Bis heute steht dieser angenommene Name - eigentlich heißt die von der Insel Usedom stammende Frau Erika Asmuss - für eine der bekanntesten westdeutschen Journalistinnen. Stets pflegte „die Stern“ sorgsam die Legende, in jungen Jahren überzeugte Kommunistin gewesen zu sein, die es bis zur Absolvierung der SED-Parteihochschule in Kleinmachnow brachte. Dann allerdings setzte sie sich plötzlich rasch in den Westen ab. War ihre Mission erfüllt? Oder fürchtete sie die Enttarnung? Wie auch immer, sie war, wie sie jetzt selbst enthüllte, im Auftrag des USA-Geheimdienstes mit dem Versprechen in die SED eingetreten, „dort Karriere zu machen, um den Amerikanern über Parteinterne berichten zu können“. So steht es schwarz auf weiß in der FAZ und auch in ihrem Buch.

Höchst erfolgreich hat sie dann den Nimbus, mit dem man im Westen alle umgab, die mit dem „Stalinismus“ gebrochen hatten, für ihren

schnellen und steilen Aufstieg genutzt. Weiten Kreisen wurde sie als erste Frau bekannt, die im Westdeutschen Rundfunk (WDR) als Kommentatorin arbeiten durfte. Die Delikatesse bestand natürlich darin, daß sie politisch weiterhin „links“ blieb. Publikumswirksam engagierte sie sich als Mitbegründerin von „amnesty international“ Deutschland. Letzte Aktion dieser Art war der gemeinsam mit Guenter Grass gestartete Aufruf an alle Deutschen, durch eine Spende von 20 Mark zur finanziellen Unterstützung der einstigen Zwangsarbeiter, die die Nazis der deutschen Industrie „zugeführt“ hatten, beizutragen. Eine „humanitäre“ Entlastung der armen und zahlungsunfähigen Kapitalisten! Derlei menschenfreundliche Initiativen ließen „die Stern“ schließlich zu einer Art „moralischer Instanz“ im politisch-kulturellen Establishment der Bundesrepublik aufsteigen.

Nun schildert sie uns den miesen Anfang ihres „Doppellebens“: Eine simple Agentin des USA-Geheimdienstes war sie, selbst wenn sie es eines Tages im direkten Sinne vielleicht nicht mehr gewesen sein mag. In ihrer bedeutenden Rolle als Publizistin an der Propagandafont des Kalten Krieges spielte sie bis zuletzt den Part der „überzeugten Kommunistin von einst“. Wie viele gutgläubige Menschen bei

uns im Westen und sicher auch manche Funk- und Fernsehkonsumenten in der DDR haben dieser Frau gerade deshalb ihre hinterhältige Argumentation gegen den realen Sozialismus abgenommen, weil sie doch selbst einmal „überzeugt“ und „dabei“ war! Um ein solches Doppelleben im Lichte der Öffentlichkeit durchzuhalten, bedarf es einer besonders perfiden Moral, meine ich, und mir stellt sich in diesem Zusammenhang einmal mehr die Frage: Wer ist von denen, die irgendwann aus unseren Reihen „desertierten“ und sich dann als ideologische Diversanten betätigten, sonst noch von Anfang an Agent imperialistischer Geheimdienste gewesen?

Überdies bezeugt der hier geschilderte Fall, wie berechtigt die so oft als „überzogen“ beklagten Sicherungsmaßnahmen der DDR und auch unser heutiger Ruf zur Wachsamkeit gegenüber feindlicher Infiltration waren und sind.

Rolf Vellay

Gespräch in Berlin

Am 26. April 2001 fand in Berlin ein mehrstündiges Informationsgespräch zwischen einer vom Parteivorstand der DKP bestimmten Kommission und Genossen der DKP-Gruppe Berlin Nordost statt. Anliegen der Zusammenkunft war das nähere Kennenlernen der inhaltlichen Auffassungen von Nordost zu einer Reihe von Fragen. An der Unterredung, die in einer aufgeschlossenen, sachlichen Atmosphäre verlief, nahmen der stellvertretende DKP-Vorsitzende Genosse Rolf Priemer sowie die PV-Mitglieder Brigitte Müller und Detlef Fricke, DKP-Landesvorsitzende von Brandenburg und DKP-Bezirksvorsitzender von Niedersachsen, teil. Die Gruppe NO vertraten Klaus Steiniger und Jürgen Thiele, Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender, sowie Annemarie Mühlefeldt, Hans Fischer und Hartwig Strohschneid, Mitglieder des Berliner Bezirksvorstandes.

Rolf Priemer hatte einleitend den thematischen Diskussionen zwischen beiden Seiten abschließenden Anhörungscharakter des Gesprächs unterstrichen und in einem Eröffnungsvortrag organisationspolitische Grundprinzipien einer kommunistischen Partei dargelegt. In diesen besteht Übereinstimmung. Klaus Steiniger füllte den vorgezeichneten Rahmen inhaltlich aus, wobei er ideologische Problemfelder benannte. Jürgen Thiele erinnerte an das bekannte Wort, daß erst dann die Organisation alles entscheide, wenn die richtige politische Linie gegeben sei. Auch die übrigen Genossen aus NO nahmen Gelegenheit, ihre Standpunkte ausführlich darzustellen. Die Teilnehmer werteten die Zusammenkunft als Schritt zur Herstellung eines parteimäßigen Klimas. Seitens der Genossen aus NO wurde betont, daß ideologische Meinungsverschiedenheiten nicht durch Mehrheitsentscheidungen oder Kompromisse beigelegt werden können. Hier gehe es um konstruktiven, kommunistischen Streit der Ideen und die Gewinnung des richtigen marxistisch-leninistischen Standpunktes.

R. F.

Glückwünsche an einen treuen Kommunisten

Herbert Crüger zum 90.

„Die erste mich am stärksten bewegende (Frage) war die meines Verhältnisses zur Partei. Ich wollte und konnte nicht außerhalb der Partei leben. ... Niemals aufgeben! Für mich waren und sind diese zwei Worte die wichtigsten in meinem Leben, und sie sollen es auch bleiben.“

Der das sagt, wird am 17. Mai 1911 in Rixdorf (heute Neukölln) geboren, treibt als Junge in den Wirren der Zeit, geht später den Weg in die Illegalität und in das Exil in der Schweiz, steht im Dienst der Spanischen Republik, wird in der DDR Dozent für dialektischen und historischen Materialismus, ist dann zeitweilig „in die Grube geworfen“, und fängt schließlich im Laufe der 80er Jahre an, „ein langes, sehr langes Garn mit vielen Knoten“ aufzuwickeln, das schließlich 1998 unter dem Titel „Ein alter Mann erzählt - Lebensbericht eines Kommunisten“ im GNN Verlag erscheint.

„RotFuchs“ schrieb dazu im Januar 1999: Um „dem Anspruch an den Lebensbericht eines Kommunisten gerecht zu werden, bedurfte es wenigstens dreier Eigenschaften: einer Position, die wir Standpunkt der Arbeiterklasse nennen; eines Charakters, der unkorruptierbar ist; der Fähigkeit, Tatsachen, Vorgänge und Verhaltensweisen in ihrer historischen Bedingtheit zu erkennen und wiederzugeben.“

Dr. Herbert Crüger hat sein 90. Lebensjahr vollendet und neben dem, was die Natur dem Menschen mitgibt, mag das „Niemals aufgeben!“ als Elixier gewirkt haben, diesen langen Weg zu gehen.

Wer Gelegenheit hatte, den Jubilar als „alten Mann“ kennenzulernen, wird möglicherweise empfunden haben, daß ihm dieses Credo auch zu dem großen persönlichen Glück verholfen hat, „nun im Alter einen Menschen an meiner Seite zu haben, der mich liebt und den ich liebe ...“ Era Correns, „eigentlich ein ganz passables Frauenzimmer“, diese Frau voller Klugheit und Güte, würde den Buchautoren berechtigen, bei einer Neuherausgabe den Titel in „Ein Glückspilz erzählt“ abzuwandeln.

Wünschen wir Herbert Crüger von Herzen alles Gute, wünschen wir ihm, daß die Last der Jahre jeden der neuen Tage nicht so sehr mit ihren Problemen prägen möge und wünschen wir vor allem noch eine gute Zeit in der Gemeinsamkeit mit seiner lieben Frau Era.

Hans-Günter Szalkiewicz

Am Rande bemerkt

□ Was vor vierzig Jahren unter dem Namen „Operation Pluto“ geplant war, als „Unternehmen Schweinebucht“ bekannt geworden ist und so kläglich scheiterte (siehe u. a. RotFuchs Nr. 38, S. 19, und UZ vom 13. April, S. 9), fand seinen Niederschlag auch in der dokumentarischen Literatur. Der westdeutsche, damals progressive Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger (u. a. erschienen von ihm die Gedichtbände „Verteidigung der Wölfe“ [1957], „Landessprache“ [1960], „Blindenschrift“ [1964] sowie Prosa und Essays: „Einzelheiten“ [1962], „Politik und Verbrechen“ [1964], „Politische Kolportagen“ [1966]) schrieb das Dokumentar-Drama: „Das Verhör von Habana“ (1969). Der Henschel-Verlag, der das Stück 1971 veröffentlichte, schrieb dazu: „In seinem mit bedeutendem Erfolg aufgeführten ‚Verhör von Habana‘ [eine Aufzeichnung der Inszenierung von Manfred Wekwerth im Deutschen Theater von 1970 habe ich mir erst kürzlich wieder angesehen] kommt es ihm vor allem darauf an, die Strukturen der Konterrevolution bloßzulegen. Auf diese Weise leistet der antiimperialistische Schriftsteller einen gewichtigen Beitrag zum Verständnis sozialer und nationaler Freiheitsbewegungen.“

„Ein Selbstbildnis der Konterrevolution“ nannte Enzensberger selbst sein Stück und schrieb in der Einleitung: „Eine herrschende Klasse läßt sich nämlich nicht rückhaltlos befragen, bevor sie besiegt ist. Vorher stellt sie sich nicht, legt keine Rechenschaft ab, gibt die Struktur ihres Verhaltens nicht preis, es wäre denn indirekt oder aus Versehen: als Fehlleistung, als Indiskretion, im Zynismus der Eingeweihen, in der Mehrdeutigkeit des falschen Zungenschlages oder in der naiven Brutalität des Befehls. Erst wenn die Machtfrage gestellt ist, tritt die ganze Wahrheit über eine Gesellschaft ans Licht. ...“

Die moralische Überlegenheit der Revolutionäre ist klar. Ebenso klar ist, daß es den Siegern nicht um den Schuldbeweis geht. Dieser Beweis ist längst erbracht. Jede Verschleierung, jede Manipulation ist ausgeschlossen; die Bourgeoisie als Handlangerin des Imperialismus ist auf frischer Tat gefaßt worden; das Tuch, das die Gefangenen auf dem Leib tragen, ist Indiz genug. Ihre Schutzbehauptungen, ihre Ausflüchte, ihre gelegentlichen Ausbrüche und Anklagen wirken hilflos und eher lächerlich. Was das Verhör erbringen will, ist nicht ein Geständnis, sondern ein Selbstbildnis, und zwar das Selbstbildnis eines Kollektivs. ...

Die Aufgabe des Verhörs ist der einer bürgerlich-parlamentarischen Verhandlung konträr: Was diese zu verschleiern da ist, deckt das Verhör auf. Es enthüllt, wie die von der herrschenden Klasse

delegierte Gruppe der Invasoren funktioniert, und legt deren politische Dynamik bis in die feinsten Verästelungen hinein bloß. Das Selbstbildnis dieses Kollektivs zeigt nicht nur den äußeren Mikrokosmos der bürgerlichen Gesellschaft, von seiner Führungsinstanz, dem amerikanischen Imperialismus, bis zu den Hilswilligen aus dem Subproletariat, es stellt vor allem den Innenbau einer herrschenden Klasse dar.“

□ „Die Literatur wendet sich an den ganzen Menschen, sie hat vor allem auch die Macht, den Menschen bis in tiefste Innere hinein, bis in die Regionen des Unbewußten zu erschüttern und umzugestalten. Wir erleben es ja häufig, daß Menschen eine Wahrheit zwar verstandesmäßig begreifen können, daß aber ihr ganzes Gefühlsleben von dieser Wahrheit unergriffen bleibt und auf diese Weise die Wahrheit nicht zu ihrer Auswirkung gelangt.“

Johannes R. Becher, von dem diese Zeilen stammen, hätte am 22. Mai seinen 110. Geburtstag feiern können. Wir wollen an diesen großen sozialistischen Schriftsteller und Kulturpolitiker erinnern und ihn ehren mit dem Abdruck eines seiner schönen Gedichte:

GESANG VOM LERNEN

Wir wollen lernen!
Wir wollen begreifen,
Die Welt erkennen
Und uns verstehen!
Wir wollen die Fernen
Des Weltraums durchstreifen,
Wir wollen die Dinge beim Namen nennen
Und auf den Grund der Dinge sehn.

Wir wollen das Schöne
Uns machen zu eigen
Und dienen dem Wahren
Mit ganzer Kraft!
Wir Deutschlands Töchter,
wir Deutschlands Söhne:
Wir wollen den Völkern, den friedlichen, zeigen,
Daß willens wir sind, den Frieden zu wahren.
Wir lieben das Leben voll Leidenschaft.

Es gilt, nicht zu zagen!
Es gilt, zu beenden
Die Herrschaft des Alten,
Denn Friede muß sein.
Es gilt, das große Wagnis zu wagen!
Es gilt, den Traum durch die Tat zu vollenden!
Wir wollen das Bild des Menschen gestalten.
Wir wollen lernen und Vorbild sein.

□ Zwei Schriftsteller können demnächst ihren 75. Geburtstag feiern: der Westdeutsche **Max von der Grün** am 25. Mai – er wurde vor allem durch seine Romane, Erzählungen, Essays und Hör- sowie Fernsehspiele über die bundesrepublikanische Arbeitswelt bekannt (besonders der 1966

vom DDR-Fernsehen verfilmte Roman „Irrlicht und Feuer“ wäre zu nennen) –, und **Hermann Kant** – unter anderem verdanken wir ihm „Die Aula“, „Das Impressum“, „Eine Übertretung“, „Der Aufenthalt“ und „Der dritte Nagel“ – am 14. Juni. Herzlichen Glückwunsch!

□ **John Heartfield** wurde vor 110 Jahren, am 19. 6. 1891, als Helmut Herzfelde in Berlin geboren. Nach Buchhändlerlehre, Kunststudium und Militärdienst angliederte Herzfelde seinen Namen aus Protest gegen den deutschen Nationalismus. 1916/17 gründete er zusammen mit seinem Bruder Wieland Herzfelde den Verlag Neue Jugend und den Malik-Verlag und wurde 1918 Mitglied der KPD. Er schuf die neue künstlerische Form



Zeichnung: Herbert Sandberg

der politischen Fotomontage; seit 1919 Mitarbeit an linken satirischen Blättern. 1928 Mitglied der ASSO, ab 1930 ständiger Mitarbeiter der „AIZ – Arbeiter-Illustrierten-Zeitung“; 1933–38 Emigration nach Prag (Malik-Verlag und „AIZ“), seit 1938 in London, von wo er seinen künstlerischen Kampf gegen den Faschismus fortsetzt. 1950 kehrt er nach Leipzig zurück. Seit 1956 in Berlin, arbeitete er freischaffend für Verlage und entwarf Bühnenbilder u. a. für das Deutsche Theater und das Berliner Ensemble. Der 1961 mit dem Deutschen Friedenspreis, 1965 mit dem Vaterländischen Verdienstorden und 1967 mit dem Karl-Marx-Orden Geehrte starb am 26. April 1968.

Von den Büchern über Heartfield seien wenigstens kurz genannt: W. Herzfelde, John Heartfield. Leben und Werk, Verlag der Kunst, Dresden 1971; E. Siepmann (Hg.), Montage: John Heartfield, Elefantentpress, Westberlin 1977; R. März (Hg.), John Heartfield: Der Schnitt entlang der Zeit. Selbstzeugnisse, Erinnerungen, Interpretationen, Verlag der Kunst, Dresden 1981.

W. M.

Briefe an „RotFuchs“



Habt Dank für die Übersendung des April-„RotFuchs“. Euer Hinweis auf meinen Geburtstag hat mich gefreut, aber auch beschämt. Ich würde und müßte mich so viel mehr einsetzen können für unsere - besser - für die Zukunft der gesamten Menschheit. Wir als bewußte Linke tragen doch die Verantwortung. Soweit meine Kraft noch reicht, verspreche ich, ob im Krankenhaus bei den jungen Schwestern und Zivis - auf der Straße; beim Einkauf mein kleines Wissen weiterzugeben. Ich kann vielleicht auch damit etwas helfen.

Erika Correns, Eichwalde

*P. S. Ich schicke Euch einen Vers von **Hans Rodenberg**. Er ist Teil eines längeren Gedichts, das dieser Ende der 70er Jahre anlässlich eines Geburtstages meines Mannes, **Erich Correns**, schrieb.*

Haben mich Menschen enttäuscht, die Partei tat es nicht,

Sie gab mir immer den Sinn und das Licht.

Meine Partei ward mir Mutter und Vater,

Führer und Lehrer, Freund und Berater.

Und von unserem Staat sag' ich nur:

DDR - meine Liebe, DDR - mon amour!

Mein bester Dank und mein schönster Lohn:

Die Verbundenheit mit der Sowjetunion,

Wenn brennt in uns von früh bis spät

Die Sonne der Solidarität

Vor Wut kochend über die „Entschuldigung“ der Damen Zimmer und Pau bei der SPD wegen der sogenannten Zwangsvereinigung erreichte mich der RF gerade zur rechten Zeit. Ich danke dem Genossen Itzerott für den Artikel „Warum wir stolz auf die SED sind“. Um sich noch mehr an die SPD anzubiedern, würde ich beiden o. a. Damen (meine Schreibmaschine sträubt sich, sie Genossinnen zu nennen) empfehlen, dem ehemaligen Ostbüro einen Orden für entsprechende Störaktionen zu verleihen. Mein verstorbener Ehemann, in Hitlers Zuchthaus inhaftiert, erzählte oft, wie sich Genossen der KPD und SPD in Luckau geschworen haben, die Trennung zu überwinden und gemeinsam für einen sozialistischen Staat einzutreten.

Ein Glück, daß ich schon vor vier Jahren aus der PDS ausgetreten bin. So schnell hätte ich (bin 78) nicht mehr rennen können, um Frau Pau mein Mitgliedsbuch vor die Füße zu werfen.

Meine Mitleser und ich danken für die regelmäßige Zusendung des RF, der uns immer wieder Kraft vermittelt. Als Futter von uns eine Zuteilung zum weiteren Gedeihen.

Erika Bach, Berlin

Mit der Entschuldigung der PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer für die „Zwangsvereinigung“ von KPD und SPD ist die Führung der PDS einen weiteren Schritt in Richtung SPD und zur Entwicklung einer linksbürgerlichen Partei gegangen. Die Erklärung soll dadurch kaschiert werden, daß sie von „politischen Täuschungen, Zwängen und Repressionen“ spricht. Tatsächlich aber geht es gegen die Vereinigung. Das ist Verrat an

den Interessen der Arbeiterklasse. (...)

Ich bin Zeitzuge. 1946 war ich 2. Sekretär der Kreisorganisation Güstrow der KPD. (...) Bei uns bestanden zwar eine Kommunistische und eine Sozialdemokratische Partei, aber das war bei der gemeinsamen Arbeit am demokratischen Neuaufbau nicht von wesentlicher Bedeutung. Deutlich erinnere ich mich noch, wie wir zusammen auf einem offenen LKW bei kaltem Wetter auf die Dörfer fuhren, um bei der Durchführung der Bodenreform zu helfen. Eine wesentliche Voraussetzung für den späteren Zusammenschluß zur SED war, daß wir als Mitglieder der KPD und der SPD gemeinsame Versammlungen durchführten, wodurch sich die Zusammengehörigkeit im Denken und Handeln festigte. Im März/April 1946 berieten wir dann über die Vereinigung beider Parteien. Ein Detail: Eine Genossin fragte etwas ungläubig: Wird es denn wirklich dazu kommen? Man mochte noch gar nicht recht daran glauben, daß dieses große Ziel der Arbeiterklasse endlich Realität werden sollte. Ich kann bezeugen: Alle Genossen, ob Kommunisten oder Sozialdemokraten, waren mit ganzem Herzen für die Vereinigung. Das Gerede von einer „Zwangsvereinigung“ ist eine Lüge. Natürlich hat die sowjetische Militäradministration unsere Einheitsbestrebungen gefördert, ganz im Gegensatz zu den westlichen Militärregierungen, die diese strikt unterbanden.

Im April 1946 kam mit dem Vereinigungsparteitag, an dem ich als Gastdelegierter teilnahm, ein Höhepunkt meines Lebens. Wer zugegen war, wird bezeugen, wie einmütig und mit welcher Begeisterung die Delegierten ans Werk gingen.

Der Vereinigungsparteitag bleibt ein Glanzpunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Seine Bedeutung wird früher oder später allgemeine Würdigung erfahren.

Herbert Thomas, Berlin

Nun zeigt die PDS ihr wahres Gesicht und ihre Absichten für die Zukunft. All das war mir schon vor zwei Jahren klar und führte Ende 1999 dazu, daß ich meinen Austritt erklärte. Eine Entschuldigung für die Vereinigung von SPD und KPD, dann für die „Mauer“, dann für die ganze DDR - der Kapitalismus ist doch eigentlich gar nicht so schlecht. Die Annäherung zu den Pseudolinken und Befürwortern des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges auf Jugoslawien ist vollzogen, der Ruck nach rechts und zur Mitte hat stattgefunden, unentschlossene Wechselwähler werden angezogen. Da ist es egal, wenn alte Genossen ihren Austritt erklären werden oder diese Partei nicht mehr wählen. (...)

Heinz Denné, Berlin-Wedding

Es wird Zeit, wieder etwas Spendengeld an Eure Adresse zu senden. Das um so mehr, als mit der Erklärung von Zimmer und Pau der PDS das vorletzte „Rot“ entwichen ist. Zurück kann nur Schamrot geblieben sein. An dieser Stelle möchte ich mich dafür entschuldigen, nach der 3. Tagung des Parteivorstandes der SED/PDS am 6. 1. 1990 noch neun Monate Mitglied dieser Partei gewesen zu sein. Vergessen ist bei der PDS-Führung der Schwur von Buchenwald, vergessen und vergeben alles, was je von jenen Kräften getan wurde, die die Spaltung Deutschlands wollten und die Vereinigung der Arbeiterparteien in den West-

zonen verhinderten. Übrigens fand am 1. 4. 1946 in den 12 westlichen Bezirken Berlins eine Urabstimmung zur Einheitsfrage (SPD-KPD) statt, bei der sich über 14 000 SPD-Mitglieder für ein Bündnis beider Parteien und nur etwa 6 000 dagegen aussprachen. Es gab Wahlmanipulationen, massive Beeinflussung im Sinne der Vereinigungsgegner sowie Einschüchterungsversuche. In Westdeutschland wurden von den Besatzungsmächten jegliche Versuche, die es auch dort in Fülle gab, die Einheit herzustellen, massiv behindert. Schumacher baute nach einer am 10. 4. 1946 mit dem USA-Geheimdienstoffizier Sylvester erfolgten Zusammenkunft das „Ostbüro“ der SPD auf. Dessen Zielstellung sollte eigentlich der PDS-Spitze bekannt sein. Alles vergessen oder nichts gewußt? Die Quittung für solche Ignoranz wird die PDS bei den nächsten Wahlen bekommen. Rote Haare allein genügen nicht.

Also, „RotFuchs“, es gibt noch viel zu tun. Laßt vor allem nicht nach im Kampf um die Einheit erst mal aller Kommunisten mit und ohne Parteibuch.

Alfred Kutschke, Berlin

Liebe „RotFüchse“! Seit einigen Monaten verfolgen wir in unserer Kreisorganisation Augsburg die Diskussionen im und um Euren „RotFuchs“. Wir halten es für Selbstverständlich, daß sich Genossinnen und Genossen aus der früheren DDR gerade zu solchen Fragen wie „den besonderen Bedingungen in Ostdeutschland“ und „den Erfahrungen beim Aufbau sowie den Ursachen des Scheiterns des Sozialismus in der DDR“ zu Wort melden. Genau das erwartet die Partei von Euch und so wurde es auf dem 15. Parteitag beschlossen. Leider fanden Eure Beiträge bis zur 5. PV-Tagung weder in der UZ noch bei uns im Bezirk Südbayern eine angemessene Beachtung und Bewertung; vielmehr wurden sie mit Schlagworten wie „rückwärtsgewandt“, „sektiererisch“ und „parteischädlich“ abqualifiziert. Im Bezirksvorstand von mir eingebrachte bzw. unterstützte Anträge, Veranstaltungen zu den „11 Forderungen ...“ und zum Thema „DDR - die größte Errungenschaft ...“ durchzuführen, wurden abgelehnt. Die Diskussion wird trotzdem weitergehen - im Interesse der Einheit und Stärkung der DKP, selbstverständlich auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Deshalb bestelle ich ab April 3 „RotFuchs“-Exemplare pro Monat, um sie im Kreis und Bezirk anzubieten. Ist beiliegender Betrag ausreichend für die ersten fünf Monate?

Mit roten Grüßen aus der Geburtsstadt von Bertolt Brecht

Werner Feldmann, DKP Augsburg

Eure sicher nicht einfachen Anstrengungen, nach der 5. PV-Tagung den Angriffen auf RF/Nordost konstruktiv, mit Blick auf die Stärkung der Partei im marxistisch-leninistischen Sinne und am Ziel orientiert, entgegenzutreten, sind gut, richtig und notwendig. Dazu der Klasse-Beitrag zum 55. Geburtstag der SED, das Material zum KPD-Parteitag und der „Vorschlag aus Kassel“, die alle sehr gut passen! Und Hues „Doppelte Niederlage“ als Negativbeispiel.

Ein kurzer Kommentar zu „Am Rande bemerkt“: Dank an W. M. für die Erinnerung an Willi Bredel, Erich Fried und Ulrike Meinhof. Durch Willi Bredel, den Lieblingsschriftsteller

meiner Mutter, begann ich schon ziemlich früh zu verstehen, daß die Geschichte auch und gerade meiner Heimatstadt (ich las „Unter Türmen und Masten“) eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Erich Fried lernte ich durch seine Gedichte, dann durch sein Eintreten gegen die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD in den Siebzigern, und dann persönlich durch Solidaritätsaktionen gegen die israelische Aggression in Libanon 1982 kennen. (...) Ulrikes Todestag, der sich zum 25. Mai jährt, ist der Tag der Befreiung, des Sieges der Roten Armee. Dieser Tag bedeutete ihr sehr viel. So spricht es für sich, daß sie in der Nacht vom 8. zum 9. Mai sterben mußte. Für die RF-Leser ist es vielleicht von Interesse, daß Ulrike Meinhof der 1956 verbotenen KPD angehörte. Soweit ich mich entsinne, hat sie ihr Parteibuch, trotz der Entscheidung für eine andere Politik, nie abgeliefert. Diese Vergangenheit spielte wohl auch eine Rolle dabei, daß es Ende 1975 seitens der DDR eine gewisse Bereitschaft gab, sie und drei andere RAF-Gefangene auszutauschen. Die BRD-Regierung lehnte das jedoch strikt ab. Als damaliger Anwalt war Otto Schily an den Verhandlungen mit „zuständigen DDR-Stellen“ beteiligt. (...)

Werner Hoppe, Hamburg

Inzwischen ist der neue „RotFuchs“ hier eingetroffen. (...) Die ersten drei Seiten bilden einen guten Eröffnungsakkord, einen guten Dreiklang. Ich begrüße es, daß Ihr die Diskussionsgrundlage des PV beigelegt habt! Erfreulich, daß auch Willi Gerns und Robert Steigerwald bereit waren, zusammen mit Hans Heinz Holz in der Vermittlungskommission mitzuwirken. Gefreut hat mich die positive Beurteilung der Ausarbeitung der drei DDR-Professoren, von der ich bisher nur den im ND veröffentlichten Ausschnitt gelesen habe. Gut auch, daß ich durch Kurt Andrä und Jürgen Thiele deren Eindrücke von KPD-Parteitag mitbekam.

Sehr schön, daß wir durch Majorow etwas über die Anfänge des Oberbanditen Gorbatschow erfuhren. Nur, wenn er zum Schluß meint, kaum jemand habe geahnt, was kommen würde: Seine westlichen Freunde wußten sehr wohl, was er tun würde - nämlich ihr Programm umsetzen; das einzige, wovon sie überrascht worden sein dürften, war die Schnelligkeit, mit der er ihr gemeinsames Ziel erreichte.

Wie immer auch große Freude über W. M.'s Randbemerkungen, besonders auch durch die Hinweise auf die Kolonialisierungsliteratur. (...)

Dr. sc. Kurt Gossweiler, Berlin

Ich habe gerade die neueste Ausgabe des „RotFuchs“ erhalten, sie also noch nicht gründlich lesen können. Zu zwei Dingen möchte ich aber etwas sagen: Gen. Eike Kopfs Beitrag (S. 2) enthält folgende Bemerkung: „Eine 1998 (!) von der Partei ins Auge gefaßte paritätische Kommission aus Ost- und West-Genossen zur Auswertung der Erfahrungen der DDR hat ihre Arbeit bis heute nicht aufgenommen.“ Das ist so, wie es da steht, falsch. Die Kommission war ordentlich eingeladen, zu den Eingeladenen gehörte auch ich. Ich bin von Frankfurt nach Berlin gefahren. Hin- und Rückfahrt machen zwei Arbeitstage für mich aus, und selbst mit der BahnCard kostete mich die Fahrt

150 DM. Aber wer kam nicht? Kein einziger der eingeladenen Genossen aus dem Osten. Die zweite Bemerkung bezieht sich auf den Gen. Mühlefeldt (S. 3), daß die Genossen Holz, Gerns und Steigerwald, obwohl zur Hilfe bei der Klärung unserer bekannten Streitfragen bereit, nicht in die dazu gebildete Kommission aufgenommen worden seien. Ich bin mit der von der Parteivorstandstagung gebildeten dreiköpfigen Kommission sehr einverstanden und hoffe, daß sie zu einer einvernehmlichen Lösung der Probleme kommt.

Dr. sc. Robert Steigerwald, Eschborn

Guten Tag, DKP Berlin Nordost. Wir hätten auch gerne den „RotFuchs“, und ein zweites Exemplar wäre gut für unseren SDAJ-Vertreter, weil der sonst unser's klagt. Rot Front!

Martin Timm und Ilka Jahncke, Hamburg

Wir möchten uns für die Zusendung des RF ganz herzlich bedanken. Was den Inhalt betrifft, so finden wir die Themenwahl ausgezeichnet, aus dem Leben gegriffen. Ihr schickt die Zeitung ja auch regelmäßig unserer Schwester und Schwägerin (Margot Honecker - R. F.); auch sie findet den „RotFuchs“ ausgezeichnet. Manche Artikel sind es wert, sie zweimal zu lesen. Anbei einige Briefmarken. **Manfred und Edith Feist, Berlin**

„Den Vorschlag aus Kassel“ von Willi Belz (April-„RotFuchs“) habe ich mit großem Interesse gelesen. Ich bin der Meinung, daß er ebenso in die gegenwärtige Diskussion über die Schärfung des revolutionären Profils der DKP und die Einheit aller konsequenten Linkskräfte auf marxistisch-leninistischer Grundlage einbezogen werden sollte wie der Beitrag Dieter Itzerotts „Ein Haus ohne Fundamente?“ (Februar-Ausgabe).

Aus meinem jahrelangen fruchtbaren politischen Gedankenaustausch mit dem Widerstandskämpfer und DKP-Parteiveteranen Willi Belz ist mir bekannt, daß er sich in dieser Zeit trotz seines hohen Alters immer wieder mit Lageeinschätzungen und Vorschlägen zur Erhöhung der Wirksamkeit des Einflusses der DKP auf konkrete politische Prozesse und zur Überwindung ihrer Marginalisierung in der Öffentlichkeit an Parteivorstand und UZ gewandt hat. So vertrat er z. B. nach Gründung einer DKP-Gruppe in Rostock die Meinung, daß der Versuch, die DKP politisch und organisatorisch in die frühere DDR zu transferieren, deshalb nicht erfolgreich sein könne, weil keine gemeinsame Klärung der Grundfragen vorausgegangen sei. Eine Auffassung, die inzwischen ebenso vom Leben bestätigt wurde wie seine Meinung, daß es ohne die Nutzung des marxistischen Wissens und der Klassenkampfverfahren früherer SED-Mitglieder beim Aufbau des Sozialismus keine tragfähigen Konzepte der DKP für den Osten geben könne.

Mir ist aber auch bekannt - und dafür fehlt mir jedes Verständnis -, daß es in den Jahren unseres politischen Gedankenaustauschs zu seinen Überlegungen und Vorschlägen seitens des Parteivorstandes ihm gegenüber entweder fast keine Reaktion oder nur Ausflüchte gegeben hat. (...) Wenn Willi Belz für das auszugswweise Bekanntmachen seines dem PV im Februar 2001 zugeleiteten Beschlussesentwurfs, in dem er sich auch für ostspezifische Forderungen

einsetzt, als Diskussionstribüne den „RotFuchs“ wählt, dann sollte das zu denken geben.

Für mich sind diese geschilderten Sachverhalte eine weitere Bestätigung für die Richtigkeit der Auffassung von DKP-Mitgliedern aus Berlin Nordost, wonach die Differenzen innerhalb der DKP ideologischer und nicht geografischer Natur sind.

Ich würde mich freuen, bei meinem nächsten Kontakt mit Willi Belz von ihm zu hören, daß inzwischen etwas nach meinem Dafürhalten längst Überfälliges geschehen sei, nämlich daß ein Mitglied des Parteivorstandes den 86jährigen nimmermüden Genossen in Kassel aufgesucht, sich für seine vielfältigen Aktivitäten bedankt und ihm eine plausible Antwort gegeben habe.

Hans Fricke, Rostock

Danke für die Zeitungen. In unserem Wohngebiet haben sie ein Drittel der Leute entmietet. Die „Neuen“ muß ich erst mal unter die Lupe nehmen.

Hilde Krüger, Woltersdorf

Wir wollen Freunde und Genossen mit dem „RotFuchs“ bekanntmachen. Deshalb möchten wir Euch bitten, uns wenn möglich noch zehn Exemplare der April-Ausgabe zu schicken.

Noch eine zweite Bitte: Wir wohnen hier im Saarland in unmittelbarer Nachbarschaft zu Frankreich und Luxemburg, auch Belgien ist nicht weit entfernt. Aber obwohl uns nur wenige Kilometer von den Kämpfen der Stahlarbeiter von Clabecq trennen, erfährt man natürlich in den bürgerlichen Medien unserer Region nichts über die Ereignisse. Die Berichte im „RotFuchs“ und auch in der KAZ über die PTB und die Aktionen der Stahlwerker haben den Wunsch in uns geweckt, unsere kämpferischen Nachbarn besser kennenzulernen. Könnt Ihr uns die Anschrift von „Solidaire“ mitteilen, wir würden die Zeitung der belgischen Genossen gerne lesen und evtl. abonnieren.

Daniel Hohnerlein, Saarbrücken

Wir sind 13 Genossen, von denen acht regelmäßig zusammenkommen, darunter vier „RotFuchs“-Leser. (...) Auch einem älteren Genossen, der sehr kritisch und traurig über den Zustand unserer Partei ist, hatte ich die letzten RF-Ausgaben gebracht, damit er sie kennenlernen. Heute habe ich ihn aufgesucht, um mit ihm darüber zu diskutieren. Er bestätigte mir, daß alles, was er gelesen hat, sehr gut ist. Er sei froh, daß in Berlin nicht sämtliche ehemaligen SED-Genossen auf Gysi hereingefallen sind, aber er möchte sich nicht an einer „Spaltergruppe“ beteiligen. Ich habe im Augenblick nicht die nervliche Kraft, um mich erfolgreich mit solchen Argumenten auseinanderzusetzen, die ihr ja zur Genüge kennt. Ich persönlich warte schon immer auf den RF. Ich nehme mir gleich die Zeit, anders als bei der UZ. Da muß ich richtig ausgeschlafen sein, um sie lesen zu können. (...)

Elsa Schmidt, Hamburg

Als alles schon längst in Scherben zu fallen im Begriff war, glaubten die Nazis an eine Wunderwaffe. Die blieb glücklicherweise dann doch aus. (...) Nun herrschen heute zwar keine Faschisten in Deutschland - jedenfalls noch

nicht und noch nicht offensichtlich -, aber die Wunderwaffe ist schon da. Laut Spiegel-TV heißt sie nicht „V1“ oder „V2“, sondern Günther Jauch - der „süffisante Sadist“, wie man ihn nach der 100. Sendung von „Wer wird Millionär?“ charakterisierte. Jener ewige Jüngling ist mit Sicherheit kein Faschist, aber eben eine „Wunderwaffe“ und Multimillionär obendrein. Tatsächlich sollen allabendlich 10 Millionen Kaninchen hypnotisiert vor der Schlange sitzen - ja, buchstäblich sogar Schlange stehen, in der Hoffnung, gefressen zu werden. (...) Herr Aust beeilte sich im Spiegel-TV, dem Zuschauer weiszumachen, daß bei „Wer wird Millionär“ Grundwissen gefragt sei, und er versuchte diesen Bildungersatz mit der Bemerkung aufzuwerten, das Niveau sei eben nicht schlechter, weil es von einem Privatsender komme. (...) Apropos Grundwissen: Ein eigens angestellter „Fragen-Erfinder“ bestimmt, was Grundwissen ist - wie z. B. die Mama von der Elisabeth heißt, womit die Kindersendung kika endet, oder daß ein Polygraph angeblich ein Lügendetektor sei ... Doch das ist „Grundwissen“. (...)

Deshalb ist mir der „RotFuchs“ so wichtig, als eine der äußerst seltenen politischen Bildungs- und Informationsoasen, ein geistiger Millionär. Konkurrenz! Doch dafür fehlt RTL der Horizont.

Ernst Rasmus, Berlin

Mit der jetzigen Verfaßtheit der DKP kommt man wohl schwerlich aus der Kleinheit in Organisation und politischer Wirkung heraus. Zu einem anderen Denken führen weder das Hager-Referat noch die auf der 5. Tagung des PV beschlossene Diskussionsgrundlage. Im Gegenteil. Vergleicht man beide mit den 11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland aus der Gruppe Nordost, dann erscheint das eine wie das Meckern eines Ziegenbocks, das andere wie das Gebrüll eines Löwen. Solche Rede soll keineswegs schmähen, wohl aber den Gegensatz verdeutlichen. (...) Der wesentlichste Mangel der Äußerungen des PV besteht darin, daß sie lediglich taktische Orientierungen sind, ohne Zuordnung zu einer kommunistischen Strategie. (...) Aus der Sicht des PV sind die Verhältnisse im Osten nicht die Folge der Konterrevolution, sondern die bloße Fortsetzung der Enteignung und Ungleichbehandlung der Menschen. (...) Gewiß geht es auch um „gleiche Rechte in Ost und West“, aber wenn das Hager-Referat verspricht, „DKP-Politik in Ostdeutschland“ darzustellen, dann wird es ebenso wie die Diskussionsgrundlage den gesetzten Ansprüchen und der Problematik nicht gerecht. Im Unterschied zu einer Basisorganisation muß man vom Vorstand einer kommunistischen Partei eine komplexe und vor allem klassenmäßige Analyse und Beurteilung der politischen, ideologischen und ökonomischen Verhältnisse erwarten. Allein daraus ergibt sich schon die Fragwürdigkeit der Wortwahl im Beschlußentwurf, wonach es gegen die „Ungleichbehandlung“ der Menschen im Osten und Westen gehen müßte. Erstrebenswert ist demnach die Gleichbehandlung. Das kann nur bedeuten, daß die DKP dafür eintritt, daß der Osten vollständig im Westen ankommt. (...)

Dr. Hans Schröter, Kelbra/Kyffhäuser

(...) Wenn dem „RotFuchs“, in dem nachweislich klare und eindeutig richtige marxistisch-

leninistische Positionen vertreten werden, aus Kreisen des PV der DKP vorgeworfen wird, er verfolge eine „andere, falsche“ Politik, dann darf im Umkehrschluß die Frage erlaubt sein, welche „richtige“ Politik im Parteivorstand und in der UZ vertreten wird?

Unterdessen hat die 5. PV-Tagung stattgefunden. (...) Wenn von N. Hager auch im ersten Teil ihres Referats viel Richtiges über die Entwicklung nach der Konterrevolution und die derzeitige Situation der ostdeutschen Bürger gesagt worden ist, so geht doch der zweite Teil, der eigentlich die Schlußfolgerung aus dem ersten sein sollte, mittels rhetorischer Fragestellungen und demagogischer Argumentationen an dem eigentlichen Anliegen der 11 Forderungen vorbei. So stellt sie die Frage, was es bedeute, „die Würde der Ostdeutschen wiederherzustellen“. (...) Wenn in den 11 Forderungen von der „Würde der Ostdeutschen“ die Rede ist, so ist damit die über eine allgemeine Entwürdigung hinausgehende, durch die Konterrevolution und die Annexion bedingte Beschneidung der Würde der Bürger der anektierten DDR gemeint !! Was N. H. offensichtlich nicht begreift. Deshalb eine kleine Nachhilfe. (...) Muß man, um N. H. wenigstens einen Hauch von der Entwürdigung der Ostdeutschen zu vermitteln, an das Gutachten eines Prof. Niemann für die Enquête-Kommission des Bundestages erinnern, in dem er u. a. behauptet, daß das, worüber die DDR-Wissenschaftler geforscht haben, nicht das Papier wert sei, auf dem es gedruckt wurde, und an seine Forderung, daß „an den Hochschulen und Universitäten in den neuen Bundesländern in der Anfangsphase nur Personen aus den alten Bundesländern ihren Dienst verrichten, lehren und forschen dürfen, um einen wirklichen Neubeginn zu gewährleisten ...? Oder: Wer erinnert sich nicht der an den Universitäten der DDR durchgeführten „Evaluierung“ - jener entwürdigenden Verhandlungen vor Tribunalen, in denen häufig völlig inkompetente Personen die fachliche Kompetenz und „Integrität“ von DDR-Wissenschaftlern zu beurteilen hatten? (...) N. H.'s Zurückweisung des Begriffs „Halbkolonie“ beruht offensichtlich auf einem für Kommunisten nicht nachvollziehbaren Verständnis der DKP-Führung vom Staat DDR. Es wird in folgender Aussage präzisiert: „Aufgrund vor allem der ökonomischen Überlegenheit hat der deutsche Imperialismus ein ‚abtrünniges‘ Gebiet geschluckt und einem bestehenden Staat angegliedert. Alte Herrschafts- und Besitzverhältnisse wurden wiederhergestellt, jedoch kein neues Territorium erobert, das niemals zur Herrschaft gehörte.“ (...)

Bei allem Optimismus stellt sich die Frage, wieviel Unterschiede können innerhalb der Partei ausgehalten werden?

Dr. sc. Sigmar Eßbach, Berlin

(...) Alles steuert bei uns in Polen dem Sozialliberalismus zu. Ich habe mich von der SLD (der polnischen „Schwesterpartei“ der PDS - R. F.) getrennt, weil sie mir zu wenig sozialistisch war.

Die Jungen in der Partei haben überhaupt kein Geschichtsbewußtsein. Es wird von ihnen auch gar nicht verlangt. Für die Führer der SLD ist die Sozialdemokratie, vor allem die deutsche, das große Vorbild. Außer der SLD gibt es leider nur linke Splittergruppen. (...) Wenn es Euren „RotFuchs“ nicht gäbe, befände ich mich mit meinen Büchern von Marx, Engels und Lenin in einer ideologischen Wüste. (...)

Ela Kolomejczyk, Warschau

(...) „Wir woll'n unsern alten Kaiser Willem wiederhaben, aber nur mit ‚nem Bart, mit ‚nem ganz langen Bart“, sang mein Vater manchmal und machte mir damit klar, daß rückwärtsgerichtete Wünsche und Bestrebungen nicht nur lächerlich und müßig, sondern auch schädlich sind, da sie von der Gestaltung der Zukunft abhalten. (...) Nach der konterrevolutionären Zerschlagung des europäischen Sozialismus stößt ein manchmal nostalgisch wehmütiger Blick zurück allerdings bei mir nicht nur auf großes Verständnis; ich halte ihn sogar für notwendig. In Zeiten der Restauration und des Vergessens führt auch ein solcher Blickwinkel dazu, sich heute schier unglaublich anmutende Erfolge und Taten ins Gedächtnis zurückzurufen, sich realer Möglichkeitsräume, die existierten, und individueller Lebensmöglichkeiten zu erinnern. Und daraus die Kraft und die Gewißheit zu schöpfen, daß erworbene Qualifikationen und Fähigkeiten nicht zerschlagen werden können, daß sie genutzt werden müssen und können für die immerwährende Aufgabe, die Zukunft in die eigene Hand zu nehmen.

Die Entstehung der durch die DKP-Gruppe Berlin Nordost vorgeschlagenen „11 Forderungen“ habe ich von Anfang an mitbekommen. Hier machten sich Genossen die Mühe, einen ganz konkreten Forderungskatalog für den einst so stolzen, heute unter der Bundesrepublik zum Mezzogiorno verkommenden Teil Deutschlands zu erarbeiten, auf die Situation der im Osten Lebenden aufmerksam zu machen. (...) Die Antwort darauf hätten Klärungen und marxistisch-analytische Vertiefungen sein können. Statt dessen sahen und sehen sich die Initiatoren einer Debatte um Zukünftiges mit Einwänden konfrontiert, mit Unterstellungen, pseudoanalytischen Traktaten, tiefsten Beleidigungen. Nicht etwa aus der betroffenen Bevölkerung, die in großer Zahl sehr positiv reagierte, nein, aus den eigenen Reihen. Der davon ausgehende Rechtfertigungszwang hält davon ab, sich den anstehenden gesellschaftspolitischen Aufgaben zu stellen, wie das mit den 11 Forderungen beabsichtigt war.

Eine wie aus dem Ärmel geschüttelt anmutende Diskussionsgrundlage, „Für gleiche Rechte



in Ost und West: gemeinsam kämpfen!“ wurde auf der 5. PV-Tagung der DKP als Ersatz für den von Nordost zur Diskussion gestellten Entwurf beschlossen. Wurden die „11 Forderungen“ für indiskutabel erklärt, so haben in der Diskussionsgrundlage des PV nur die aus ihnen entnommenen Punkte Substanz. (...) Wo ist hier eine Programmatik? Nicht eine einzige Aussage dazu, was die DKP will, zu tun gedenkt, warum, auf welcher wissenschaftlichen Grundlage! Mögen die 11 Forderungen durch ihr Anknüpfen an der besonderen Lage in Ostdeutschland ein schwieriger Einstieg in eine bundesweite Programmdiskussion sein - die Diskussionsgrundlage ist ein Null-Papier im Stil demagogischer und verdummender Mediengestaltung.

Iris Rudolph, Berlin-Kreuzberg

Lieber „RotFuchs“, zum Glück habe ich Dich aufgespürt. Du bist so etwas wie ein ideologischer Kompaß, damit man nicht vom Weg abkommt. In diesem Zusammenhang muß ich erwähnen, daß ich noch heute Herrn Hanfried Müller sehr dankbar bin! Ohne dessen Hinweis in den Weißenseer Blättern hätte ich Dich, Meister Reineke, nicht kennengelernt. Bleibe weiterhin wachsam und laß Dich nicht von falschen Menschen streicheln. Denen beißt kräftig in die Pfoten.

Als Anlage ein paar Marken.

Dieter Bartsch, Berlin

Meine Mutter, Elisabeth Monsig, versorgt mich immer wieder mit dem „RotFuchs“ und anderen aktuellen Veröffentlichungen, wofür ich ihr dankbar bin. Bis 1954 in der BRD lebend, wurde ich von ihr von klein auf zu einem politischen Menschen erzogen. Ich war also schon einmal ein Bundesbürger und wollte, ehrlich gesagt, nie wieder einer werden.

Die 11 Forderungen für Ostdeutschland habe ich aufmerksam gelesen und stimme in vielen Punkten mit diesen Thesen überein. Trotzdem bekomme ich Bauchschmerzen, wenn ich manche Eurer Artikel lese.

Wer hat die Konterrevolution in der DDR zu verantworten? Solange wir diese Frage nicht genau untersuchen, besteht die Gefahr, Fehler zweimal zu machen. Das wäre unverantwortlich gegenüber den vielen Menschen, die bei einem solchen Umsturz zu Schaden gekommen sind und bei einem weiteren Umsturz zu Schaden kämen. (...) Woran lag es, daß sich die Unzufriedenheit seit dem X. Parteitag immer deutlicher entwickelte und keiner dagegen etwas unternahm? Stand die SED, zu der ich seit meinem 18. Lebensjahr gehörte, und an deren VII. Parteitag ich als jüngster Delegierter teilnehmen durfte, auf der Höhe ihrer Aufgaben, oder hatten sich dort nicht Karrieristen eingenistet, die schon seit Jahren die Politik bestimmten, auch die innere Politik dieser Partei? Wir haben zugelassen, daß sich solche Karrieristen breitgemacht haben. (...) Durch die Unehrlichkeit, die es in der SED gab, wurden Menschen zu Duckmäusern erzogen. In den letzten Jahren der DDR verwaltete man nur noch den Mangel. Engpässe in der Versorgung waren an der Tagesordnung. Viele Dinge in den Betrieben wurden nicht ökonomisch, sondern politisch entschieden, letztlich unqualifiziert. Natürlich haben die Institutionen der BRD mit allen Mitteln gegen diesen Arbeiter-und-Bauern-Staat sämtliche Register gezogen, um uns zu schädigen, wo nur geschädigt werden konnte. (...)

Doch nur wer kompromißlos alle Fehler der Honecker-Ära aufdeckt, dabei auch die eigenen Fehler nicht unter den Tisch kehrt und dies auch breitesten Massen zugänglich macht, hat nach meiner Meinung eine Chance, nochmals einen solchen historischen Schritt zu wagen. Nur wer aus diesen Fehlern die entsprechenden Schlußfolgerungen zieht, wer Regularien entwickelt, die verhindern, daß diese Fehler nochmals auftreten, hat nach meinem Dafürhalten das Recht, sich Kommunist zu nennen. In Verbundenheit

Günther Wassenaar, Reinsdorf-Dobien

Die jüngste Entschuldigungswelle erinnert daran, daß nur ein ganz dummer Hund den Stiefel leckt, der ihn tritt. (...) Zu Zeiten von Zar und Zimmermann hieß es: „Wer den Kakao, durch den man ihn zieht, trinkt, der stinkt!“ (...)

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Die PDS behauptet jetzt, bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED habe es sich um eine „Zwangsvereinigung“ gehandelt! Das ist eine Lüge, die nicht nur von Zeitzeugen, sondern auch durch Biographien und Berichte widerlegt wird.

Übrigens: Ich war fünf Jahre in der PDS. Jetzt bin ich nur Mitglied im Bund der Antifaschisten.

Birgit Schumann, Berlin

Dank an alle Beteiligten, Bewunderung für Qualität und Präzision Eurer Arbeit. Freude auf die nächste Ausgabe. Es warten bereits mehrere „Hungrige“.

Wie grüßt man eigentlich einen „RotFuchs“? Vielleicht mit den Worten: Tieftrot bewahren! Anbei etwas Beihilfe zur Beweglichkeit des RF.

Sigrid Blum, Wülfrath

Vielen Dank für die interessante Gestaltung des „RotFuchs“ und seine zuverlässige Übermittlung! Außerdem bedanke ich mich für die Rezension bzw. Erwähnung unserer Buchreihe „Spurensuche“. Ich habe meine Tätigkeit als Koordinatorin mit der Herausgabe von Band 3 beendet. Das Redaktionskollektiv steht jetzt unter der Leitung von Dr. Ernst-Jürgen Langrock (Hoyerswerda) und bereitet gegenwärtig den 4. Band vor.

Wieder etwas Futter für den „RotFuchs“.

Ursula Münch, Strausberg

Vielen Dank für die regelmäßige Lieferung des „RotFuchs“. Ich freue mich, daß Ihr trotz aller Anfeindungen, leider auch aus der eigenen Partei, Eure Linie fortsetzt. Der „RotFuchs“ gibt mir viel für meine Arbeit und hilft mir oft, Probleme zu verstehen. Anbei eine Spende.

Ursula Geipel, Chemnitz

Anbei drei Namen von Interessenten und etwas Futter für unser Fuchslein. Danke Euch allen und viel Erfolg.

Monika Paul, Leipzig

Bedanke mich für die Übersendung des „RotFuchs“. Er ist für mich sehr interessant. Anbei eine erste kleine Spende.

Klaus Fey, Torgau

Wie ich aus den jüngsten „RotFüchsen“ erfahre, hören die Auseinandersetzungen innerhalb der DKP nicht auf. Leider wünschten sich manche den „RotFuchs“ aus der Partei verbannt. Mir ist völlig unverständlich, wie das innerhalb einer KP gefördert werden kann, die sonst am konsequentesten den Marxismus vertritt. Immerhin nennt diese Zeitung die Dinge aus marxistisch-leninistischer Sicht beim Namen. Wem soll dieses Kesseltreiben eigentlich nützen? Manchmal habe ich das Gefühl, daß da irgendwelche Leute mit getarnten „Spezialisten“ für die Zersetzung einer kommunistischen Partei in Verbindung stehen oder sich von ihnen psychologisch beeinflussen lassen. Denn nur dem Klassenfeind dient eine solche Uneinigkeit. Bei allen bestehenden Differenzen möchte ich den Genossen der DKP empfehlen, darauf zu achten, daß der Hauptgegner der Arbeiterklasse nicht in Verfechtung abweichender Auffassungen unter Linken zu suchen ist. Unser Klassenfeind bleibt das imperialistische Kapital. Nur ihm würde es von Vorteil sein, wenn die DKP (und nicht nur der „RotFuchs“) verschwände. Die Parteigruppen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren und dafür einheitlich handeln! Laßt Euch nicht gegeneinander ausspielen.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Die DKP und alle Antifaschisten trauern um **Emil Carlebach** - einen exemplarischen Kommunisten, furchtlosen Widerstandskämpfer und herausragenden Journalisten, den der Tod am 9. April 2001 aus unseren Reihen gerissen hat. Wir Berliner Genossen erinnern uns noch an seine begeisternde Rede auf



der Festveranstaltung zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1995 im Großen Hörsaal der früheren Hochschule für Ökonomie der DDR. (unser Foto)

Der Name des Genossen Emil Carlebach wird von uns in Ehren gehalten werden.



Am 15. Juni 2001 vollendet Genossin **Dr. med. Regine Fischer** ihr 65. Lebensjahr. Die erfahrene Medizinerin, die im Gesundheitswesen der DDR als Fachärztin für Neurologie und Psychiatrie verantwortliche und anerkannte Arbeit leistete, steht auch heute mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Sache des

Sozialismus ein und verteidigt die Botschaft des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates gegen Schmähungen aus jeder Richtung. Im Kollektiv anerkannt, trägt sie zur solidarischen und warmherzigen Atmosphäre in der Gruppe Nordost aktiv bei, deren Leitung sie angehört. Wir wünschen Regine Gesundheit, Mut und Kraft, um auch künftig den Herausforderungen der verschiedensten Art standhaft begegnen zu können.

Herzlichen Glückwunsch!

Gruppenvorstand/RF-Redaktion

Annemarie, Bodo, dem wir ganz besonders die Stabilisierung seiner angegriffenen Gesundheit wünschen, **Christian und Marianne** wagen den Schritt ins neue Lebensjahr! Möge es ihnen - auch bei manchen Belastungsproben - Gutes und Besseres bringen. Die „RotFüchse“ gratulieren.



Grafik:
Herresbach

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
08. Mai 2001

Und der folgenden: 08. Juni 2001

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Am **Freitag (!), dem 29. Juni 2001**, um 19.00 Uhr spricht zu uns Genosse **Patrik Köbele**, Vorsitzender der DKP Ruhr-Westfalen, Mitglied des Parteivorstandes und der Programmkommission der DKP, über das Thema: **Zu einigen Fragen der programmatischen Debatte**

Die Veranstaltung findet im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz statt. Mitglieder, Sympathisanten und Freunde unserer Gruppe sowie weitere Interessenten sind herzlich eingeladen.

Veranstaltungen des Marx-Engels-Clubs

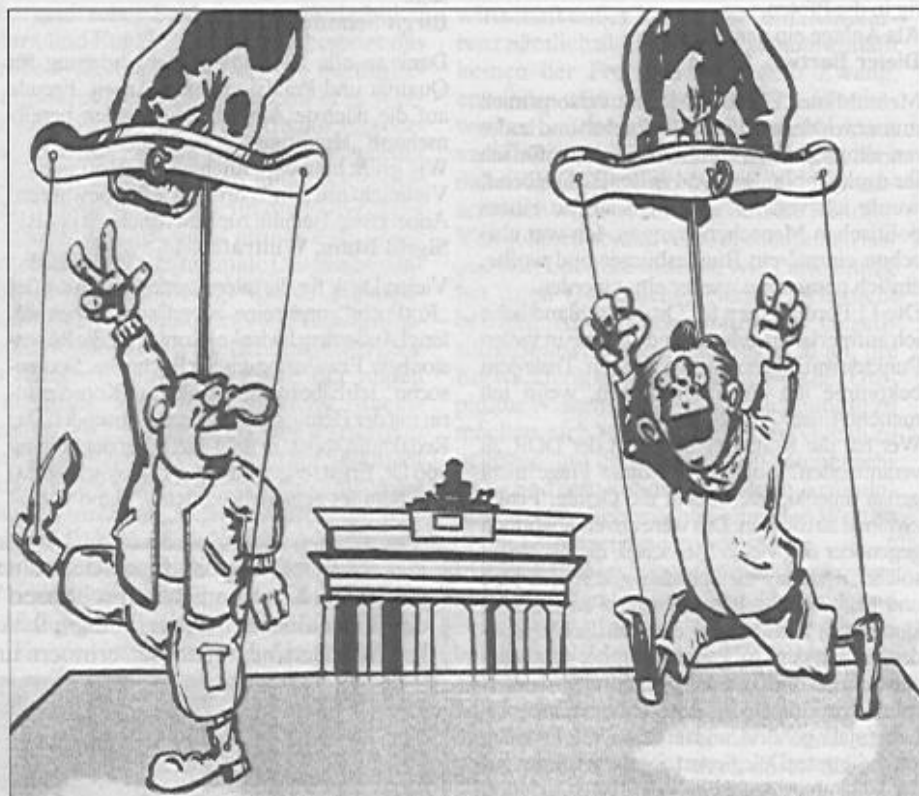
30. 5. 2001, 19.00 Uhr: **Ernst Busch - einmal anders** mit **Roger Reinsch**, stellvertretender Vorsitzender des Ernst-Busch-Freundeskreises

13. 6., 19.00 Uhr: **30 Jahre nach dem VIII. Parteitag der SED**. Diskussionsabend

27. 6., 19.00 Uhr: **Zum 60. Jahrestag des Überfalls auf die UdSSR** unter Teilnahme von DDR-Militärs

Ort: Raum 306 des alten ND-Gebäudes

Am **9. Juni 2001** findet von 14.00 bis 22.00 Uhr das **III. Internationalistische Sommerfest** auf dem Parkplatz vor dem alten ND-Gebäude statt.



Die Berliner Republik (Grafik: SHAHAR)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSDP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andra,

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Ernst Heinz

Heinz Herresbach

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Armin Neumann

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.